

# AUSLANDSINFORMATIONEN

# DIE ARKTIS

Zwischen Konflikt  
und Kooperation





# AUSLANDSINFORMATIONEN

1 | 2023

Liebe Leserinnen und Leser,

der deutsche Kartograf August Petermann war im 19. Jahrhundert einer der Großen seines Fachs, geehrt nicht zuletzt mit der höchsten Auszeichnung der Londoner Royal Geographical Society. August Petermann war sich sicher: Dank des Golfstroms gibt es einen eisfreien Zugang zum Nordpol. Und so stand auch der von ihm initiierte erste deutsche Kartografentag 1865 unter dem Motto: „Die Veranstaltung einer Deutschen Nordfahrt“. Erst mehrere gescheiterte Expeditionen und Dutzende Tote später war Petermanns Theorie vom Tisch.

Gut 150 Jahre danach ist die Perspektive eines eisfreien Nordpols durch den Klimawandel aus dem Reich der Fantasie in den Bereich des Möglichen gerückt – mit weitreichenden Implikationen für die gesamte Arktisregion, die nun als möglicher Konfliktherd Eingang in die sicherheitspolitische Debatte gefunden hat. Der „Kampf um den Nordpol“ ist in aller Munde, so Michael Däumer in dieser Ausgabe der Auslandsinformationen.

Doch was bedeutet das genau? Droht ein womöglich mit Waffen ausgetragener Wettlauf der Großmächte um bisher unzugängliche Ressourcen, die nun demjenigen zur Ausbeutung offenstehen, der am schnellsten seine Flagge platziert? Wird es Konflikte um neue Seewege geben, die durch kürzere Distanzen den bisherigen internationalen Handelsrouten den Rang ablaufen?

Dass das Spannungspotenzial im hohen Norden zugenommen hat, steht außer Zweifel. Dennoch lohnt es sich, die Fakten und Wirkungszusammenhänge sowie die Interessen der beteiligten Akteure genauer unter die Lupe zu nehmen. Denn schnell zeigt sich: Die Realität in der Arktis weist deutlich mehr Graustufen auf als so manches medial verbreitete Extremszenario.

Die Vorstellung etwa, die Region beherberge gigantische Mengen an Rohstoffen, die unweigerlich zu widerstreitenden Ansprüchen führen, relativiert Arild Moe in seinem Beitrag gleich in zweifacher Hinsicht: Erstens dürfte der Umfang der Ressourcen, die sich zu wirtschaftlich lohnenden Bedingungen fördern lassen, deutlich geringer sein als vielfach erwartet. Zweitens liegt ein Großteil der Vorkommen, deren Nutzung machbar erscheint, in Gebieten, die schon heute klar einem bestimmten Staat zugeteilt sind.

Das bedeutet nicht, dass es um diese Ressourcen keine Konflikte geben kann. Zusätzlich zu den Arktisanrainern drängt, wie David Merkle beschreibt, auch der selbsternannte „Fast-Arktisstaat“ China in die Region, investiert in Infrastruktur und Rohstoffprojekte und gerät dabei teils in Konkurrenz zu westlichen Firmen und den Interessen der einheimischen Bevölkerung. Der Fortbestand solcher beherrschbaren Interessenkonflikte scheint auf absehbare Zeit aber ein plausibleres Szenario zu sein als ein großangelegter zwischenstaatlicher Kampf um Hoheitsansprüche.

Auch hinsichtlich der Seewege zwischen Atlantik und Pazifik, die wegen der rückläufigen Eisbedeckung künftig entstehen oder längere Zeit im Jahr nutzbar sein dürften, ist ein nüchterner Blick anzuraten. Die Transpolare Route über die Nordpolregion: heute und in näherer Zukunft aus Sicherheitsgründen „keine realistische Option“, so Moe. Die Nordwestpassage

durch den kanadischen Archipel: bislang von der dortigen Regierung nicht als Handelsroute ausgebaut. Die Nordostpassage entlang der russischen Nordküste: zwar in Betrieb, aufgrund immer restriktiverer Auflagen und weiterbestehender logistischer Tücken aber nicht in dem Umfang wie in der Vergangenheit vermutet und nicht zuletzt in Moskau erhofft.

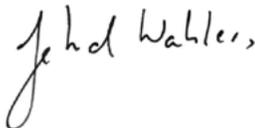
Eine verstärkte Nutzung aller oder einzelner arktischer Seewege in der Zukunft ist indes nicht auszuschließen und birgt dadurch Konfliktpotenzial, dass der rechtliche Status insbesondere der Nordwest- und Nordostpassage strittig ist, wobei eine durchaus ungewohnte Lagerbildung zu verzeichnen ist: Während Kanada und Russland die Auffassung vertreten, dass die jeweils an ihrer Landmasse entlanglaufenden Routen durch nationale Binnengewässer führen, betrachten die USA, die EU und auch China die Passagen als internationale Seestraßen.

Ganz allgemein gilt es, die Arktis als Region zu verstehen, auf die einerseits externe Faktoren einwirken, die aber auch ihrerseits nach außen wirkt. Beispiel Klimawandel: Antje Boetius erläutert, dass der globale Trend der Klimaerwärmung in der nördlichen Polarregion besonders deutlich abzulesen ist – mit Temperaturen, die drei- bis viermal schneller steigen als im weltweiten Mittel. Hierdurch entstehende Veränderungen der arktischen Windströme wiederum können Extremwetterlagen auch in viel südlicheren Breiten verursachen.

Beispiel Sicherheitspolitik: Einerseits wirkt sich die arktische Eisschmelze, wie Thomas Kunze und Leonardo Salvador darstellen, auf die Bedrohungswahrnehmung eines Staates wie Russland aus, der de facto eine neue physische Nordgrenze bekommt. Andererseits ist die vielbelagte Remilitarisierung der nördlichen Polarregion auch die Folge einer Entwicklung, die mit der Arktis zunächst einmal wenig zu tun hat: Die Konfrontation zwischen den westlichen Staaten und Russland sowie zunehmend auch China wird auch in die strategisch wichtige Arktisregion hineingetragen. Vor diesem Hintergrund beleuchten Norbert Eschborn sowie Gabriele Baumann und Julian Tucker die Arktispolitiken Kanadas und der USA beziehungsweise der Nordischen Länder. Knut Abraham wiederum analysiert die deutsche Politik im hohen Norden und plädiert für eine deutliche Stärkung der sicherheitspolitischen Komponente.

Ob die Arktis heute der „wichtigste geostrategische Ort auf der Welt“ ist, wie es der kanadische Geschäftsmann Frank Giustra vor wenigen Jahren während der Arctic Circle Assembly behauptete, sei dahingestellt. Fest steht, dass die Bedeutung der Region zugenommen hat und eine differenzierte Beschäftigung mit ihr notwendig ist. Hierzu soll dieses Heft einen Beitrag leisten.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr  


---

**Dr. Gerhard Wahlers** ist Herausgeber der Auslandsinformationen (Ai), stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (gerhard.wahlers@kas.de).

Inhalt

# Zwischen Konflikt und Kooperation

6

## Von einer Zone des Friedens zum Konfliktherd?

Die geopolitische Bedeutung der Arktis

[Michael Däumer](#)

19

## Bodenschätze und Seewege in der Arktis

Ein Überblick über Vorkommen, Zugangswege  
und die Politik dahinter

[Arild Moe](#)

35 *Im Gespräch*

## Wo unumkehrbare Verluste drohen

Der Klimawandel in der Arktis und die Folgen  
des russischen Krieges gegen die Ukraine für  
die Forschung

[Ein Gespräch mit Prof. Antje Boetius](#)

45 *Zwischenruf*

## Neuer Blick nach Norden

Risiken und Handlungsoptionen für die  
deutsche Arktispolitik

[Knut Abraham](#)

4





55

### **Der schmelzende Schild**

Die russische Arktis im Brennpunkt

[Thomas Kunze / Leonardo Salvador](#)

69

### **Der selbsternannte Fast-Arktisstaat**

Chinas Politik in der nördlichen Polarregion

[David Merkle](#)

80

### **Was die Staaten (offiziell) in der Arktis wollen**

Ein Überblick über Arktisstrategien ausgewählter Länder

88

### **Maritime Rechtszonen nach dem UN-Seerechtsübereinkommen**

Einflussbereiche der Küstenanrainerstaaten

90

### **Der nordamerikanische Blick auf die Arktis**

Wie Kanada und die USA auf Veränderungen im hohen Norden reagieren

[Norbert Eschborn](#)

102

### **Die Arktispolitik der Nordischen Länder**

Im Spannungsfeld zwischen Klimawandel, wirtschaftlicher Nutzung und Sicherheit

[Gabriele Baumann / Julian Tucker](#)

113

### **Vom Niemandsland zum Kontinent des 21. Jahrhunderts?**

Zur Zukunft der Antarktis

[Inga von der Stein](#)

Das norwegische Kronprinzenpaar betrachtet 2016 im Naturkundemuseum von Ottawa eine Karte der Arktis.  
Foto: © Chris Wattie, Reuters.



Foto: © David Cheskin, empics, picture alliance.

[Die Arktis. Zwischen Konflikt und Kooperation](#)

# Von einer Zone des Friedens zum Konfliktherd?

Die geopolitische Bedeutung der Arktis

Michael Däumer

Die Arktis rückt zunehmend in den Fokus geopolitischer Interessen. War noch die von Michail Gorbatschow 1987 in Murmansk ausgerufenen Losung einer „Zone des Friedens“ in der Arktis ein Hoffnungszeichen für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Anrainerstaaten, so zeichnet sich heute – vor allem nach dem völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine – ein düsteres Bild ab, geprägt von Machtkampf, Misstrauen und Militarisierung.

---

Der „Kampf um den Nordpol“<sup>1</sup> ist in aller Munde. Als Auslöser gilt insbesondere der globale Klimawandel. Zum einen führt die Erwärmung der Arktis zu dramatischen Klimaveränderungen mit weltweiten Konsequenzen. Zum anderen werden vor allem auf dem arktischen Meeresgrund wertvolle Rohstoffe vermutet, die Begehrlichkeiten nicht nur bei arktischen Anrainerstaaten wecken. Die voranschreitende Eisschmelze stellt neue See- und Handelswege in Aussicht, die für kürzere Zugänge zu Rohstoffen und wichtigen Märkten sorgen. Der Schutz der Arktis als globaler Klimaregulator, der bislang die multilaterale Agenda der arktischen Governance bestimmte, verliert damit an politischem Gewicht und geostrategische sowie ökonomische Interessen treten in den Vordergrund.

### Die Arktis und ihre terrestrischen Gebiete

Eine international abgestimmte und allgemein rechtsgültige Definition der Arktis existiert bislang nicht.<sup>2</sup> Eine häufig genutzte Definition ist die des Arctic Monitoring and Assessment Programmes (AMAP). Demnach umfasst die Arktis die Land- und Meeresflächen nördlich des Polarkreises (66°32'N) beziehungsweise nördlich des 62. Breitengrads in Asien und nördlich des 60. Breitengrads in Amerika. Teilweise werden außerdem weitere Kriterien wie politische Grenzen und die Ausdehnung des Permafrosts berücksichtigt.<sup>3</sup> Zu den acht Anrainerstaaten („Arctic 8“) zählen Dänemark (mit Grönland), Finnland, Island, Kanada, Norwegen, Russland, Schweden und die USA. Davon sind die fünf Staaten Dänemark, Kanada, Norwegen, Russland und die USA Küstenanrainer („Arctic 5“).

Island liegt knapp südlich des Polarkreises und wird daher nicht zu den direkten Anrainern des Nordpolarmeeres gezählt.

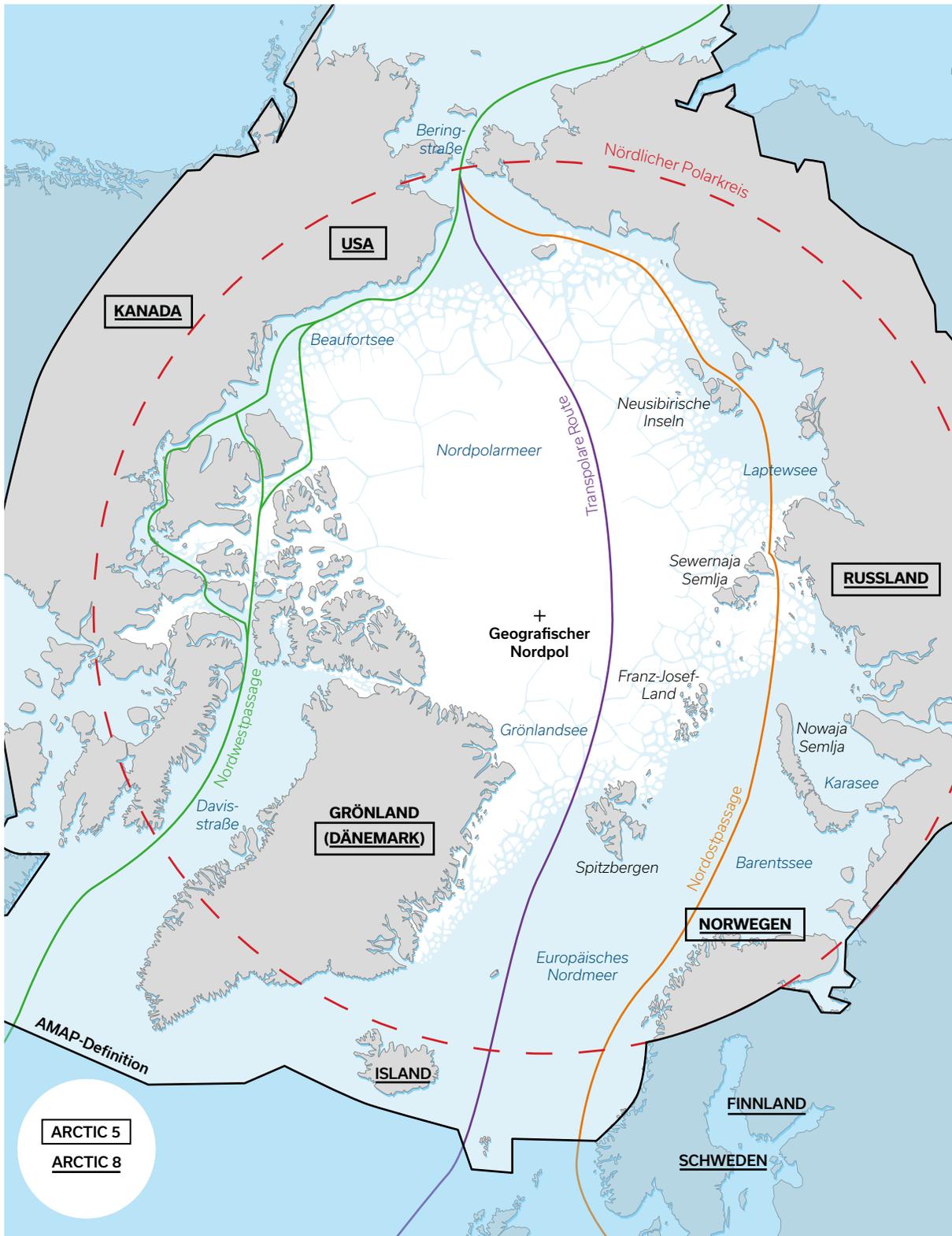
Im Zentrum der Arktis liegt das bislang ganzjährig zugefrorene Meer, der Arktische Ozean. Die Fläche der Arktis beträgt rund 16,5 Millionen Quadratkilometer: etwa acht Prozent der Erdoberfläche. Drei transarktische Routen durchqueren den Arktischen Ozean:

- die durch kanadische Gewässer führende Nordwestpassage (NWP),
- die Transpolare Route, die sich direkt über den zentralen Arktischen Ozean (also internationale Gewässer) erstreckt,
- die Nordostpassage (NOP) nördlich der russischen und norwegischen Küsten.

Als Teil der NOP gilt die von Russland verwaltete Nördliche Seeroute (NSR),<sup>4</sup> die entlang dessen Küste und durch seine Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) verläuft.

Die rund fünf Millionen Quadratkilometer umfassende russische Arktis erstreckt sich entlang einer 24.140 Kilometer langen Küstenlinie von der Barentssee im westlichen Teil Russlands bis zur Beringstraße im Osten und grenzt damit an den US-Bundesstaat Alaska. Mit mehr als der Hälfte der gesamten arktischen Küste<sup>5</sup> kann Russland als „arktischer Hegemon“<sup>6</sup> betrachtet werden. Auch bevölkerungsmäßig stellt Russland mit rund 70 Prozent den größten Anteil der insgesamt vier Millionen Einwohner, von denen circa zehn Prozent Indigene sind.

Abb. 1: Polarkreis und Transportrouten der Arktis mit Anrainerstaaten „Arctic 5“ und „Arctic 8“



Quelle: eigene Darstellung nach Paul 2020, N. 28, S. 8. Karte: © Peter Hermes Furian, AdobeStock.

## Die Governance der Arktis

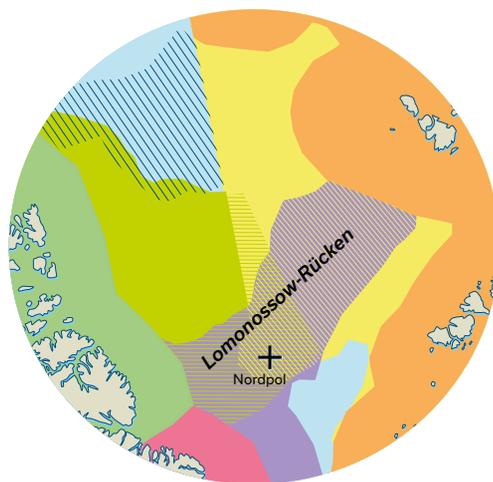
Im Gegensatz zur Antarktis existiert für die Arktis aufgrund der geografischen Komplexität kein internationales Gesamtvertragswerk. Die Governance-Strukturen der Arktis basieren auf verschiedenen nationalen Gesetzen und Regelungen der Anrainerstaaten, völkerrechtlichen Verträgen und dem Völkergewohnheitsrecht.<sup>7</sup> Die Mehrheit dieser Regelungen bezieht sich auf den arktischen Klima- und Umweltschutz, die Verfahren zur Klärung von Territorialansprüchen sowie auf die Zusammenarbeit und das Verhalten der Arktisstaaten in Forschung, Wissenschaft und Wirtschaft. Zu den wichtigsten regulativen Strukturen gehören das 1982 verabschiedete Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (SRÜ) sowie der 1996 gegründete Arktische Rat.

**Um zu verhindern, dass sich Nicht-Anrainerstaaten in der Region im Alleingang betätigen, wurden sie vom Arktischen Rat als Beobachter eingeladen.**

Das SRÜ bildet den übergreifenden völkerrechtlichen Rahmen für die Arktis. Die USA haben das Abkommen bislang als einziges Arktisland aufgrund eines Streits mit Kanada über den Status der Nordwestpassage, die Kanada als sein Hoheitsgebiet ansieht, nicht ratifiziert. Das SRÜ regelt die Grenzen der jeweiligen Hoheitsgewässer sowie die Ausschließlichen Wirtschaftszonen, die 200 Seemeilen vom Küstenstreifen ins Meer reichen.<sup>8</sup> In den AWZ hat der jeweilige Küstenstaat exklusive Rechte auf die Nutzung von Rohstoffen. Zu den wichtigsten Bestimmungen des SRÜ gehört der Artikel 76 (Definition des Festlandssockels), der den fünf Arktisküstenanrainern das Recht verschafft, ihre AWZ auszudehnen, wenn sie wissenschaftlich nachweisen können, dass geologische Unterwasserformationen eine „natürliche Verlängerung des Landssockels

darstellen“<sup>9</sup>. Entsprechende Anträge werden in der Festlandssockelgrenzkommission (FSGK) entschieden. Damit kann ein Küstenstaat über den Festlandssockel souveräne Rechte zum Zweck seiner Erforschung und der Ausbeutung seiner natürlichen Ressourcen ausüben (Artikel 77 SRÜ). Die Aussichten auf Ansprüche auf wertvolle Rohstoffe im Nordpolarmeer haben zahlreiche Arktisanrainer dazu bewogen, Anträge bei der FSGK zu stellen. Derzeit wird über den russischen Anspruch auf den 1.800 Kilometer langen Lomonossow-Rücken verhandelt, der von den Neusibirischen Inseln über den mittleren Teil des Arktischen Ozeans unter dem Nordpol bis in die Nähe Grönlands verläuft. Zahlreiche Rohstoffe, darunter Öl und Gas sowie Seltene Erden, Platin, Diamanten, Kupfer und Zink, werden dort vermutet. Aufgrund des niedrigen geologischen Erkundungsstands des Arktischen Ozeans sind die bisherigen Potenzialabschätzungen über Rohstoffarten und -mengen jedoch weitgehend ungesichert.<sup>10</sup>

**Abb. 2: Überlappende Gebietsansprüche am Lomonossow-Rücken**



■ AWZ Kanada ■ Kontinentalschelf Kanada (> 200 sm)  
■ AWZ Russland ■ Kontinentalschelf Russland (> 200 sm)  
■ Kontinentalschelf USA (> 200 sm) ■ AWZ Dänemark  
■ Kontinentalschelf Dänemark (> 200 sm) ■ Nicht beanspruchte Gebiete. Quelle: eigene Darstellung nach IBRU Centre for Borders Research, Durham University, hier in: Schwedisches Außenministerium 2020: Sweden's strategy for the Arctic region, S. 13, in: <https://bit.ly/3UTD3hs> [13.12.2022].

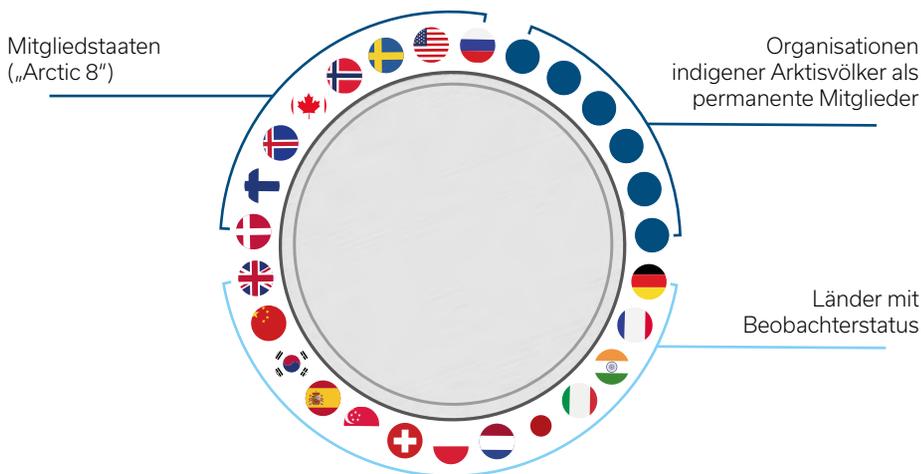
Das wichtigste zwischenstaatliche Forum für die Governance der Arktis ist der Arktische Rat, zu dessen Mitgliedern die sechs NATO-Länder USA, Kanada, Island, Norwegen, Finnland und Dänemark mit Grönland, der voraussichtlich künftige NATO-Staat Schweden sowie Russland zählen. Außerdem gehören ihm sechs sogenannte Ständige Vertreter der indigenen Völker („Permanent Participants“) an. Angeschoben wurde die Ratsgründung mit der Absicht, die Governance der Arktis überwiegend den Arktisanrainern zu überlassen.

Anfänglich betrachtete der Arktische Rat die Region vornehmlich als wissenschaftliches Forschungsgebiet. Zu Beginn war der Rat „weniger ein politisches Gremium als vielmehr ein wissenschaftliches Format“<sup>11</sup>, bei dem nur selten Minister an Treffen teilnahmen. Mit den globalen Auswirkungen des Klimawandels stieg aber das internationale Interesse an der Arktis. Um zu verhindern, dass sich Nicht-Arktisstaaten im polaren Hinterhof der Anrainerstaaten im Alleingang betätigen, wurden sie vom Arktischen Rat eingeladen, als Beobachter teilzunehmen. So sind neben Deutschland (seit 1998) zwölf weitere Staaten als Beobachter zugelassen.<sup>12</sup> Von

geopolitischer Bedeutung war die Aufnahme von China, Indien, Japan, Singapur und Südkorea im Jahr 2013. Darauf hatten die asiatischen Staaten, vor allem China, das sich geografisch als „Arktisanaharainer“ („Near-Arctic State“)<sup>13</sup> versteht, längere Zeit gedrängt. Mit der Aufnahme bezweckte der Arktische Rat die Einbindung dieser Staaten in seine Strukturen. Die EU als wichtiger Arktisakteur nimmt ohne Beobachterstatus an den Ratssitzungen teil. Die meisten Beobachterländer sowie die EU haben in den vergangenen Jahren eigene Arktisstrategien veröffentlicht,<sup>14</sup> darunter auch Deutschland (2013/2019), China (2018) und Indien (2022).

Mit der Gründung des Arktischen Rates bezweckten die Arktisstaaten, einen friedlichen und konstruktiven Interessenausgleich untereinander und mit den indigenen Völkern herbeizuführen. Zur Gewährleistung eines reibungslosen Ablaufs der Ratsarbeit verzichtete man bewusst auf die Behandlung sicherheits- und militärpolitischer Fragen. Auf diese Weise sollte die Region auch in Zeiten politischer Krisen „konfliktarm“ gehalten werden, was allgemein als „arktischer Exzeptionismus“ bezeichnet wird.<sup>15</sup> Entsprechend konnte sich die Ratsarbeit

**Abb. 3: Zusammensetzung des Arktischen Rates**



Zu den sechs Organisationen indigener Arktisvölker gehören der Inuit Circumpolar Council, der Saami Council, die Assoziation der indigenen kleinen Völker des Nordens, Sibiriens und des Fernen Ostens (RAIPON), die Aleut International Association (AIA), der Arctic Athabaskan Council und der Gwich'in Council International.  
Quelle: eigene Darstellung.



Remilitarisierung einer Region: Die Besatzung des russischen Atom-U-Boots Jekaterinburg im Hafen von Murmansk. Nicht nur Russland hat nach einer Phase der Entspannung wieder begonnen, seine militärische Präsenz im hohen Norden zu verstärken. Foto: © Roustem Adagamov, AP, picture alliance.

auf Klima- und Umweltschutz, wirtschaftliche Entwicklung der Arktis sowie wissenschaftliche Zusammenarbeit konzentrieren. So hat der Arktische Rat rechtsverbindliche Abkommen über die Zusammenarbeit im Such- und Rettungsdienst (2011), zur Behandlung mariner Ölverschmutzung (2013) sowie zur Verbesserung der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit (2017) erarbeitet.

## **Bis vor wenigen Jahrzehnten haben die klimatischen Bedingungen die Arktis geopolitisch geschützt.**

---

Um die sicherheitspolitische Lücke<sup>16</sup>, die durch die Strukturierung des Arktischen Rates entstanden war, zu schließen, wurden 2010 von Norwegen und den USA der Arctic Security Forces Roundtable, an dem neben den Arktisstaaten auch Deutschland, Frankreich, die Niederlande und Großbritannien teilnehmen, und 2012 von den Arktisstaaten der Arctic Chiefs of Defense Staff als sicherheitspolitische, wenn auch unverbindliche Dialogforen ins Leben gerufen. Zudem lud die NATO Russland ein, sich im NATO-Russland-Rat über militärische Sicherheit auch im arktischen Raum auszutauschen. Nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland 2014 wurde allerdings die Zusammenarbeit mit Russland in allen sicherheitspolitischen Foren ausgesetzt.

### **Der Klimawandel und die „Geopolitisierung“ der Arktis**

Als „Indikator für den Wandel des gesamten Klimasystems“<sup>17</sup> spielt die Arktis eine globale Rolle. Bis vor wenigen Jahrzehnten haben die klimatischen Bedingungen in der Arktis diese unwirtliche Region überwiegend geopolitisch geschützt. Das hat sich mit dem Klimawandel und der raschen Erwärmung der Arktis gravierend verändert. Das deutsche Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung prognostiziert, dass weite Teile des Arktischen Ozeans und der

Landmassen aufgrund des Temperaturanstiegs mit „hoher Wahrscheinlichkeit noch vor 2050 in manchen Sommern eisfrei sein“<sup>18</sup> werden. Der dadurch bewirkte weltweite Meeresspiegelanstieg sowie das Auftauen von Permafrostböden und Gletschern hat schwerwiegende Konsequenzen für Infrastrukturen und Ökosysteme.<sup>19</sup> Die Folgen sind bereits deutlich in Alaska, Kanada und insbesondere in Sibirien sichtbar. Ganze Ortschaften sind einsturzgefährdet, Verkehrswege brechen ein und Versorgungsnetzwerke wie Öl- und Gaspipelines werden instabil. Dies wiederum verursacht die Unterbrechung von Produktions- und Lieferketten sowie Nahrungs- und Wasserknappheit.

Der Klimawandel schafft nicht nur ökologische, sondern auch sicherheitspolitische Probleme. Das betrifft etwa Russland: Mit der Eisschmelze an der russischen Nordküste schmilzt aus Sicht Moskaus seine Sicherheit im hohen Norden, denn das Meereis schützte auf natürliche Weise jahrhundertlang den Zugang zur nördlichen Grenze Russlands. Der „subjektiv empfundene Verlust an Sicherheit“ verstärkt die „traditionelle Belagerungsmentalität“.<sup>20</sup> Somit ist die russische Interpretation des Klimawandels als Bedrohung der nationalen Sicherheit von politischer Relevanz und rechtfertigt aus der Perspektive Moskaus die (Re-)Militarisierung der Arktisregion.

Die „Geopolitisierung“ der Arktis ist zudem zu einem großen Teil auch den neuen wirtschafts- und handelspolitischen Möglichkeiten geschuldet. Der Klimawandel macht die Arktis zugänglicher und legt gleichzeitig wertvolle Ressourcen frei, wengleich genaue Erkenntnisse über Rohstoffarten und -mengen kaum existieren. Neue See- und Handelsrouten entlang der russischen und norwegischen Küste (Nordostpassage), durch die Inselwelt Kanadas (Nordwestpassage) sowie über den noch zugefrorenen Nordpol im Arktischen Ozean (Transpolare Route) entstehen oder sind zumindest langfristig denkbar. Diese würden zu erheblich kürzeren Distanzen zwischen wichtigen Märkten führen, könnten aber auch eine immer wichtigere Rolle für den innerarktischen Verkehr in Verbindung mit Ressourcenabbau spielen.<sup>21</sup>

Hierdurch gewinnen die Arktisstaaten Einfluss auf den künftigen arktischen See- und Handelsverkehr. Dies ist nicht nur eine große Herausforderung für die Arktisstaaten, sondern ruft neue Akteure auf den Plan, darunter China, Indien und Japan. Deren Interessen sind sowohl wirtschaftlicher als auch politischer Natur. Mithilfe eigener Arktis-Forschungsstationen und Meeresexpeditionen in internationalen Gewässern im Nordpolarmeer positionieren sich zahlreiche Staaten strategisch in der Arktis.

### **Gegen eine Nationalisierung eines Großteils der bislang internationalen arktischen Gewässer stemmen sich die USA und die EU, aber auch China.**

---

Die Arktis gilt als größtes, überwiegend unerforschtes Rohstofffördergebiet der Erde. Riesige energetische Rohstoffe wie Öl und Gas, davon 85 Prozent in Schelfgebieten,<sup>22</sup> sowie große Mengen an Bodenschätzen (etwa Gold, Diamanten, Zink, Kupfer und Platin sowie Seltene Erden) werden dort vermutet.<sup>23</sup> Nachgewiesen wurden mineralische Rohstoffe in der Arktis bislang nur an Land. Zwar gilt es als wahrscheinlich, dass sich mineralische Rohstoffe im Meeresboden des Arktischen Ozeans befinden, so beispielsweise in Kontinentfragmenten wie dem Lomonossow-Rücken, doch ist der Abbau langfristig unwirtschaftlich und technologisch schwierig.<sup>24</sup> Angefacht durch zahlreiche Studien über Rohstoffpotenziale aus den 2000er-Jahren, darunter die der US Geological Survey (USGS),<sup>25</sup> entstand geradezu ein Hype um arktische Rohstoffe. Durch die weltweit hohe Nachfrage nach Rohstoffen hat das internationale Interesse an deren Erkundung und Abbau stark zugenommen.<sup>26</sup> Die Arktisländer beobachten diese Entwicklungen in ihrem nördlichen Hinterhof mit großer Skepsis. Insbesondere Russland befürchtet einen Wettlauf um Rohstoffe außerhalb seiner AWZ. Deswegen erhebt Moskau über die FSGK Territorialansprüche, die

über seine jetzige AWZ hinausgehen. Die Arktis bildet für Russland einen „integralen, geostrategisch und wirtschaftlich wichtigen Bestandteil“<sup>27</sup> des Landes.

Russland beansprucht wie erwähnt den 1.800 Kilometer langen Lomonossow-Rücken und bekräftigt dies nachdrücklich in seiner Arktisstrategie von 2020. Bereits 2007 hatte Russland dort durch die Setzung einer russischen Flagge aus Titan seine territorialen Ansprüche symbolisch erhoben. Diese Ansprüche überlappen sich jedoch mit denen Dänemarks und Kanadas. Daraus kann ein Konflikt erwachsen, sollte die FSGK zuungunsten Russlands entscheiden. Wenn auch die Entscheidung erst in einigen Jahren erwartet wird, so zeichnet sich bereits heute ab, dass sich Russland völkerrechtlichen Entscheidungen zunehmend entzieht. Sollte die Entscheidung der FSGK zugunsten Russlands ausfallen, bleibt abzuwarten, wie andere Länder mit Interessen in der Arktis sich gegenüber Russland positionieren.

Die Nationalisierung eines Großteils der bislang internationalen arktischen Gewässer unter russischer Kontrolle würde nicht nur zu einem unkontrollierbaren und wenig nachhaltigen Abbau von Rohstoffen und Bodenschätzen führen, sondern auch die freie Schifffahrt in der Nordostpassage stark behindern. Dagegen stemmen sich vor allem die USA und die EU, die darin erhebliches Konflikt- und Erpressungspotenzial durch Russland erkennen. Auch mit dem selbsternannten „Arktisnahanrainer“ China, der seine Machtposition im hohen Norden mit dem Ziel ausbaut, die Governance-Regelungen für die Arktis mitzubestimmen, gäbe es für Russland einen Interessenkonflikt, denn das Nordpolarmeer ist auch für Peking als Schiffsroute von strategischer Bedeutung. So soll Chinas wirtschaftsstrategisches Projekt einer Polaren Seidenstraße die „Transportwege diversifizieren und die eigene Versorgungssicherheit erhöhen“<sup>28</sup>. Dabei ist auch mit wachsenden chinesischen Marineaktivitäten im Nordpolarmeer zu rechnen, vor allem im Konfliktfall, um wichtige Versorgungsrouten militärisch abzusichern.

Spannungspotenzial bietet auch der rechtliche Status der Nordwestpassage durch Nordkanada, die bislang international nicht als kanadisch anerkannt wurde. Für Kanada sind die Wasserwege der Nordwestpassage nationales Hoheitsgebiet, was USA und EU grundsätzlich ablehnen. So betrachtet Kanada die Inselwelt im hohen Norden als eine Zone, die es souverän verwalten und kontrollieren kann. Die USA und ebenso die EU bestehen darauf, dass es sich hier um internationale Gewässer handelt, die Atlantik und Nordpolarmeer verbinden und damit Schiffen zur Transitfahrt offenstehen.<sup>29</sup> So verweisen auch die Leitlinien deutscher Arktispolitik auf die Wahrung geltender Schifffahrts- und Durchfahrtsrechte. Es gelte, den „bestehenden geopolitischen Spannungen in der Region zu begegnen und (Interessens-)Konflikten und potentiellen Krisen in der Arktis vorzubeugen“<sup>30</sup>.

## Besondere Aufmerksamkeit richtete Präsident Putin auf die Modernisierung der russischen Nordflotte.

---

Die verstärkt schiffbar werdenden Routen könnten damit zum Gegenstand von Interessenkonflikten werden. Der damalige US-Außenminister Mike Pompeo hob im Mai 2019 im Arktischen Rat die Bedeutung der neuen Schiffsrouten als „Suez- oder Panamakanal des 21. Jahrhunderts“<sup>31</sup> hervor, stieß aber gleichzeitig Warnungen an Peking aus, dass dessen Bemühungen, Infrastruktur in der Region aufzubauen und mit Russland beim Ausbau der Seerouten zusammenzuarbeiten, das Risiko bergen, die Arktis in ein weiteres Gebiet konkurrierender territorialer Ansprüche zu verwandeln, ähnlich wie im Südchinesischen Meer.<sup>32</sup>

### Sicherheit in der Arktis

Der Arktische Rat und die sicherheitspolitischen Foren sollten dazu beitragen, die Arktis konfliktfrei zu halten. Nach der Annexion der Krim 2014 wurde Russland vom sicherheitspolitischen

Dialog suspendiert. Die Spannungen hatten indes schon Anfang der 2000er-Jahre mit russischen Militärmodernisierungsprogrammen in der Arktis zugenommen, doch wollten der Westen und die NATO dem damals noch jungen Arktischen Rat die Chance geben, sich positiv auf Russlands Arktispolitik auszuwirken.

Da die russische Außenpolitik auch in der Arktis von einem „reflexartigen Primat der Sicherheitspolitik gekennzeichnet ist“,<sup>33</sup> sah sich Moskau aufgrund der Folgen des Klimawandels für seine nationale Sicherheit sowie der Verschlechterung seines Verhältnisses zum Westen seit 2014 veranlasst, seine Interessen in der Arktis militärisch abzusichern.

So wurden an der russischen Nordküste zahlreiche Militärstützpunkte aus der Zeit des Kalten Krieges reaktiviert, ausgebaut und mit modernster, auch nuklearfähiger Waffentechnologie ausgestattet, darunter S-400-Mittelstreckenraketen, die NATO-Gebiet erreichen können.<sup>34</sup> Besondere Aufmerksamkeit richtete Präsident Wladimir Putin auf die Modernisierung seiner aus strategischen Atom-U-Booten bestehenden Nordflotte auf der Kola-Halbinsel bei Murmansk, die sich mit dem schwindenden Meereis zu einer Bedrohung für die NATO entwickeln könnte. Die Nordflotte hätte damit erleichterten Zugang zum Nordatlantik, vor allem im Bereich des marinestrategischen Engpasses zwischen Grönland, Island und dem Nordende des Vereinigten Königreichs. Im Krisenfall könnte Russland in dieser sogenannten GIUK-Lücke nicht nur den Seeverkehr zwischen Europa und Nordamerika behindern, sondern die auf dem Grund des Atlantiks liegende kritische Infrastruktur (insbesondere Kommunikationsleitungen) empfindlich oder gar nachhaltig stören.

Auf die fortschreitende Militarisierung der Arktis durch Russland reagierten der Westen und vor allem die USA und die NATO im Vergleich zu den früheren Jahren entschlossener. Europäische Arktisstaaten wie Schweden und Finnland, die zunehmend über russische Militäraktivitäten in der Arktis klagten, nahmen nun den russischen Einmarsch in die Ukraine zum Anlass,

eine sicherheitspolitische Wende einzuläuten. So werden, nach dem voraussichtlichen NATO-Beitritt Schwedens, nunmehr sieben von acht Arktisstaaten NATO-Mitglieder sein, was zu einer Einschränkung der Bewegungsfreiheit russischer Marineverbände im arktischen Raum führen könnte. Seit Frühjahr 2021 beherbergt Norwegen eine US-Bomberstaffel des Typs B-1 auf seinem Stützpunkt Ørland. Die USA beschleunigen auch militärisch ihr Arktisprogramm, welches zum Aufbau militärischer Defensivkapazitäten im US-amerikanischen arktischen Raum führen soll. Die US-Teilstreitkräfte und die Küstenwache haben jeweils eigene Arktisstrategien entwickelt. Auch die NATO positioniert sich nachdrücklicher als „Gegenpol zu Russland und auch zu China“<sup>35</sup>. In ihrem wenige Monate nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine veröffentlichten Strategischen Konzept bezeichnet die Allianz die Fähigkeit Russlands, die „Verstärkung von Verbündeten und die Freiheit der Schifffahrt im Nordatlantik zu stören“, als „strategische Herausforderung für das Bündnis“.<sup>36</sup> Im gleichen Maße warnt die NATO vor China, das politische, wirtschaftliche und militärische Instrumente einsetzt, um seine Machtprojektion zu vergrößern, und danach strebt, die regelbasierte internationale Ordnung zu untergraben. Ähnlich sieht das die EU in ihrer 2021 veröffentlichten Arktisstrategie, die die Arktis in einen geostrategischen Kontext setzt, in dem China, Russland und die USA um Einfluss in der Region ringen. Ihr umfassendes Engagement bei arktischen Angelegenheiten betrachtet die EU daher als eine geopolitische Notwendigkeit.

Lange vor der russischen Invasion der Ukraine hat die „Geopolitisierung“ der Arktis den Arktischen Rat erreicht. So bezeichnete der damalige US-Außenminister Pompeo auf dem Ministertreffen des Arktischen Rates im finnischen Rovaniemi im Mai 2019 die Arktis als „Arena globaler Macht und Konkurrenz“<sup>37</sup>. Damit beginne, so Pompeo, ein „neues Zeitalter des strategischen Engagements [...] mit neuen Bedrohungen für die Interessen und Territorien der Arktis“<sup>38</sup>. Auf diese Weise hatte die Trump-Administration der Arktis eine geopolitische Bedeutung zugeschrieben, die konstruktive Verhandlungen erschweren

sollte. Die Biden-Administration setzt zwar nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine noch immer auf den Arktischen Rat, doch blockieren die Interessenkonflikte weiterhin eine Zusammenarbeit mit Russland.

**Abb. 4: Greenland-Iceland-United Kingdom-Lücke (GIUK-Lücke) und Seekabel im Nordatlantik**



Quelle: eigene Darstellung nach Hermann, Rudolf 2018: Die Nato will den „Flugzeugträger Island“ wieder mehr nutzen, Neue Zürcher Zeitung, 13.02.2018, in: <https://nzz.ch/ld.1356585> [27.02.2023]; TeleGeography 2023: Submarine Cable Map, in: <https://submarinecablemap.com> [27.02.2023].

## Ausblick

Die Situation in der Arktis ist angespannter als noch vor einigen Jahren – und das Spannungspotenzial könnte weiter zunehmen. Solange der Krieg in der Ukraine anhält, ist keine Besserung zu erwarten. Seit März 2022 ruht die politische Arbeit im Arktischen Rat, wo Russland derzeit den Vorsitz hat. Im Mai 2023 soll Norwegen den Vorsitz übernehmen.

Chinas Absichten, eine aktive und bestimmende Rolle in der Arktis zu übernehmen, tragen gleichsam nicht dazu bei, die Spannungen zu mindern. Der späte Einstieg der USA – lange ein unwilliger Arktisstaat – als sicherheits- und



Die Arktis als „Arena globaler Macht und Konkurrenz“: Der damalige US-Außenminister Mike Pompeo bei einem Ministertreffen des Arktischen Rates 2019 in Finnland. Foto: © Mandel Ngan, AP, picture alliance.

ordnungspolitischer Akteur im hohen Norden soll nun im Rahmen der neuen, auf zehn Jahre angelegten Arktisstrategie Washingtons dazu beitragen, effektiv konkurrieren und Spannungen bewältigen („effectively compete and manage tensions“)<sup>39</sup> zu können. Dabei umfasst die neue Strategie vier Säulen: Sicherheit, Klimawandel und Umweltschutz, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sowie internationale Zusammenarbeit und Governance. Im sicherheitspolitischen Bereich setzt Washington auf militärische Abschreckung, Präsenz in der Arktis und gemeinsame Sicherheitsansätze mit Verbündeten und Partnern zur Minderung des Risikos einer unbeabsichtigten Eskalation.<sup>40</sup> Die neue Großmachtspolitik Russlands und Chinas birgt langfristig Konfliktpotenzial, auch untereinander.

Angesichts der derzeitigen Herausforderungen für die Zusammenarbeit in der Arktis haben sich

die USA dafür ausgesprochen, arktische Institutionen, einschließlich des Arktischen Rates, weiter zu unterstützen und diese so zu positionieren, dass sie die Auswirkungen der zunehmenden Aktivitäten in der Region bewältigen können. Dabei stellt die US-Arktisstrategie vor allem die Einhaltung internationaler Regeln, Normen und Standards in den Mittelpunkt.<sup>41</sup>

Washington ist sich bewusst, dass ein langfristiger Ausschluss Russlands aus dem Arktischen Rat auch strategische Nachteile für die USA bringen könnte. Zum einen sind die zivile und auch die militärische Infrastruktur in Alaska schwach ausgeprägt. Dies ist nicht zuletzt auch dem Fehlen von Eisbrechern geschuldet, die dringend zum Ausbau der Infrastruktur, zur Sicherung der Küsten und zur Erforschung von Rohstoffpotenzialen auf dem Meeresgrund und der Klimaentwicklung erforderlich sind. So verfügen

die USA (wie China) lediglich über zwei Eisbrecher, Russland dagegen über rund 50.<sup>42</sup> Selbst Indien hat sechs kleinere Eisbrecher im Einsatz. Zum anderen ist es den USA wichtig, Russland in das Regelwerk des Arktischen Rates erneut einzubinden. Damit soll verhindert werden, dass Russland eigenmächtig eine konkurrierende Arktisorganisation gründet, in der Nicht-Arktisländer wie China und Indien als Vollmitglieder vertreten sind. Seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine hat sich die Arktiszusammenarbeit zwischen Russland, China und Indien verstärkt. Fest steht, dass viele Staaten derzeit aktiv daran arbeiten, aus dem Zusammenbruch der arktischen Zusammenarbeit zwischen Russland und dem Westen Kapital zu schlagen.<sup>43</sup> Einerseits geht es, wie im Falle Chinas, darum, sich Zugangsrechte in der Nördlichen Seeroute dauerhaft zu sichern und damit auch langfristig Einfluss in der arktischen Region auszuüben. Andererseits ist es im Interesse vor allem der Schwellenländer, sich mit Russland über den Zugang zu Rohstoffen in der Arktis zu verständigen, zumal diese Länder weiterhin auf fossile Energieträger fokussiert sind. Im Gegenzug verspricht sich Moskau angesichts der westlichen Sanktionen wichtige Investitionen und vor allem technologische Zusammenarbeit.

Die sieben westlichen Arktisanrainer, die „Arctic 7“, sind sich einig, dass die Arktiszusammenarbeit ohne Russland als größtes Arktisland wenig sinnvoll ist, zumal Wetterdienste, Operationen der Küstenwache sowie Such- und Rettungsdienste in unterschiedlichem Maße von der Zusammenarbeit mit Russland abhängig sind. Das Gleiche gilt auch für global bedeutende polare Klimaforschungsprogramme und die Meereisüberwachung.<sup>44</sup> Im Juni 2022 wurden einige Forschungsprojekte im Rahmen des Arktischen Rates wieder aufgenommen, die ohne Beteiligung Russlands fortgesetzt werden können. Derzeit können die „Arctic 7“-Staaten mit Russland über Arktisthemen nur in den für die Arktis zuständigen internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen sprechen. Die westlichen Arktisstaaten werden es bewusst vermeiden, Moskau zu provozieren, indem sie eine neue Institution unter Ausschluss Russlands gründen oder den Arktischen Rat für sich

vereinnahmen und Russland permanent ausschließen.

Der Arktische Rat erlebt derzeit seine wohl schwerste Krise. Die Rückkehr zu einer konstruktiven arktischen Zusammenarbeit ist angesichts der klimatischen Herausforderungen für die Menschheit dringend erforderlich, gegenwärtig jedoch nahezu ausgeschlossen. Der Ausgang des Krieges in der Ukraine spielt dabei eine wichtige Rolle. Sollte Russland den Krieg gewinnen, wäre die regelbasierte internationale Ordnung nachhaltig gestört und eine Zusammenarbeit mit den westlichen Arktisstaaten dauerhaft unmöglich. Eine Niederlage Russlands mit der Wiederherstellung der vollen Souveränität der Ukraine würde die Zusammenarbeit im Arktischen Rat ermöglichen, allerdings unter der Voraussetzung, dass Moskau sich verpflichtet, die regelbasierte internationale Ordnung zu achten. Dazu wäre nicht zuletzt ein Regimewechsel in Moskau erforderlich, was derzeit nicht abzusehen ist.

Letztlich ist sich auch Moskau bewusst, dass eine multilaterale Zusammenarbeit in der Arktis auch für Russland notwendig ist. Die russische Führung hat jedoch die Reaktion des Westens nach der völkerrechtswidrigen Invasion der Ukraine vollkommen unterschätzt und angenommen, dass die westlichen Arktisstaaten wie seinerzeit nach der Krim-Annexion die Verhandlungen im Arktischen Rat weiterführen würden. Es ist damit zu rechnen, dass Russland seine Arktisstrategie auch ohne den Arktischen Rat umzusetzen versucht und dabei auf Unterstützung vor allem aus China setzt.

---

**Michael Däumer** ist Berater für die Arktisregion betreffende Fragen. Von 2014 bis 2018 war er der deutsche Vertreter im Arktischen Rat. Für die Konrad-Adenauer-Stiftung leitete er zuvor die Auslandsbüros in Madrid und Amman.

- 1 Paul, Michael 2022: Der Kampf um den Nordpol. Die Arktis, der Klimawandel und die Rivalität der Großmächte, Freiburg i. Br.
- 2 Deutsches Arktisbüro 2020: Governance in der Arktis, Fact Sheet, Alfred-Wegener-Institut (AWI), 05/2020, S.1, in: <https://bit.ly/3HRyVg> [08.02.2023].
- 3 Ebd., S.1.
- 4 Deutsches Arktisbüro 2019: Schifffahrt in der Arktis, Fact Sheet, AWI, 08/2019, S.2, in: <https://bit.ly/3YdrO67> [08.02.2023].
- 5 Paul, Michael / Swistek, Göran 2021: Russland in der Arktis. Entwicklungspläne, Militärpotential und Konfliktprävention, SWP-Studie 2021/S 19, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), 28.10.2021, S.7, in: <https://bit.ly/3x5si23> [08.02.2023].
- 6 Ebd., S.8.
- 7 Deutsches Arktisbüro 2020, N.2, S.2.
- 8 Dolata-Kreutzkamp, Petra 2009: „The Arctic Is Ours“: Kanadas Arktispolitik zwischen Souveränität und Klimawandel, Fokus Kanada 2/2009, Friedrich-Ebert-Stiftung, S.3, in: <https://bit.ly/3x8SKru> [08.02.2023].
- 9 Ebd.
- 10 Damm, Volkmar / Reichert, Christian / Berglar, Kai / Andruleit, Harald 2016: Der arktische Ozean aus rohstoffwirtschaftlicher und völkerrechtlicher Sicht, Commodity TopNews 52, Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, 20.10.2016, S.8, in: <https://bit.ly/40OvM6L> [13.02.2023].
- 11 Funston, Bernard 2022: Erst Trump, dann Putin: „Für den Arktischen Rat war das der Anfang vom Ende“, Interview, ntv, 22.10.2022, in: <https://bit.ly/3JRa3VR> [08.02.2023].
- 12 Zu den Beobachterländern des Arktischen Rates gehören Deutschland, Frankreich, Polen, Spanien, die Niederlande, Großbritannien, Italien, die Schweiz, Japan, China, Südkorea, Indien und Singapur.
- 13 The State Council Information Office of the People's Republic of China 2018: China's Arctic Policy, White Paper, 26.01.2018, in: <https://bit.ly/3Yvrdgh> [08.02.2023].
- 14 Schulze, Vincent-Gregor 2017: Arktisstrategien Überblick 2017, 10/2017, in: <https://bit.ly/3JZXasi> [08.02.2023].
- 15 Cepinskyte, Agne / Paul, Michael 2020: Großmächte in der Arktis. Die sicherheitspolitischen Ambitionen Russlands, Chinas und der USA machen einen militärischen Dialog erforderlich, SWP-Aktuell 2020/A 50, SWP, 18.06.2020, in: <https://bit.ly/3ljEIWW> [09.02.2023].
- 16 Däumer, Michael 2021: Die Arktis im Strategischen Konzept der NATO, SIRIUS - Zeitschrift für Strategische Analysen 5: 4, 03.12.2021, S.377-385, hier: S.378, in: <https://bit.ly/3x4ae8u> [08.02.2023].
- 17 Klein, Max 2020: Die Konfliktlinien in der Arktis: Ökonomie, Klimaschutz und Sicherheit, Tagungsbericht, Konrad-Adenauer-Stiftung, 02/2020, S.1, in: <https://bit.ly/3x6I3Wu> [09.02.2023].
- 18 AWI 2020: Nordpol im Sommer bald ohne Eis, 20.04.2020, in: <https://bit.ly/3YoWstm> [09.02.2023].
- 19 Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2021: Permafrostböden, in: <https://bit.ly/3Xtbf18> [13.02.2023].
- 20 Paul / Swistek 2021, N.5, S.6.
- 21 Deutsches Arktisbüro 2019, N.4, S.1.
- 22 Umweltbundesamt 2016: Geologie und Ressourcen der Arktis, 01.02.2016, in: <https://bit.ly/3YY8OZx> [22.02.2023].
- 23 Däumer 2021, N.16, S.380.
- 24 Damm et al. 2016, N.10, S.2.
- 25 Bird, Kenneth J. / Charpentier, Ronald R. / Gautier, Donald L. et al. 2008: Circum-Arctic Resource Appraisal: Estimates of Undiscovered Oil and Gas North of the Arctic Circle, U.S. Geological Survey, Fact Sheet 2008-3049, in: <https://on.doi.gov/3JWm1gE> [10.02.2023].
- 26 Umweltbundesamt 2016, N.22.
- 27 Paul / Swistek 2021, N.5, S.7.
- 28 Paul, Michael 2020: Arktische Seewege. Zwiespältige Aussichten im Nordpolarmeer, SWP-Studie 2020/S 14, SWP, 23.07.2020, S.6, in: <https://bit.ly/3RMDFKG> [10.02.2023].
- 29 Ebd., S.18.
- 30 Auswärtiges Amt 2019: Leitlinien deutscher Arktispolitik: Verantwortung übernehmen, Vertrauen schaffen, Zukunft gestalten, 08/2019, S.42, in: <https://bit.ly/3llxdtz> [18.03.2023].
- 31 Hansler, Jennifer 2019: Pompeo: Melting sea ice presents ,new opportunities for trade', CNN, 07.05.2019, in: <https://cnn.it/3YoDNxM> [10.02.2023].
- 32 Sengupta, Somini 2019: United States Rattles Arctic Talks With a Sharp Warning to China and Russia, The New York Times, 06.05.2019, in: <https://nyti.ms/3K11zeG> [10.02.2023].
- 33 Paul / Swistek 2021, N.5, S.6.
- 34 Däumer 2021, N.16, S.381.
- 35 Paul / Swistek 2021, N.5, S.14.
- 36 Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO 2022: Strategisches Konzept der NATO 2022, 29.06.2022, in: <https://nato.diplo.de/2539668> [10.02.2023].
- 37 Sengupta 2019, N.32.
- 38 Ebd.
- 39 The White House 2022: National Strategy for the Arctic Region, 10/2022, S.3, in: <https://bit.ly/3DXEB4x> [10.02.2023].
- 40 Ebd., S.8/9.
- 41 Ebd., S.3.
- 42 Cohn, Johanna 2022: Icebreakers in the Arctic: An Overlooked Environmental Concern, Steady State Herald, 14.04.2022, in: <https://bit.ly/3C9ZqJ0> [06.03.2023].
- 43 Buchanan, Elizabeth 2022: The Punishment Paradox: Understanding the Unintended Consequences of Suspending Arctic Cooperation with Russia, Modern War Institute at West Point, 24.10.2022, in: <https://bit.ly/3lqIpEU> [10.02.2023].
- 44 Breum, Martin 2022: Though official Arctic contacts with Russia are closed, an array of unofficial bridges could stay open, ArcticToday, 19.10.2022, in: <https://bit.ly/40LoJfI> [10.02.2023].



Die Arktis. Zwischen Konflikt und Kooperation

# Bodenschätze und Seewege in der Arktis

Ein Überblick über Vorkommen, Zugangswege und  
die Politik dahinter

Arild Moe

Der Reichtum an Bodenschätzen in der Arktis – sowohl an Kohlenwasserstoffen als auch an harten Mineralien – erregt Aufmerksamkeit. Aber wo liegen die Triebkräfte und Hemmnisse für eine industrielle Nutzung? Sind die rechtlichen Aspekte geklärt oder ist die Kontrolle über die Ressourcen umstritten? Zudem erleben wir eine Öffnung der arktischen Seewege. Könnte der Zugang zu ihnen Konflikte heraufbeschwören?

---

Die sich rasch verändernde Arktis mit ihrem schwindenden Eis und der Entdeckung reichhaltiger Bodenschätze erregt die Aufmerksamkeit zahlreicher Akteure. Aber was wissen wir über die Ressourcen und wie ist der Stand der Entwicklung? Gibt es einen Wettlauf um diese Vorkommen, der zu Konflikten führen könnte? Wird die Entwicklung von Schifffahrtswegen in der Arktis Bedeutung für den Welthandel haben? Und könnten aus einer Konkurrenz um den Zugang zu diesen Routen Spannungen erwachsen? Dies sind Fragen, die im vorliegenden Artikel erörtert werden.

### **Arktische Kohlenwasserstoff-Ressourcen**

Das internationale Interesse an der Erschließung arktischer Bodenschätze hat seit etwa 2008 Fahrt aufgenommen, als Schätzungen des Geologischen Dienstes der Vereinigten Staaten (USGS) auf ein großes Potenzial schließen ließen und gleichzeitig der Rückgang der Eisdecke im Arktischen Ozean breit diskutiert wurde. Wenngleich der Rückgang des Eises in erster Linie als bedrohliches Zeichen für den Klimawandel gedeutet wurde, eröffnete er auch Perspektiven für einen besseren Zugang zu den Reichtümern der Arktis und für die Schifffahrt durch die Region. Bis heute dominiert das Bild von immensen Rohstoffvorkommen und einem nahezu eisfreien Arktischen Ozean einen Großteil der Berichterstattung über diese Region.

Die Schätzungen des USGS waren atemberaubend: In der Arktis sollten 12,3 Prozent der weltweit unentdeckten Öl- und 32,1 Prozent

der unentdeckten Gasvorkommen lagern.<sup>1</sup> Die Öffentlichkeit, aber auch viele Beobachter und Politiker gingen jedoch fälschlicherweise davon aus, dass es sich um nachgewiesene Vorkommen handelte. In Wirklichkeit geht es bei unentdeckten Ressourcen jedoch um Schätzungen der Wahrscheinlichkeit ihrer Entdeckung – ausgehend von geologischen Hinweisen oder Ähnlichkeiten mit anderen bekannten Regionen. Im Fall der Arktis bezogen sich die Schätzungen auf große Teilregionen. Sie sagten nichts darüber aus, wo genau Kohlenwasserstoffe gefunden werden könnten. Um vor der Küste Öl und Gas zu entdecken, müssten umfangreiche und kostspielige Erkundungen durchgeführt werden. Ein weiteres Missverständnis bestand darin, dass die Schätzungen ausschließlich auf den Arktischen Ozean bezogen wurden. Tatsächlich umfassten sie aber auch riesige Landmassen nördlich des Polarkreises, die sich zum großen Teil in Russland befinden und in denen bereits Vorkommen nachgewiesen worden waren. Insgesamt entstand so eine stark übertriebene Wahrnehmung von zur Nutzung bereitstehenden neuen Öl- und Gasressourcen.

Klar war auch, dass die Förderung von entdeckten Offshore-Vorkommen mit hohen Kosten verbunden sein würde. Wenn die Weltmarktpreise hoch genug wären, könnte eine Förderung sinnvoll sein. Doch Ängste vor einer bevorstehenden Energieversorgungskrise und die Diskussionen über „Peak Oil“ – also darüber, dass die weltweiten Ölvorräte begrenzt sind und die Produktion zu sinken beginnen könnte – traten bald wegen der Revolution durch unkonventionelles

Öl und Gas in den Hintergrund, in deren Verlauf die USA durch die Förderung von Schieferöl und -gas zur weltweiten Nummer eins in der Produktion solcher Rohstoffe aufstiegen. Mit der wachsenden Sorge über die Klimaentwicklungen und mit den Dekarbonisierungsbestrebungen verlagerte sich die Aufmerksamkeit nunmehr auf den „Peak Demand“, da die globale Energiewende zu einer geringeren Nutzung fossiler Brennstoffe führt. Die Ungewissheit hinsichtlich der künftigen Nachfrage und der Preise für Öl und Gas wirkt sich angesichts langer Vorlaufzeiten bei der Erschließung besonders gravierend auf die Förderung von Ressourcen vor der arktischen Küste aus. Vom Beginn der Exploration bis zum Anlaufen der Produktion können – wenn denn überhaupt Vorkommen entdeckt werden – leicht 15 Jahre vergehen, und dann muss die Produktion in einem solchen Feld bis zu 20 Jahre laufen, damit die hohen Investitionskosten erwirtschaftet werden. Niemand weiß, wie sich die Preise über einen so langen Zeitraum entwickeln werden. Dies scheint der Grund für das zögerliche Verhalten mehrerer großer Ölgesellschaften bei der Beteiligung an neuen, großen Offshore-Projekten in der Arktis zu sein. Anders sieht die Rechnung bei Entdeckungen in Küstennähe oder in der Nähe produzierender Felder aus, wo bestehende Infrastruktur genutzt werden kann.

## Es gibt gegenwärtig keine großen strittigen Gebiete in der Arktis, die für die Erdölexploration attraktiv sind.

---

### Gibt es Konfliktpotenzial?

Weit verbreitet ist auch der Eindruck, dass sich die arktischen Offshore-Vorkommen in umstrittenen Gebieten oder in Gebieten außerhalb nationaler Gerichtsbarkeit befinden, sodass die Suche und Erschließung dieser Vorkommen zu Konflikten führen könnte. Allerdings gibt es

gegenwärtig keine großen strittigen Gebiete in der Arktis, die für die Erdölexploration attraktiv sind. Der letzte große Streit betraf die Abgrenzung eines beträchtlichen Gebiets in der Barentssee zwischen Norwegen und Russland, in dem Erdölvorkommen vermutet wurden.<sup>2</sup> Die Parteien verhandelten mehr als 40 Jahre lang, bevor es 2010 zu einer Grenzziehung kam. Während dieser Zeit verzichteten sie weitgehend auf Erkundungen in dem Gebiet, obgleich es Berichte gab, nach denen die UdSSR einen – erfolglosen – Versuch unternommen haben soll, westliche Ölgesellschaften zu Bohrungen in dem Gebiet zu bewegen, vermutlich um Druck auf Norwegen auszuüben. Dies zeigt auch, dass Ölgesellschaften generell wenig Lust verspüren, in Gebieten mit unklarem oder strittigem Rechtsstatus aktiv zu werden, kann doch eine Explorationsbohrung leicht 100 Millionen US-Dollar oder mehr kosten.

Allerdings gibt es ein Gebiet im zentralen Arktischen Ozean, das nicht der Gerichtsbarkeit der Küstenstaaten untersteht. Seine Größe muss erst noch bestimmt werden, ist sie doch vom Ergebnis eines langwierigen Prozesses in der Festlandsockelgrenzkommission abhängig, einem technischen Gremium, das im Rahmen des Seerechtsübereinkommens (SRÜ) der Vereinten Nationen geschaffen wurde, um den Küstenstaaten Empfehlungen zur äußeren Abgrenzung ihrer Festlandsockel zu unterbreiten.<sup>3</sup> Wenn ein Staat einen erweiterten Schelf beansprucht, der sich mehr als 200 Seemeilen von der Küste erstreckt, muss er die Ausmaße dieses Schelfs anhand geologischer Fakten belegen. Russland, das bereits über den größten Festlandsockel innerhalb von 200 Seemeilen verfügt, hat Unterlagen für eine erhebliche Erweiterung eingereicht. Anfang 2023 hat die Kommission empfohlen, dem jüngsten Anspruch auf den Gakkelrücken in wesentlichen Teilen nicht zu entsprechen.<sup>4</sup>

Russland, Kanada und Dänemark/Grönland machen Gebietsansprüche geltend, die sich überschneiden. Daraus schließen einige Beobachter auf die Gefahr von Konflikten. Die Grenzkommission ist lediglich dazu da, wissenschaftliche Erkenntnisse zu bewerten, und sie wird keine

Empfehlungen aussprechen, wenn es zwischen Staaten zu Abgrenzungsstreitigkeiten kommt. Die Beilegung von Streitigkeiten obliegt den Parteien selbst. Und dazu, genau dies auf friedliche Weise zu tun, haben sich die Küstenanrainerstaaten der Arktis – Russland, Norwegen, Dänemark/Grönland, Kanada und die USA – mit der Unterzeichnung der Ilulissat-Erklärung im Jahr 2008 verpflichtet.<sup>5</sup> Man kann sich natürlich fragen,

wie lange diese Verpflichtung bei der heutigen angespannten internationalen Lage noch gilt. Aber zwei gute Gründe sprechen dafür, dass die Gefahr eines Konflikts nach wie vor niedrig ist.

Erstens sind die fraglichen Gebiete sehr weit vom Festland entfernt und die Gewässer sind sehr tief. Bislang gibt es auch keine eindeutigen geologischen Hinweise auf interessante



Spitzendiplomaten der arktischen Anrainerstaaten 2008 in Ilulissat, Grönland: Damals bekräftigten die Staaten ihre Absicht, überschneidende Gebietsansprüche friedlich zu regeln. Es ist zwar fraglich, ob diese Zusage heute noch gilt, aber der Großteil der relevanten Rohstoffvorkommen in der Arktis dürfte ohnehin in unumstrittenen Gebieten liegen. Foto: © Bent Petersen, epa, dpa, picture-alliance.

Mineralien. Zwar kann sich dies ändern, aber auf dem Festlandssockel existieren riesige unstrittige Gebiete, die gegebenenfalls wohl zuerst erforscht werden würden. Somit besteht kein wirtschaftlicher Druck, den Meeresboden im zentralen Arktischen Ozean unter staatliche Kontrolle zu bringen.<sup>6</sup> Zweitens leiten sich der rechtmäßige Anspruch auf einen erweiterten Festlandssockel und das ausschließliche Recht

des Küstenstaats auf die Ressourcen auf dem Schelf aus dem Seerecht ab, das im SRÜ der Vereinten Nationen von 1982 festgeschrieben ist. Abgrenzungskonflikte im zentralen Arktischen Ozean würden das Vertrauen in das SRÜ als hinreichendes Rechtsinstrument für die Verwaltung der Arktis untergraben. Zwar haben die USA das Übereinkommen nicht ratifiziert, halten es aber gewohnheitsrechtsmäßig ein. Vorschläge für einen „Arktis-Vertrag“ lagen 2008 auf dem Tisch und haben dazu geführt, dass sich die Küstenanrainerstaaten der Arktis, die Arctic 5, zusammenschlossen. Natürlich kann es erneut zu Anfechtungen der exklusiven Rechte der Küstenstaaten beispielsweise durch die aufstrebende Supermacht China kommen. In einem solchen Fall hätten aber alle arktischen Staaten viel zu verlieren. Die Anrainerstaaten im zentralen Arktischen Ozean können sich darauf einigen, uneinig zu sein – und diese Situation kann noch Jahrzehntelang andauern.



## Am vielversprechendsten für Ölfunde sind die Gebiete am äußeren Festlandssockel Alaskas.

### Status der Offshore-Aktivitäten

Die meisten Offshore-Kohlenwasserstoffvorkommen werden in relativ flachen Gewässern, das heißt in Tiefen von unter 500 Metern, auf den unstrittigen Kontinentalschelfen der arktischen Staaten vermutet. Allerdings sind die Entwicklungsperspektiven nicht nur von der Ressourcenbasis abhängig. Je nach nationalen Prioritäten unterscheiden sich die Rahmenbedingungen und Vorschriften.<sup>7</sup> Und natürlich gibt es auch Unterschiede bei den Kosten.

Am vielversprechendsten für Ölfunde sind die Gebiete auf dem äußeren Kontinentalschelf von Alaska. Im Jahr 2021 gingen die US-amerikanischen Behörden von unentdeckten, technisch förderbaren Erdölvorkommen in der Beaufort- und Tschuktschensee in Höhe von 21 Milliarden

**Abb. 1: Arktischer Ozean (Nordpolarmeer) mit Nebenmeeren**



≡ Unterseeische Becken. Quellen: eigene Darstellung nach Macnab, Ron / Neto, Paul / van de Poll, Rob 2001: Cooperative Preparations for Determining the Outer Limit of the Juridical Continental Shelf in the Arctic Ocean: A Model for Regional Collaboration in Other Parts of the World?, IBRU Boundary and Security Bulletin, IBRU Centre for Borders Research, Durham University, S. 86–96, in: <https://bit.ly/3YTRCDD> [18.03.2023]; Weber, J. R. 1983: Maps of the Arctic Basin Sea Floor: A History of Bathymetry and its Interpretation, Arctic 36: 2, 06/1983, S. 121–143, in: <https://bit.ly/40iBuwM> [18.03.2023]. Karte: © Peter Hermes Furian, AdobeStock.

Barrel (2,8 Milliarden Tonnen) sowie von riesigen Gasvorkommen aus.<sup>8</sup> Dennoch gibt es dort heute – abgesehen von einigen relativ küstennahen Bohrungen in der Beaufortsee – keine Aktivitäten. Shell steckte sieben Milliarden US-Dollar in ein erfolgloses Explorationsprogramm, das 2015 aufgegeben wurde. Die Obama-Regierung verhängte 2016 auf dem Großteil des äußeren Kontinentalschelfs, das der Bundesgerichtsbarkeit untersteht, aus Umwelt- und zum Teil auch

aus Klimagründen ein Verbot für Offshore-Energieentwicklungen. Von Präsident Donald Trump wurde dieses Verbot aufgehoben, dann aber von dessen Nachfolger, Joe Biden, wieder in Kraft gesetzt.<sup>9</sup> Aber die ordnungspolitische Unsicherheit bleibt. Die Förderaktivitäten an der Küste Alaskas laufen weiter, sind aber wegen der schwindenden Ressourcenbasis rückläufig. In einer umstrittenen Entscheidung beschloss Präsident Biden im März 2023, in größerem Umfang

Land unter Bundeszuständigkeit für die Ölförderung zu öffnen.<sup>10</sup> Riesige Erdgasvorkommen an Land, aber auch vor der Küste werden dennoch aufgrund von Kosten-Nutzen-Analysen als nicht förderwürdig betrachtet.

Auch in den Offshore-Gebieten der kanadischen Arktis werden sehr bedeutende Vorkommen fossiler Brennstoffe vermutet. In den 1970er- und 1980er-Jahren fanden dort Bohrungen statt. Später, als das Interesse wieder auflebte, wurden 2002 und 2004 neue Pachtverträge geschlossen. Die letzten Lizenzen wurden 2012 ausgestellt. 2016 allerdings wurde zusammen mit den USA ein Moratorium für Offshore-Aktivitäten verhängt, das alle fünf Jahre überprüft wird. Die elf bereits erteilten Explorationslizenzen sind eingefroren. Zudem hat die kanadische Regierung angekündigt, dass sie weiter sämtliche Öl- und Gasaktivitäten in den arktischen Gewässern Kanadas aussetzen wird.<sup>11</sup> Weder die Politik noch die Industrie üben nachhaltig Druck aus, um diese Haltung zu ändern.

Die Schätzungen des USGS deuteten hinsichtlich der Vorkommen vor der grönländischen Küste auf ein großes Potenzial hin, und die Behörden sowie ein Großteil der Bevölkerung begrüßten die Förderung fossiler Rohstoffe als eine Einnahmequelle, die das Land komplett unabhängig von Dänemark machen könnte.<sup>12</sup> Allerdings haben negative Ergebnisse bei den Explorationsbohrungen verschiedene Großunternehmen dazu veranlasst, Grönland nach einer kurzen Welle der Begeisterung wieder zu verlassen. 2021 verkündete die grönländische Regierung das Ende der Erdöl- und Erdgasexploration und begründete dies neben wirtschaftlichen Überlegungen auch mit Umwelt- und Klimabedenken.<sup>13</sup>

Der norwegische Teil der Barentssee gilt nach offiziellen norwegischen Ressourcenschätzungen noch immer als vielversprechendes Gebiet. Die Vorkommen dort werden auf etwa 2.400 Tonnen Öläquivalent – verteilt auf Erdöl und Erdgas – geschätzt. Der Großteil davon aber ist unentdeckt und weite Gebiete sind unerforscht.<sup>14</sup> Hinzu kommt, dass der nördliche Teil der Barentssee – der Kontinentalschelf um die Inselgruppe

Spitzbergen – noch gar nicht zur Erkundung freigegeben ist. Im südlichen Teil begannen die Explorationsarbeiten 1980, wobei das Interesse der Industrie schwankend war und die jüngsten Lizenzvergaben nur ein verhaltenes Echo fanden. Zwei Großprojekte – das Snow-White-Erdgasprojekt und das Goliat-Ölprojekt – haben die Produktion aufgenommen. Ein zweites Ölprojekt – Johan Castberg – befindet sich in der Entwicklung, und ein drittes – Wisting – ist in der Planung weit fortgeschritten. In Norwegen läuft eine intensive Debatte über die Förderung fossiler Brennstoffe, in der auch Stimmen aufkommen, die fordern, keine neuen Gebiete zu erschließen und die Industrie zu verkleinern, um eine dekarbonisierte Zukunft zu ermöglichen. Bisher will die Regierung aber die Aktivitäten beibehalten.

## **Der russischen Industrie mangelte es sowohl an Erfahrungen als auch an Technologien für Tiefseeoperationen.**

---

Russland verfügt über den größten Festlandssockel unter den arktischen Staaten. Seit den 1980er-Jahren finden dort – beginnend in der Barentssee – Explorationsarbeiten statt. Allerdings wurde der Offshore-Erschließung lange Zeit keine besondere Priorität beigemessen, da reichlich Ressourcen an Land vorhanden waren. Dies änderte sich Anfang der 2000er-Jahre, als die Erschließung der Onshore-Reserven schwieriger und kostspieliger wurde. Geologische Untersuchungen und Bohrergebnisse, insbesondere in der Barents-, der Petschora- und der Karasee, ließen auf ein enormes Offshore-Potenzial schließen, das mit rund 100 Milliarden Tonnen Öläquivalent die Schätzungen des USGS bei Weitem übertraf.<sup>15</sup> Ungeachtet ihrer sehr unsicheren Grundlage wurden diese Zahlen von vielen für bare Münze genommen.

In der russischen Industrie mangelte es sowohl an Erfahrungen als auch an Technologien für

Tiefseeoperationen. Allerdings wurden ein Rahmen für die Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen geschaffen und Großprojekte geplant. Zusammen mit der französischen Total und der norwegischen Statoil machte sich das russische Unternehmen Gazprom an die Vorbereitungsarbeiten für die Erschließung des riesigen Shtokman-Gasfelds in der Barentssee. 2012 wurde das Projekt jedoch aus Kostengründen und angesichts negativer Marktaussichten im Zuge

des raschen Wachstums der unkonventionellen Gasförderung in den USA eingestellt. Zeitgleich liefen Verhandlungen zu großen Ölprojekten zwischen der staatlich kontrollierten russischen Ölgesellschaft Rosneft, der italienischen Eni und Statoil in der Barentssee sowie zwischen Rosneft und ExxonMobil in der Karasee und den weiter östlich gelegenen Gebieten. Anfang 2014 sah es so aus, als ob eine Erschließung der russischen Arktis in großem Stil kurz bevorstünde. Aber die nach



Zwischen Hoffnung und Skepsis: Die offizielle russische Erwartung ist, dass der internationale Transitverkehr auf der Nördlichen Seeroute florieren wird, sobald die ganzjährige Nutzung gesichert ist. Experten sind jedoch zurückhaltend, was das Potenzial angeht. Foto: © Oksana Sotnik, TASS, dpa, picture alliance.

der Annexion der Krim und der Unterstützung der Separatisten im Donbass verhängten Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die sich auch insbesondere gegen die Offshore-Ölförderung in der Arktis richteten, setzten dieser Expansion ein Ende. ExxonMobil zog sich zurück, kaum dass die erste Bohrung erfolgt war. Alle Kooperationsvereinbarungen wurden eingefroren und später gekündigt.

Die offizielle russische Position war zunächst, dass die westlichen Großunternehmen durch asiatische, genauer gesagt chinesische Unternehmen ersetzt werden könnten. Dies ist jedoch nicht geschehen, weil es diesen einerseits an den nötigen Erfahrungen mangelte, andererseits aber auch, weil der starke Rückgang des Ölpreises teure arktische Offshore-Projekte weniger attraktiv erscheinen ließ. Inzwischen haben sich die offiziellen russischen Prognosen



geändert. Neuere Schätzungen der wirtschaftlich förderbaren Öl- und Gasvorkommen gehen von einem Potenzial in Höhe von etwa einer Milliarde Tonnen Öläquivalent in der russischen Westarktis aus.<sup>16</sup> Das sind immer noch sehr bedeutende Mengen, bei denen es sich hauptsächlich um Erdgasvorkommen handelt. In einem umfassenden Positionspapier zur Erdölpolitik aus dem Jahr 2021 legte das russische Energieministerium dar, dass mit einer groß angelegten Offshore-Erschließung der Arktis kaum vor 2035 zu rechnen sei, da die Technologie fehle und der Ölpreis vermutlich auf einem zu niedrigen Stand verharre.<sup>17</sup> Allerdings laufen verschiedene Erkundungsarbeiten in Küstennähe weiter. Und auch in Prirazlomnoe, dem einzigen produzierenden russischen Offshore-Feld in der Arktis, das sich in den flachen Gewässern der Petschorasee befindet und 2013 in Betrieb ging, wird es weitergehen.

## Mit dem erfolgreichen Start von Yamal LNG wurde ein neues Kapitel in der arktischen Schifffahrt aufgeschlagen.

### Rohstoffvorkommen und die Nördliche Seeroute

Seit Jahrzehnten finden in der russischen Arktis umfangreiche Aktivitäten auf dem Festland statt. In den 1990er-Jahren wurde mit der Ölproduktion auf Feldern im Autonomen Kreis der Nenzen im nördlichen Teil des europäischen Russlands westlich des Uralgebirges begonnen. Aus einem Terminal in der Petschorasee wird das Öl auf dem Seeweg abtransportiert. Am bemerkenswertesten ist jedoch die Ausbeutung der enormen Gasvorkommen im Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen im Nordwesten Sibiriens östlich des Uralgebirges. Mit der Erschließung der riesigen, von Gazprom betriebenen Gasfelder, die alle über Pipelines mit Westrussland und Europa verbunden sind, wurde in den 1980er-Jahren begonnen. Auf die Region entfallen rund 90 Prozent der russischen

Gasproduktion. In den vergangenen Jahren war es jedoch die Produktion von verflüssigtem Erdgas (LNG), die die größte internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat. Die östlich der Yamal-Halbinsel gelegene Yamal-LNG-Anlage verarbeitet jährlich etwa 19,5 Millionen Tonnen LNG. Sie befindet sich mehrheitlich im Besitz von Novatek, einem privatwirtschaftlichen Unternehmen, das jedoch enge Beziehungen zum Kreml unterhält. TotalEnergies verfügt über einen Anteil von 20 Prozent, während 29,9 Prozent von chinesischen Anteilseignern gehalten werden. Im Rahmen dieses auf Seetransporte angewiesenen Projekts wurden 15 LNG-Tanker mit Eisbrecherfunktion gebaut, die mehrheitlich internationalen Reedereikonsortien gehören, wobei sich einer in russischem Besitz befindet.<sup>18</sup>

Mit dem erfolgreichen Start von Yamal LNG im Jahr 2017 wurde ein neues Kapitel in der arktischen Schifffahrt aufgeschlagen. Etwa alle fünfzig Stunden bringt ein Frachter 170.000 Kubikmeter Gas auf den Markt. Der größte Teil des Gases ging bislang nach Europa beziehungsweise wurde dort für den Weitertransport nach Asien umgeladen, aber zunehmend werden auch Ladungen Richtung Osten direkt nach Asien verschifft. Dahinter stand und steht die Vision, die LNG-Produktion in mehreren Feldern im Bereich des Ob-Busens auszubauen, um die asiatischen Märkte zu beliefern. Zudem gibt es seit einigen Jahren Pläne für ein Ölgroßprojekt in Ostsibirien (Vostok Oil), das ebenfalls auf den Seetransport angewiesen ist. Als flankierende Maßnahme hat Russland bereits ein ehrgeiziges Erneuerungs- und Erweiterungsprogramm für seine nukleare Eisbrecherflotte in Angriff genommen, das die ganzjährige Nutzung des gesamten Nördlichen Seewegs ermöglichen soll. Denn selbst wenn das Eis zurückgeht und eisfreie Sommer in einigen Jahrzehnten realistisch sind, werden die Gewässer doch einen Teil des Jahres von Eis bedeckt sein.

Mit dem Ausbau des Seetransports von Kohlenwasserstoffen aus der Arktis hat sich der Fokus der Entwicklung auf die Nördliche Seeroute verlagert. Vor zehn bis zwölf Jahren war man davon ausgegangen, dass die Schifffahrt auf den

internationalen Transitwegen zwischen Pazifik und Atlantik stark zunehmen würde, wozu es dann aber aus einer Reihe von Gründen nicht kam.<sup>19</sup> Die internationalen Reedereien haben nicht in spezielle Kapazitäten für die arktische Schifffahrt investiert und das Potenzial für den Transport von Massengütern ist begrenzt. Bei den großen Containerreedereien besteht kaum Interesse an der arktischen Route. Obwohl sie kürzer ist als die südlichen Routen, hat sie doch Nachteile bezüglich ihrer Befahrbarkeit (plötzlich auftretendes Eis macht Just-in-time-Lieferungen unmöglich), ihrer langen und flachen Meerengen und des Mangels an Märkten entlang der Strecke. Von offizieller russischer Seite wird erwartet, dass der internationale Transitverkehr floriert, sobald die Route ganzjährig sicher genutzt werden kann. Aber Beobachter sehen ihr Potenzial nach wie vor skeptisch, auch wenn von einem gewissen Wachstum ausgegangen wird. Einige große Linienschifffahrtsunternehmen haben Interesse an der Einrichtung einer Frachtroute zusammen mit russischen Unternehmen bekundet, aber das einzige Unternehmen, das bisher einen regelmäßigen Frachtdienst auf der gesamten Strecke anbietet, ist die chinesische COSCO mit vier bis fünf Fahrten pro Jahr in jede Richtung.

### **Die Nordwestpassage ist bisher noch nicht als Handelsroute ausgebaut.**

---

Die internationalen Schifffahrtsunternehmen haben es nicht eilig, die Route für den Transit zu erkunden. Zudem hat sich die russische Politik zur Regulierung des Schiffsverkehrs in der Region in eine protektionistischere Richtung entwickelt, was für ausländische Beteiligung wenig förderlich ist.<sup>20</sup> Durch den russischen Krieg gegen die Ukraine und die Sanktionen sind neue Unwägbarkeiten entstanden, die das Interesse ausländischer Akteure weiter verringern und sich infolge des eingeschränkten Zugangs zu Schlüsseltechnologien und Märkten wahrscheinlich auch auf die Entwicklung der Kohlenwasserstoffprojekte in der russischen Arktis auswirken werden.

### **Die Nordwestpassage und die Transpolare Route**

Die andere arktische Schifffahrtsroute, die Nordwestpassage, bestehend aus mehreren Schifffahrtswegen durch die Inselgruppen der kanadischen Arktis, ist bisher noch gar nicht als Handelsroute ausgebaut. Seitens der kanadischen Behörden wird die Nutzung dieser Route aus Gründen der Umweltsicherheit, aber auch wegen eines Streits mit den USA über ihren rechtlichen Status nicht gefördert. Strittig ist, ob es sich um eine internationale Meerenge oder ein innerkanadisches Gewässer handelt. Darüber hinaus erheben auch die Inuit Anspruch auf die Kontrolle verschiedener Teilbereiche der Route, da sie auf den Transport über das Eis angewiesen sind, das durch die Nutzung der Route im Winter aufgebrochen würde. Über weite Strecken des Jahres existiert eine dicke Eisschicht, selbst im Sommer kann Eis den Verkehr behindern. Wenn das Eis im Arktischen Ozean bricht, treiben die vorherrschenden Windrichtungen die Eisschollen vielfach in kanadische Gewässer. Zumeist wird die Route von Jachten befahren, wobei in den vergangenen Jahren auch einige große Kreuzfahrtschiffe hinzugekommen sind. Die Anzahl der Frachtschiffe ist sehr gering und lag 2022 bei lediglich acht Schiffen.<sup>21</sup> Da sich die Eissituation aber voraussichtlich verändern wird, ist mit einem Anstieg des kommerziellen Interesses am Transitverkehr zu rechnen, was insbesondere die von Eisbrechern unterstützten saisonalen Transporte von Erzen und Metallen zu Verarbeitungsanlagen in Asien betreffen dürfte.

Allerdings gibt es auch noch eine dritte Route durch die Arktis – die sogenannte Transpolare oder Zentralroute –, die quer durch den Arktischen Ozean führt. Sie existiert noch nicht als Seeroute, wird aber als eine Option im Zuge der voranschreitenden Eisschmelze diskutiert.<sup>22</sup> Wie bereits erwähnt, wird die Route aber zumindest über Teile des Jahres eisbedeckt sein, was die Schifffahrt unvorhersehbar und gefährlich macht. Bei Fahrten in so weit von jeder Küste entfernten Gewässern spielen Sicherheitsaspekte eine entscheidende Rolle. Daher stellt die

Zentralroute derzeit und in naher Zukunft keine realistische Option dar.

## Harte Mineralien

In der Arktis werden zahlreiche harte Mineralien vermutet. Während einige Vorkommen bereits nachgewiesen sind, bedarf die Bewertung und Erschließung insgesamt noch vieler Erkundungsarbeiten. Da Russland über das größte arktische Festlandterritorium verfügt, werden dort auch besonders umfangreiche Vorkommen unterschiedlicher Mineralien und Seltenerdmetalle erwartet. Allerdings ist die Erkundung und Erschließung von Ressourcen kostspielig und zeitaufwendig. Lange wurde es als notwendig erachtet, ausländische Investoren bei der Entwicklung von Großprojekten mit ins Boot zu holen. Solche Ansätze stoßen inzwischen auf politischen Widerstand, wobei die Bedingungen für langfristige Investitionen in Russland – gelinde gesagt – gegenwärtig nicht besonders attraktiv sind. Angesichts der Spannungen und Unsicherheiten nach der Invasion der Ukraine dürfte die Bereitschaft, in Russland zu investieren, sowieso sehr gering ausgeprägt sein. Lediglich bei großen chinesischen Staatsunternehmen könnte Interesse bestehen, allerdings waren selbst diese im russischen Mineralsektor bisher wenig aktiv.

### **Der steigende Bedarf an Seltenen Erden und die Abhängigkeit von China haben Grönland stärker in den Blickpunkt gerückt.**

---

In den anderen arktischen Ländern gibt es einerseits kommerzielles Interesse an harten Mineralien, andererseits aber auch Diskussionen über indigene Rechte und Umweltbelange, durch die der Zugang der Wirtschaft begrenzt werden könnte. Die Gewinnung von harten Mineralien und Seltenerdmetallen steckt noch in einer sehr frühen Phase, wenngleich in den kommenden

Jahren mehrere Mineralienprojekte in Alaska<sup>23</sup> und, in geringerem Maße, auch im arktischen Kanada<sup>24</sup> zu erwarten sind. Allerdings verfügen externe Investoren und Branchen ohne Genehmigung der nationalen – und manchmal auch der regionalen und lokalen – Behörden über keinerlei Rechte.

Besonders interessant ist der Fall Grönlands, einer Region im Königreich Dänemark mit weitreichender Autonomie, einem riesigen Territorium, sehr niedrigen Bevölkerungszahlen und reichen Vorkommen an Mineralien und Seltenerdmetallen.<sup>25</sup> Vielfach wurde davon ausgegangen, dass das Land aufgrund eingeschränkter staatlicher Kapazitäten anfällig sein könnte für Druck zur Gewährung von Zugängen zu seinen Bodenschätzen. Gleichzeitig könnte die Erschließung der Bodenschätze die wichtige Diversifizierung der Wirtschaft ermöglichen und so letztlich den Weg zur vollständigen Unabhängigkeit von Dänemark ebnen.

Insbesondere wurde argumentiert, dass staatsnahe chinesische Unternehmen schon in den Startlöchern stünden, um große Bergbauprojekte in Grönland in Angriff zu nehmen. Bei näherer Betrachtung zeigte sich jedoch, dass die chinesischen Interessen übertrieben dargestellt und die angekündigten Investitionen nie getätigt wurden.<sup>26</sup> Gleichwohl sind chinesische Investoren als Miteigentümer an einem umstrittenen Uranprojekt beteiligt. Allerdings wurde noch keine Erschließungsgenehmigung erteilt, und im Land läuft vor dem Hintergrund der Umweltauswirkungen und der Bedrohung der traditionellen Lebensgrundlagen eine hitzige Debatte über den Abbau der Mineralien.<sup>27</sup> Der steigende Bedarf an Seltenerdmetallen für grüne Technologien und die in diesem Zusammenhang bestehende Abhängigkeit von China haben Grönland stärker in den Blickpunkt gerückt. Durch das Abschmelzen der Gletscher werden die Vorkommen leichter zugänglich. In den vergangenen Jahren haben verschiedene ausländische Unternehmen Explorationsrechte geprüft oder beantragt, und das politische Interesse an Grönland und seinen Rohstoffen ist – insbesondere in den USA – stark gestiegen.<sup>28</sup>

## Tiefseemineralien

In den vergangenen Jahren hat die Förderung von Mineralien aus Lagerstätten in der Tiefsee, die schon in den 1980er-Jahren auf der Tagesordnung stand, aufgrund der wachsenden Nachfrage nach bestimmten Metallen ein Comeback erlebt. In diesem Zusammenhang gelten die arktischen Kontinentalschelfe als ein vielversprechendes Gebiet. Allerdings sind mit dem Abbau von Ressourcen am Meeresboden große technologische und ökologische Herausforderungen verbunden, für die Lösungen gefunden werden müssen.<sup>29</sup> Während Kanada ein Moratorium für Tiefseeaktivitäten in den Gewässern unter seiner Gerichtsbarkeit verhängt hat<sup>30</sup>, kartiert Norwegen seine Ressourcen aktiv und bereitet in bestimmten Gebieten ihre Erschließung vor.<sup>31</sup> Die Erkundung und Förderung erfolgt unter nationaler Kontrolle. Wenn sich jedoch die Vorkommen auf dem Festlandsockel um Spitzbergen als interessant erweisen, könnte dies zu Differenzen hinsichtlich ihrer Nutzung führen.

Nach Ansicht Norwegens verfügt das Land in diesem Gebiet über die ausschließlichen Ressourcenrechte, während andere Staaten der Meinung sind, dass die Gleichbehandlungsregeln des Spitzbergenvertrags anwendbar sind. Unstrittig ist allerdings die norwegische Souveränität ebenso wie das Recht des Landes, wie bei der Erdölförderung eigenständig darüber zu entscheiden, ob der Schelf für die kommerzielle Ausbeutung von Mineralien geöffnet wird oder nicht. Die norwegische Position findet keine generelle Unterstützung, der Schelf wurde bisher nicht geöffnet. Eher unwahrscheinlich sind Förderaktivitäten im zentralen Arktischen Ozean außerhalb der Hoheitsgewalt der Küstenstaaten, obwohl die Rahmenbedingungen dafür im Seerechtsübereinkommen mit der zu diesem Zweck eingerichteten Internationalen Meeresbodenbehörde vorhanden sind.

## Sicherheitspolitische Aspekte

Es gibt keine sicherheitspolitischen Implikationen, die aus konkurrierenden territorialen Ansprüchen auf arktische Offshore- und Onshore-Bodenschätze resultieren. Das Bild von wertvollen

Rohstoffvorkommen in umstrittenen Gebieten ist noch immer weit verbreitet, aber irreführend, da eine Verwertung der sich außerhalb der nationalen Gerichtsbarkeit befindlichen Bodenschätze aus technologischen und wirtschaftlichen Gründen bisher gar nicht auf der Tagesordnung steht, wenngleich sich das in Zukunft ändern könnte. Sicherheitspolitische Konflikte über Bodenschätze würden Ansprüche auf Vorkommen eines anderen Staates implizieren, was selbst in der heutigen Zeit eher unwahrscheinlich ist. Realistischer ist ein Szenario, bei dem eine Kombination aus politischem und wirtschaftlichem Druck ausgeübt wird, um Zugang zu Rohstoffen zu erlangen.

## Von den kommerziellen Nutzern des Nördlichen Seewegs werden die russischen Bestimmungen akzeptiert.

---

Bei den Seerouten liegen die Dinge etwas anders. Ein Grundprinzip des Seerechts ist die Freiheit der Schifffahrt, die gegen die weitreichenden Rechte der Küstenstaaten an den Vorkommen im Meer und auf dem Meeresboden abgewogen wird. Außerhalb der internen Gewässer haben ausländische Schiffe ein Durchfahrtsrecht durch Hoheitsgewässer (zwölf Seemeilen von der Küste entfernt), in den Gebieten darüber hinaus kann der Küstenstaat im Prinzip keine Beschränkungen auferlegen. Allerdings gibt es eine Ausnahme von diesen Regeln in Artikel 234 des SRÜ. Dort heißt es: „Die Küstenstaaten haben das Recht, nichtdiskriminierende Gesetze und sonstige Vorschriften zur Verhütung, Verringerung und Überwachung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in eisbedeckten Gebieten innerhalb der Ausschließlichen Wirtschaftszone zu erlassen und durchzusetzen, wenn dort besonders strenge klimatische Bedingungen und das diese Gebiete während des größten Teils des Jahres bedeckende Eis Hindernisse oder außergewöhnliche Gefahren für die Schifffahrt schaffen und die Verschmutzung der Meeresumwelt das ökologische Gleichgewicht ernstlich schädigen oder endgültig zerstören könnte.“<sup>32</sup>

Auf diesen Artikel beruft sich Russland, um sein Verwaltungssystem für die Nördliche Seeroute zu rechtfertigen, das Durchfahrtsgenehmigungen und den obligatorischen Einsatz russischer Eisbrecher im Bedarfsfall vorsieht. Insbesondere die USA haben Einwände gegen dieses Vorgehen, das sie für diskriminierend halten, und stellen gleichzeitig auch den Anwendungsbereich infrage. Kann das gesamte Gebiet des Seewegs tatsächlich die meiste Zeit des Jahres als eisbedeckt angesehen werden?<sup>33</sup> Zudem haben die USA wiederholt gegen fehlende Ausnahmeregelungen für staatliche Schiffe (einschließlich Militärschiffe) protestiert, die in Artikel 236 des SRÜ festgeschrieben sind. Im Jahr 2022 hat Russland die für die Durchfahrt von ausländischen Kriegsschiffen geltenden Beschränkungen sogar noch verschärft, die jetzt drei Monate im Voraus auf diplomatischem Wege angemeldet werden muss.<sup>34</sup>

Die USA sind besonders wegen der Schifffahrtsrechte in den Meerengen des Nördlichen Seewegs besorgt. Russland vertritt den Standpunkt, dass es sich bei diesen relativ schmalen Meerengen um Binnengewässer handelt, was einen sehr breiten Regulierungsspielraum zuließe. Nach Ansicht der USA fallen sie jedoch unter die SRÜ-Definition von „Meerengen, die für die internationale Schifffahrt genutzt werden“. Unter ausländischer Flagge fahrende Schiffe haben in diesen Meerengen Transitrechte. Diese Transitrechte ähneln sehr stark dem „Recht auf friedliche Durchfahrt“, das Militärschiffen in Hoheitsgewässern gewährt wird, gehen aber noch darüber hinaus, da U-Boote nicht an der Wasseroberfläche fahren müssen. Die USA beanspruchen für sich das Recht, Marineschiffe ohne Vorankündigung durch die Nördliche Seeroute zu schicken, wie sie es auch schon in anderen Seegebieten mit umstrittener Rechtsprechung im Rahmen von sogenannten FONOPs (Freedom of Navigation Operations) getan haben.<sup>35</sup> Ein solches Vorgehen birgt das Risiko eines militärischen Konflikts – allerdings gibt es keine Anzeichen dafür, dass die USA so etwas erwägen.<sup>36</sup>

Von den kommerziellen Nutzern des Seewegs werden die russischen Bestimmungen akzeptiert.

Weitere russische Einschränkungen werden sich negativ auf das wirtschaftliche Interesse an der Seeroute auswirken, aber keine Sicherheitsprobleme schaffen. Auch ist kaum denkbar, dass ausländische Staaten militärisch aktiv werden, um dort die Durchfahrt von Frachtschiffen zu unterstützen.

Auch wenn militärische Konflikte im Zusammenhang mit der Suche und Erschließung von Bodenschätzen eher unwahrscheinlich sind, kann der (politische) Umgang mit den Ressourcen in der Arktis doch zu Konflikten führen. Allerdings werden derartige Konflikte in erster Linie zwischen den Befürwortern und Gegnern bestimmter Projekte innerhalb eines Landes entstehen. Umweltauswirkungen und Folgen für traditionelle Lebensweisen sind vielerorts bereits ein Thema, wobei durchaus mit einer Verschärfung der Positionen zu rechnen ist. In solche Konflikte könnten sich Aktivisten von außerhalb einbringen. Denkbar ist auch, dass andere Länder oder internationale Organisationen Druck ausüben, wie zum Beispiel die Erklärungen der EU zum Schutz der arktischen Umwelt zeigen. Solche Entwicklungen können Rohstoffprojekte zu außenpolitischen und diplomatischen Herausforderungen machen. Andererseits werden der Krieg in der Ukraine und die Ungewissheit über die Entwicklungen in Russland zu einer Neubewertung der kritischen Rohstoffversorgung – nicht nur bei Öl und Gas – führen, was wiederum die Bedeutung der nichtrussischen Arktisgebiete erhöhen dürfte.<sup>37</sup>

*– übersetzt aus dem Englischen –*

---

**Arild Moe** ist Forschungsprofessor am Fridtjof-Nansen-Institut in Lysaker, Norwegen.

- 1 Gautier, Donald et al. 2009: Assessment of Undiscovered Oil and Gas in the Arctic, *Science*, 324: 5931, 29.05.2009, S. 1175–1179, in: <https://bit.ly/31WJCGu> [28.02.2023].
- 2 Moe, Arild / Fjærtoft, Daniel / Øverland, Indra 2011: Space and Timing: Why Was the Barents Sea Delimitation Dispute Resolved in 2010?, *Polar Geography*, 34: 3, 11.10.2011, S. 145–162, in: <https://bit.ly/3KJcwCe> [28.02.2023].
- 3 Jensen, Øystein 2022: End of the Common Arctic Seabed: Recent State Practice in the Establishment of Continental Shelf Limits Beyond 200 nm, *The Polar Journal* 12: 1, 07.04.2022, S. 108–121, in: <https://bit.ly/3Z5ppul> [28.02.2023].
- 4 Empfehlungen der für die Prüfung des Vorschlags der Russischen Föderation eingesetzten Unterkommission. Von der Kommission mit Änderungen am 6. Februar 2023 angenommen. UN 2023: Recommendations of the Commission on the Limits of the Continental Shelf in Regard to the Partial Revised Submission Made by the Russian Federation in Respect of the Arctic Ocean on 3 August 2015 with Addenda Submitted on 31 March 2021, Annex II, Summary of the Recommendations of the Commission, United Nations Convention on the Law of the Sea, Commission on the Limits of the Continental Shelf, 06.02.2023, in: <https://bit.ly/3Y7HVRy> [25.02.2023].
- 5 Dodds, Klaus 2013: The Ilulissat Declaration (2008): The Arctic States, „Law of the Sea,“ and Arctic Ocean, *The SAIS Review of International Affairs* 33: 2, S. 45–55, in: <https://bit.ly/3xWMmnJ> [28.02.2023].
- 6 In der Wassersäule stellt sich die Situation anders dar. Die Küstenstaaten verfügen über 200 Seemeilen breite Ausschließliche Wirtschaftszonen. Außerhalb der AWZs befindet sich die Hohe See. Die fünf arktischen Küstenstaaten und die vier größten Fischereinationen außerhalb der Arktis sowie die EU haben sich auf ein Fischereimoratorium in diesem Gebiet geeinigt, bis dort ein System für nachhaltige Fischereiwirtschaft eingerichtet ist. Das entsprechende Abkommen trat 2021 in Kraft. Bisher gibt es in dem Gebiet keine kommerziell nutzbaren Fischbestände. Das könnte sich in Zukunft jedoch ändern. U.S. Department of State 2021: The Agreement to Prevent Unregulated High Seas Fisheries in the Central Arctic Ocean Enters into Force, Pressemitteilung, 25.06.2021, in: <https://bit.ly/3KH83zK> [20.02.2023].
- 7 Eine ausführlichere Darstellung der Politik der zirkumpolaren Staaten findet sich bei Claes, Dag Harald / Moe, Arild / Rottem, Svein Vigeland 2018: Arctic Hydrocarbon Development: State Interests and Policies, in: Rottem, Svein Vigeland / Folkestad Soltvedt, Ida (Hrsg.) 2018: Arctic Governance: Energy, Living Marine Resources and Shipping, Bd. 2, London, S. 26–50.
- 8 Jemison, Kelly / Lu, Michael 2021: 2021 Assessment of Oil and Gas Resources: Alaska Outer Continental Shelf Region, OCS Report BOEM 2021-066, Bureau of Ocean Energy Management (BOEM), U.S. Department of the Interior, 10/2021, in: <https://bit.ly/3EJcfv6> [20.02.2023].
- 9 Comay, Laura B. 2022: Five-Year Offshore Oil and Gas Leasing Program: Status and Issues in Brief, CRS Report R44692 Version 29, Congressional Research Service, 29.09.2022, in: <https://bit.ly/3mgYZqY> [20.02.2023].
- 10 Friedman, Lisa 2023: How Biden Got From „No More Drilling“ to Backing a Huge Project in Alaska, *The New York Times*, 13.03.2023, in: <https://nyti.ms/40FWKNs> [04.04.2023].
- 11 Kanadische Regierung 2023: Order Prohibiting Certain Activities in Arctic Offshore Waters, 2022: SOR/2022-274, *Canada Gazette*, Part II, 157: 1, 04.01.2023, in: <https://bit.ly/3m0zgTF> [20.02.2023].
- 12 Christiansen, Flemming G. 2021: Greenland Petroleum Exploration History: Rise and fall, learnings, and future perspectives, *Resources Policy*, Bd. 74, Art. 102425, 12/2021, in: <https://bit.ly/3KIob4b> [28.02.2023].
- 13 Ramsay, Adam / White, Aaron 2021: Greenland’s Government Bans Oil Drilling, Leads Indigenous Resistance to Extractive Capitalism, *openDemocracy*, 10.11.2021, in: <https://bit.ly/3ZclfvV> [28.02.2023].
- 14 Norsk Petroleum 2023: Norwegian Petroleum Facts, in: <https://bit.ly/3kySgIK> [25.02.2023].
- 15 Siehe z. B. Zolotukhin, A. / Gavrilov V. 2011: Russian Arctic Petroleum Resources, *Oil & Gas Science and Technology – Revue IFP Energies nouvelles*, 66: 6, S. 899–910, in: <https://bit.ly/3SxIl2B> [28.02.2023].
- 16 Nasarow, Walentin / Grigoriew, Gennady / Krasnow, Oleg / Medwedewa, Lyudmila 2021: Экономическая оценка углеводородной сырьевой базы арктического шельфа России (Wirtschaftliche Bewertung der Kohlenwasserstoffvorkommen auf dem russischen arktischen Festlandssockel), *Нефтегазовая геология. Теория и Практика* 16: 1, 30.03.2021, in: <https://bit.ly/3mXjs4Q> [15.03.2023].
- 17 Podlinowa, Anna / Wolobujew, Alexander 2021: Россия отложит разработку шельфа минимум на 15 лет – Ведомости (Russland verschiebt die Erschließung des arktischen Schelfs um mindestens 15 Jahre), *Vedomosti*, 11.04.2021, in: <https://bit.ly/3IWNynQ> [28.02.2023].
- 18 Die Entwicklung von Yamal LNG wird analysiert in Hendersen, James / Moe, Arild 2019: The Globalization of Russian Gas: Political and Commercial Catalysts, Cheltenham, UK.
- 19 Moe, Arild 2020: Russlands Nördlicher Seeweg – Nationale Exporttrasse statt internationaler Handelsroute, *Osteuropa*, 5/2020, S. 61–79, in: <https://bit.ly/3SzPWh0> [28.02.2023].
- 20 Ebd.
- 21 Headland, Robert et al. 2022: Transits of the Northwest Passage to End of the 2022 Navigation Season, *Scott Polar Research Institute, University of Cambridge*, 08.12.2022, in: <https://bit.ly/2AYIneC> [25.02.2023].

- 22 Bennett, Mia M./Stephenson, Scott R./Yang, Kang et al. 2020: Climate Change and the Opening of the Transpolar Sea Route: Logistics, Governance, and Wider Geo-economic, Societal and Environmental Impacts, S.161-186, in: Spohr, Kristina/Hamilton, Daniel S./Moyer, Jason C. (Hrsg.) 2020: The Arctic and World Order, Johns Hopkins University, Washington.
- 23 Lasley, Shane 2020: Revealing Alaska's critical minerals, North of 60 Mining News, 10.07.2020, in: <https://bit.ly/3SxVCs3> [20.02.2023].
- 24 Maloney, James/McLean, Greg/Simard, Mario et al. 2021: From Mineral Exploration to Advanced Manufacturing: Developing Value Chains for Critical Minerals in Canada. Report of the Standing Committee on Natural Resources, Kanadisches Unterhaus, 06/2021, in: <https://bit.ly/3mcWTZq> [20.02.2023].
- 25 Eilu, Pasi/Bjerkgård, Terje/Franzson, Hjalti et al. 2021: The Nordic Supply Potential of Critical Metals and Minerals for a Green Energy Transition, Nordic Innovation, 16.09.2021, in: <https://bit.ly/3IWBTPx> [20.02.2023].
- 26 Stensdal, Iselin 2020: Much Ado about Something? China in Arctic Resource Development: Greenland and the Isua Iron-ore Project, in: Rottem, Svein Vigeland/Folkestad Soltvedt, Ida (Hrsg.) 2020: Arctic Governance: Norway, Russia and Asia, Bd. 3, London, S.259-279.
- 27 Ewing, Jack 2021: The World Wants Greenland's Minerals, but Greenlanders Are Wary, The New York Times, 01.10.2021, in: <https://nyti.ms/3JlgSA> [28.02.2023].
- 28 Poulsen, Regin Winther 2022: How Greenland's Mineral Wealth Made It a Geopolitical Battleground, Foreign Policy, 18.12.2022, in: <https://bit.ly/3ZoDoLG> [28.02.2023].
- 29 Miller, Kathryn A./Thompson, Kirsten F./Johnston, Paul et al. 2018: An Overview of Seabed Mining Including the Current State of Development, Environmental Impacts, and Knowledge Gaps, *Frontiers in Marine Science*, Bd. 4, Art. 418, 10.01.2018, in: <https://bit.ly/2o0FMZ7> [28.02.2023].
- 30 Kanadische Regierung 2023: Statement on Seabed Mining, Natural Resources Canada, 09.02.2023, in: <https://bit.ly/3KERq7X> [27.02.2023].
- 31 Norwegian Petroleum Directorate 2023: Seabed minerals: Substantial resources on the Norwegian shelf, 27.01.2023, in: <https://bit.ly/41z3cqc> [27.02.2023].
- 32 UN 2022: United Nations Convention on the Law of the Sea of 10 December 1982. Overview and full text, in: <https://bit.ly/3IwfSPN> [27.02.2023].
- 33 Roach, J. Ashley 2020: Freedom of the Seas in the Arctic Region, S.219-250, in: Spohr/Hamilton/Moyer (Hrsg.) 2020, N.22.
- 34 Nilsen, Thomas 2022: Russian parliament passes law limiting freedom of navigation along Northern Sea Route, The Barents Observer, 01.12.2022, in: <https://bit.ly/3ZpjEHY> [28.02.2023].
- 35 Overfield, Cornell 2022: Russia's Arctic Claims Are on Thin Ice, Foreign Policy, 20.12.2022, in: <https://bit.ly/41JMuF1> [28.02.2023].
- 36 Der Streit mit Kanada über den Status der Nordwestpassage ist ähnlich gelagert. Im Prinzip sind die beiden miteinander eng verbündeten Staaten übereingekommen, unterschiedlicher Meinung zu sein. Von Zeit zu Zeit schlagen die USA aber die Durchführung von FONOPs vor. Dass daraus ein Sicherheitskonflikt erwächst, ist jedoch undenkbar. Pincus, Rebecca 2019: Rushing Navy Ships into the Arctic for a FONOP is Dangerous, U.S. Naval Institute Proceedings 145: 1, 01/2019, in: <https://bit.ly/3Z8ZbHq> [28.02.2023].
- 37 Raspotnik, Andreas/Stępień, Adam/Koivuova, Timo 2022: The European Union's Arctic Policy in the Light of Russia's War against Ukraine, The Arctic Institute, 26.04.2022, in: <https://bit.ly/3Y9n5Bg> [28.02.2023].

Foto: Stefanie Arndt, AWI © 4.0.



*Im Gespräch*

Die Arktis. Zwischen Konflikt und Kooperation

# Wo unumkehrbare Verluste drohen

Der Klimawandel in der Arktis und die Folgen des russischen  
Krieges gegen die Ukraine für die Forschung

Ein Gespräch mit Prof. Antje Boetius

Sie ist Meeresforscherin und leitet mit dem Alfred-Wegener-Institut die wichtigste deutsche Institution in der Polar- und Meeresforschung: Antje Boetius erklärt im Gespräch mit den Auslandsinformationen, warum uns durch den Klimawandel in der Arktis unumkehrbare Verluste drohen, wieso der russische Angriff auf die Ukraine auch die Forschung in der Polarregion schwer getroffen hat und was sie unbedingt noch über die Arktis herausfinden will.

---

*Auslandsinformationen (Ai): Frau Professor Boetius, wie oft waren Sie schon in der Arktis?*

**Antje Boetius:** Nehme ich nur die Expeditionen zur See, die ich als Meeres- und Tiefseeforscherin durchgeführt habe, dann waren das bislang neun. Die waren jeweils bis zu drei Monate lang, oftmals in eisbedeckten Gewässern rund um den Nordpol, um die arktische Tiefsee und besonders den Meeresboden zu erforschen. Neben diesen Forschungsaufenthalten nehme ich aber auch regelmäßig an Forschungskonferenzen im Arktisraum teil, beispielsweise in Tromsø und Reykjavík. Ich war aber auch schon in Murmansk und Kirkenes. Dazu kam im vergangenen Jahr eine unvergessliche Landexpedition auf Grönland.

*Ai: Bleiben wir erst einmal bei den Expeditionen: Wie aufwändig ist die Vorbereitung?*

**Boetius:** Das Alfred-Wegener-Institut, Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung, organisiert Expeditionen zu See, zu Land und zu Luft. Ich selbst bin hauptsächlich an den seegehenden Expeditionen beteiligt. Die haben oft einen mehrjährigen Vorlauf. Eine ganz zentrale Rolle spielt unser Forschungseisbrecher Polarstern. Von diesen Eisbrechern, mit denen man in das Eis eindringen und dann darunter das Meer und den Meeresgrund erforschen kann, gibt es auf der Welt nur wenige. Auch deshalb stimmen wir uns lange vor einer Expedition international darüber ab, welche Forscherinnen und Forscher aus anderen Ländern teilnehmen werden, welche Expertise sie mitbringen, welche Forschungsfragen beantwortet werden sollen.

*Ai: Können Sie uns Beispiele für solche Fragen nennen?*

**Boetius:** Heute geht es häufig um die Auswirkungen des Klimawandels auf die Arktis. Also: Wie verändert er Wetterphänomene, Meeresströmungen, Wirbel und Wellenbewegungen? Wie verändert er die Fische und anderes Leben in der Region, bis hinunter in die Tiefsee? Ein zweiter wichtiger Bereich ist die Meeresbodenforschung zum Ursprung der arktischen Becken und der Geschichte der Eisbedeckung. Der Meeresboden in der Arktis ist ziemlich schlecht kartiert. Da kann es mit Blick auf die Tiefe Ungenauigkeiten von 100 Metern geben, unterseeische Berge sind kilometerweit neben ihrem eigentlichen Standort verzeichnet. Das liegt daran, dass der arktische Meeresboden bislang zumeist

von militärischen U-Booten grob vermessen worden ist, die dafür eigentlich nicht die optimalen Instrumente hatten – und daran, dass eben zu wenige Forschungseisbrecher in der Arktis sind.

*Ai: Wann waren Sie denn zum ersten Mal dort?*

**Boetius:** Das war 1993. Ich hatte also noch Gelegenheit, die „alte Arktis“, wie sie damals war, zu erleben. Auch wenn es schon erste Warnungen gab, dachten damals die meisten Menschen noch nicht daran, dass der Klimawandel eine Region so schnell verändern kann, wie es dann mit der Arktis tatsächlich geschehen ist. Und diesen glücklichen Umstand, dass ich als Doktorandin noch die Arktis in ihrem damaligen Zustand besuchen konnte, kann ich auch heute noch für meine Forschung nutzen. Proben und Aufzeichnungen, die ich 1993 gemacht habe, dienen mir heute als Bezugspunkte, über die ich Veränderungen dokumentieren und zeigen kann, wie Klimaveränderungen direkt auf das Leben in der Arktis wirken.

*Ai: Was fällt denn jemandem, der 1993 in der Arktis war und heute an denselben Ort zurückkehrt, als erstes auf?*

**Boetius:** Man kann den Klimawandel und seine Folgen tatsächlich mit bloßem Auge beobachten. Das Auffälligste ist das Meereis. Als ich vor etwa 30 Jahren zum ersten Mal in der Nordpolregion war, war das Meereis dort im Schnitt etwa drei bis vier Meter dick. Heute sehen wir dort im Sommer um den Nordpol herum vielleicht noch anderthalb Meter Dicke, wenn das Meer nicht sogar ganz eisfrei ist. Sie können den Klimawandel dort aber auch an Land beobachten, beim Auftauen von Permafrostböden. Ein konkretes Beispiel: Die Forschungsstation des Alfred-Wegener-Instituts auf Spitzbergen ist zur Hälfte auf Stein gebaut, zur Hälfte auf ehemals gefrorenem Boden. Heute haben wir dort einen Riss, weil der Teil, der vorher auf vermeintlich ewig gefrorenem Boden stand, in den Schlamm absinkt. Und diese Erfahrung der schwindenden Verlässlichkeit des Untergrunds machen heute viele Menschen in der Arktis.

Und dann gibt es auch einen sozialen Wandel: Die Arktis ist ein Zuzugsgebiet, in das immer mehr Menschen aus der ganzen Welt kommen. Viele der arktischen Städte – ob in Norwegen, den Vereinigten Staaten oder Kanada – sind heute sehr international und divers. Auch das ist, abseits der naturwissenschaftlichen Aspekte, eine Veränderung, die ich über die Zeit beobachtet habe.

*Ai: Lassen Sie uns das Thema Klimawandel vertiefen. Man hört oft, dieser sei in der Arktis noch stärker zu spüren als anderswo. Ist das so und woran kann man das festmachen?*

**Boetius:** Ja, das ist so. Es gibt Wetterstationen zu Land und auf dem Meer, alle zusammen zeigen eine im Vergleich zum globalen Durchschnitt drei- bis viermal so schnelle Erwärmung der arktischen Region in den letzten 40 Jahren. Das kann man auch festmachen am Rückgang der Eisdecke. Sie schwindet mit jedem Jahrzehnt um etwa 13 Prozent zum Ende des Sommers. Das ist natürlich erschreckend, weil es das gesamte System – und damit auch das Leben innerhalb dieses Systems – aus dem Gleichgewicht bringt.

*Ai: Im Pariser Klimaabkommen wird das Ziel ausgegeben, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen, möglichst auf 1,5 Grad. Letzteres scheint mittlerweile in weite Ferne zu rücken. Inwiefern unterscheidet sich die Arktis in einem globalen Plus-1,5-Grad-Szenario von der Arktis in einem globalen Plus-2-Grad-Szenario?*

**Boetius:** Ja, die CO<sub>2</sub>-Menge in der Atmosphäre, die für eine Erwärmung

von durchschnittlich 1,5 Grad verantwortlich wäre, ist in wenigen Jahren erreicht. Denn die notwendige Klimaneutralität wird wohl nicht schnell genug – das heißt deutlich vor 2050 – erzielt. Es passiert aber dennoch sehr viel in Bezug auf Energiewende weltweit. Schon heute geht die Erwärmung mit so vielen Extremen einher, so vielen Schocks für das Leben auf der Erde, dass wir enorme gesellschaftliche Veränderungen zu erwarten haben. Wann, wo und wie ist schlecht vorherzusagen, doch die jetzt schon zu beobachtenden Vertreibungen von Menschen, die Gesundheitsrisiken und wirtschaftlichen Einbußen, aber auch die enormen Chancen durch immer günstigere regenerative Energien sind Treiber eines sozialen Wandels. Für die Arktis bedeutet eine globale 1,5-Grad-Erwärmung zudem ungefähr 6 Grad regionale Erwärmung, und das führt zu einem immer schnelleren Schmelzen von Meer- und Landeis sowie Permafrost. Das wiederum verstärkt den Klimawandel, Extremwetter und den Meeresspiegelanstieg. Ein Beispiel für die Unterschiede: Bei 1,5 Grad wird es alle paar Dekaden eine eisfreie Arktis geben, bei 2 Grad alle paar Jahre – mit fundamentalen Auswirkungen für alles Leben.



Passionierte Forscherin: Seit 2017 leitet Antje Boetius das Alfred-Wegener-Institut.  
Foto: © Esther Horvath, AWI © 4.0.

*Ai: Warum muss uns das auch als Menschen, die deutlich südlich des Polarkreises leben, beunruhigen?*

**Boetius:** Dafür gibt es mehrere Gründe. Allen voran ist der globale

Meeresspiegelanstieg zu nennen – Grönlands Eismassenverlust entscheidet zum Beispiel über den Lebensraum auf den pazifischen Inseln und weltweit an den Küsten. Und dadurch, dass sich die Arktis schneller erwärmt als andere Weltregionen und Eis verliert, verändert sich der Temperaturgradient – also der Temperaturunterschied zwischen der nördlichen Polarregion und den niedrigeren Breiten. Die Forschung geht davon aus, dass das Folgen für den polaren Vortex und Jetstream hat, also die Starkwindbände, die in großen Höhen unser lokales Wetter prägen. Dadurch können sich bestimmte Wetterkonstellationen beispielsweise über Mitteleuropa länger festsetzen, statt relativ schnell vorüberzuziehen. Das kann dann zum Beispiel im Sommer langanhaltende Hitze und Dürre bedeuten – oder wie über Weihnachten geschehen, tödliche polare Kälte und Massenschneefall in Amerika und Japan.

Darüber hinaus entstehen wegen des Auftauens der Böden Probleme für die Infrastruktur, also etwa Pipelines oder Verkehrswege. Das Beispiel unserer Forschungsstation auf Spitzbergen habe ich vorhin schon angesprochen. Dasselbe passiert auch mit anderer Infrastruktur, so kommt es in Russland schon zu Erdölunfällen, weil Tanks und Pipelines brechen. Zudem verschieben sich die Fischbestände und die Verteilung anderer Tiere, mit Folgen für die Lebensvielfalt und Ökosysteme.

Es geht auch darum, dass es in Zukunft noch Eisbären oder das arktische Walross gibt. Was auch mir große Sorge bereitet, ist, dass uns hier unumkehrbare Verluste drohen, wenn das Meereis weiter zurückgeht in der Arktis. Und in der Antarktis gibt es nun auch erstmals einen negativen Trend. Wenn Arten ausgestorben sind, wenn immer mehr Grönlandeis geschmolzen ist und damit den Meeresspiegel erhöht, dann sind das Prozesse, die wir nicht wieder umkehren können.

*Ai: Stichwort Eisschmelze: Hier gibt es ja Diskussionen darüber, inwiefern es bestimmte Kippunkte gibt, bei denen das Verschwinden der Eisflächen sich sozusagen verselbstständigt. Können Sie einschätzen, ob wir tatsächlich vor so einem Punkt stehen oder ihn sogar schon überschritten haben?*

**Boetius:** Aus der Erdgeschichte sind physikalische Kippunkte

bekannt. An solchen Punkten werden Elemente durch Störungen in einen anderen Zustand versetzt. Ein Beispiel wäre der Verlust des Meereises ab einer bestimmten Erderwärmung, oder das Abschmelzen des Grönlandeises. Bei der Bewertung solcher Kippunkte haben Forscher kürzlich analysiert, dass wir besonders im arktischen Raum einigen der physikalischen Kippunkte gefährlich nahekommen. Es ist davon auszugehen, dass biologische Kippunkte – extremes Artensterben – oder soziale Kippunkte noch schneller erreicht werden.

*Ai: Eine oft erwähnte Folge der Eisschmelze ist zudem, dass Rohstoffe, die vorher praktisch unzugänglich waren, nun für eine Nutzung infrage kommen könnten. Worüber sprechen wir da konkret?*

**Boetius:** Ganz wesentlich geht es dabei um Erdgas, daneben auch noch um Erdöl. Bisher hatte Meereis die Erkundung und Förderung solcher Rohstoffe eingeschränkt, einfach weil Eis ein Hindernis und eine Gefahrenquelle für die Schifffahrt und Infrastrukturen wie Bohrplattformen ist. Wenn Eis fragmentiert auf dem Wasser treibt und der Wind es vor sich herschiebt, kann ganz schnell eine Passage, die eben noch eisfrei war, blockiert werden. Bereits dort befindliche Schiffe, die etwa Rohstoffe abtransportieren wollen, können stecken bleiben. Eis kann auch so einen Druck aufbauen, dass es Schäden gibt, Öl oder Gas drohen dann im schlimmsten Fall auszutreten. Und das wäre in dieser Region besonders verheerend. Erstens wäre es dort extrem schwierig, Lecks zu reparieren oder ausgetretenes Öl wieder einzufangen, und zweitens arbeiten die Meeresbakterien, die die giftigen Kohlenwasserstoffe im Normalfall im Laufe der Zeit abbauen könnten, im kalten Wasser der Polarregion viel langsamer.

Auf der anderen Seite sind die Schätzungen über den Umfang der Rohstoffvorkommen in der Arktis, die zwischenzeitlich mal extrem hoch waren, inzwischen auch wieder nach unten korrigiert worden. Außerdem regt sich in der Arktis vielerorts Widerstand der lokalen Bevölkerung gegen den Abbau von Erdöl und Erdgas, denn dieser Abbau tritt oft in Widerspruch mit anderen Ressourcen, die für die Menschen vor Ort wichtig sind: der endemischen Lebensvielfalt, der Gesundheit und dem Tourismus. Dessen Bedeutung hat in der Arktisregion stark zugenommen und das letzte, was Touristen sehen wollen, sind Ölplattformen oder ölverdecktes Eis.

Neben Gas und Öl werden auch Vorkommen von Metallen und Seltenen Erden vermutet – wir erinnern uns noch an die Geschichte um den ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump, der auch deswegen auf die Idee kam, Grönland zu kaufen. Aber auch hier wäre ich eher zurückhaltend, was die Prognosen über die Erschließbarkeit der Vorkommen angeht. Da sind auch mögliche Konsequenzen zuerst mit der Bevölkerung und den *First Nation*-Vertretern zu klären.

*Ai: Als der Kalte Krieg zu Ende ging, gab es die Hoffnung, dass die Arktis zu einem Ort friedlicher Kooperation werden würde, gerade auch der Forschungsk Kooperation. Können Sie einmal ein konkretes Beispiel, eine bestimmte Situation nennen, in der Sie als Polarforscherin auf internationale Kooperation angewiesen waren?*

**Boetius:** Ganz allgemein gilt natürlich, dass wir in der Wissenschaft eine Kultur der internationalen Zusammenarbeit pflegen, die unabhängig davon funktioniert, woher die Personen stammen, mit denen wir kooperieren. Wenn Sie mich nach einem konkreten Beispiel fragen, wo wir ohne eine solche Kooperation nicht ausgekommen wären, fällt mir sofort unsere große MOSAiC-Expedition 2019/2020 ein, bei der Forschende aus 20 Ländern die Arktis im Jahresverlauf erforscht haben, auf unserer Polarstern eingefroren an einer driftenden Eisscholle. Mitten in das Projekt fiel dann die Coronapandemie, was dazu führte, dass viele der



Gefährdet: Bei fortschreitender Erderwärmung droht in der Arktis neben dem Erreichen physikalischer Kipppunkte auch ein unumkehrbarer Verlust von Tierarten. Foto: Mario Hoppmann, AWI © © 4.0.

Zubringerschiffe ausfielen. Wir konnten dann aber auf die russische Forschungseisbrecher-Infrastruktur zurückgreifen, um unsere Leute dennoch von einem Ort zum anderen zu transportieren. Andernfalls hätten wir die Expedition damals abbrechen müssen. Unsere russischen Partnerinstitute haben tatsächlich beim Thema Zugang der Forschung zur Arktisregion bisher eine wichtige und hilfreiche Rolle gespielt, aber eben auch bei der Forschung. Das ist jetzt vorbei, und es ist schon klar, dass es da keine schnelle Heilung geben wird.

Und weil Sie eben das Ende des Kalten Krieges angesprochen haben: Die Tradition der Arktis als Raum der Kooperation ist ja deutlich älter. Der Spitzbergenvertrag von 1920 etwa ist einer der ältesten internationalen Kooperationsverträge überhaupt und hat bis heute Gültigkeit. Man hat damals Norwegen die Souveränität über die Inselgruppe übertragen, um für Arbeitsschutz – damals beim Kohleabbau – sowie für Umweltschutz im Auftrag aller zu sorgen. Das Land hat seinerseits seitdem für die friedliche Entwicklung der Region Sorge zu tragen und garantiert Bürgern aller Vertragsstaaten die Möglichkeit, dort wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Tätigkeiten nachzugehen. Zudem hat auch der Arktische Rat bisher eine große Rolle in der Sicherung der Entwicklung der arktischen Region gespielt. Wenn wir in die jüngste Vergangenheit blicken, können wir sagen, dass sogar trotz des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine zumindest letzte Reste von Kooperationsregeln noch funktionieren: So hält sich Russland meines Wissens bisher weiter an den sogenannten Polar Code der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation, mit dem die Sicherheit von in der Polarregion verkehrenden Schiffen geregelt wird. Auch die Abstimmung mit Norwegen zur schonenden Nutzung von Fischerei-Ressourcen hält noch.

*Ai: Und dennoch bedeutete der russische Angriff auf die Ukraine vom Februar 2022 auch für die Forschungskooperation in der Arktis eine Zäsur, oder?*

**Boetius:** Natürlich. Das Frühjahr 2022 war ein großer Einschnitt. Im

Zuge der Sanktionen gegen Russland wurden umgehend auch die Forschungskooperationen mit russischen Universitäten und anderen Forschungsinstitutionen abgebrochen. Die deutschen Wissenschaftsorganisationen und das Bundesministerium für Bildung und Forschung waren da sehr entschlossen, dann folgte kurze Zeit später auch der europäische Rahmen. Das Aussetzen der Kooperation mit russischen Forschungsinstitutionen und der Austritt aus dem Bologna-Prozess durch Russland auf diesem Gebiet haben für die Forschung natürlich negative Folgen, langfristig vor allem für Russland und die nächste Generation russischer Akademiker selbst. Was den Klimawandel angeht: Die sibirische Region ist entscheidend für das Verständnis von der Entwicklung des arktischen Meereises und der Natur insgesamt, genau wie mit Blick auf Methanemissionen aus dem schmelzenden Permafrost. Insofern ist das Ende der Zusammenarbeit dort vor Ort schädlich, auch für unser globales Wissen um die Entwicklung der Emissionen. Wir hatten ja gemeinsame Beobachtungsinfrastruktur dafür, können uns aber nicht mehr zu künftigen Expeditionen einladen. So verringert sich unser Wissen über die Arktis als Ganzes. Das ist ein Verlust, über den man sprechen muss, auch wenn klar ist, dass es politisch derzeit keine Alternative gibt.

*Ai: Auch nicht im Rahmen der internationalen Wissenschaft?*

**Boetius:** Auch als Wissenschaftlerin kann ich politische Haltungen

und Rahmenbedingungen ja nicht völlig außer Acht lassen. Wenn ein Rektor einer russischen Universität, mit der wir zusammenarbeiteten, einen feurigen Brief verfasst, in dem er begrüßt, dass die Ukraine nun endlich „befreit“ werde, dann kann man nicht mehr gemeinsam Studentinnen und Studenten ausbilden. Denn wenn wir kein gemeinsames Verständnis von Werten und der Realität haben, wenn faktenfrei kommuniziert wird, dann funktioniert auch Wissenschaftskooperation einfach nicht mehr.

Auf der individuellen Ebene sieht die Sache aber etwas anders aus. Einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die bereits gemeinsam an bestimmten nicht-militärischen Fragen forschen oder die zum Beispiel ein Stipendium beantragen wollen, sollen nicht einfach ihrer Nationalität wegen ausgeschlossen werden. Dazu haben sich in Deutschland das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit den Wissenschaftsorganisationen abgestimmt, auch unter Einbezug der europäischen und internationalen Ebene. Aber auf institutioneller Ebene ist die Zusammenarbeit tatsächlich eingefroren. Unsere Labore in Russland sind geschlossen, die Verträge ausgesetzt. Es gibt keinerlei Austausch auf Leitungsebene mit Personen aus dem dortigen Wissenschaftssystem.

*Ai: Können Sie den Krieg auf individueller Ebene thematisieren?*

**Boetius:** Nein, es ist kaum möglich, sich dazu auszutauschen. Schon

aus dem einfachen Grund, dass in Russland allein die Bezeichnung des Krieges als Krieg hohe Haftstrafen nach sich ziehen kann, wie ja auch hierzulande bekannt ist. Es wäre einfach mit großer Unsicherheit und Gefährdung verbunden, offen zu sprechen, selbst wenn unsere Gesprächspartner das wollten. Das tut weh, wenn man Menschen so lange kennt, nicht offen sprechen zu können, und das schwächt aus meiner Sicht auch das gegenseitige Vertrauen. Der Krieg ist natürlich indirekt immer präsent, auch wenn Sie beispielsweise mit jemandem aus Russland gemeinsam ein Manuskript über etwas so Spezielles wie die Verbreitung der arktischen Muscheln schreiben. Gemeinsam kreativ zu sein, während wir bei uns gleichzeitig in der Zeitung von brutalsten Grausamkeiten lesen und in Russland von Befreiung: Das funktioniert mehr schlecht als recht. Manche Menschen kommen mit diesem Spannungsverhältnis gut klar, aber die meisten, mit denen ich spreche, empfinden es als äußerst unangenehm und haben aufgegeben.

*Ai: Kann man sagen, dass es um die Forschungs Kooperation in der Arktis noch nie so schlecht bestellt war wie derzeit?*

**Boetius:** Auf jeden Fall, leider. Es gibt noch letzte Reste von Zusam-

menarbeit oder Abstimmung. Die versuchen wir alle zu pflegen, aber es ist enorm mühsam. Und am allermeisten schadet das sicher der russischen Wissenschaft selbst.

*Ai: Blicken wir zum Ende des Gesprächs noch einmal nach vorne: Gibt es eine bestimmte Frage, die Sie als Wissenschaftlerin unbedingt noch klären wollen?*

**Boetius:** Eine Frage, die mich sehr beschäftigt, ist, warum das Leben

in der Tiefsee so direkt und schnell auf Veränderungen an der Meeresoberfläche, etwa den Klimawandel, antwortet. Wir sprechen von Lebewesen, die eigentlich in permanenter Dunkelheit und Kälte etwa vier Kilometer unterhalb der Wasseroberfläche agieren. Und dennoch kann ich an den Gemeinschaften in ihrer Zusammensetzung Veränderungen nachweisen, die eigentlich so weit entfernt an der Oberfläche ablaufen. Warum ist das so? Das ist eine Frage, die mit Blick auf Entwicklung von Biodiversität und die Rolle des Menschen sehr wichtig ist.

Mein zweites großes Projekt in der Arktis dreht sich um das Verständnis der Entwicklung des Arktischen Beckens. Mitten durch den Arktischen Ozean zieht sich ein gigantisches Rückensystem, der sogenannte Gakkelerücken. Ich habe die ersten Untersuchungen überhaupt zu den Lebensgemeinschaften an den dortigen Seebergen vulkanischen Ursprungs durchgeführt, wir haben diese Berge kartiert und am Meeresboden fremdes Leben gefunden. Da gibt es wasserstoffgetriebene Ökosysteme, die fast extraterrestrisch wirken, uralte Schwammgärten. Hier geht es also um die Entdeckung und Erkundung von Leben und Landschaften, die wir sonst auf der Erde noch gar nicht kennen.

*Ai: Und wann geht es für Sie das nächste Mal auf Expedition in den Norden?*

**Boetius:** Im August startet eine zweimonatige Expedition, die mich auch wieder an viele Standorte führen wird, die ich bereits 1993 und 2012 besucht habe. Natürlich bin ich gespannt, was ich dort, 30 Jahre nachdem ich diese Orte im Kontext meiner Doktorarbeit erstmals besucht habe, vorfinden werde. Es ist meine erste große Expedition nach fünf Jahren. Zudem sind es die letzten Jahre unserer Polarstern, des Forschungseisbrechers, den ich vorhin schon erwähnt habe. Sie ist mittlerweile mehr als 40 Jahre alt und wird in einigen Jahren abgelöst werden. Es war politisch eine ganz wichtige Entscheidung der Bundesregierung, dass es eine Nachfolgerin für das Schiff geben soll. Das ist eine riesige Investition Deutschlands in die internationale Polarforschungsinfrastruktur und in das Wissen, das wir damit generieren. Und natürlich ist es auch eine geostrategisch wichtige Investition, einen solchen neuen Eisbrecher zu bauen. Der Weg zu dieser Entscheidung war durchaus schwierig, aber wenn ich mit Kolleginnen und Kollegen aus Kanada, den USA, Norwegen oder Dänemark spreche, dann wird das als ganz wichtiges Bekenntnis zugunsten einer friedlichen Zusammenarbeit gesehen.

*Die Fragen stellten Sören Soika und Fabian Wagener.*

---

**Dr. Antje Boetius** ist Professorin für Geomikrobiologie an der Universität Bremen und Leiterin des Alfred-Wegener-Instituts, Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung, in Bremerhaven. 2023 begleitet und unterstützt sie als Fellow die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.



*Zwischenruf*

Die Arktis. Zwischen Konflikt und Kooperation

# Neuer Blick nach Norden

Risiken und Handlungsoptionen für die deutsche Arktispolitik

Knut Abraham

Absichtserklärungen in Sachen Umweltschutz und Multilateralismus prägten bislang die deutsche Arktispolitik. Das muss sich ändern. Denn Russland nimmt auch in der Arktis eine zunehmend konfrontative Haltung ein und rüstet militärisch auf. Gleichzeitig tritt auch China dort immer ambitionierter auf. Sicherheit muss daher in Deutschlands Überlegungen zum hohen Norden künftig eine größere Rolle spielen.

---

Eisbären, Polarlichter und endlose weiße Weiten: Das sind die Assoziationen, die die meisten Menschen haben, wenn sie an die Arktis denken. Politisch hat die nördlichste Region der Welt in Deutschland bisher wenig Aufmerksamkeit genossen. Mithilfe des Arktischen Rates versuchten die Arktisanrainerstaaten seit 1996, die Region aus geopolitischen Spannungen herauszuhalten und unterschiedliche Interessen zwischen den Staaten friedlich in Einklang zu bringen.

Während des Kalten Krieges hatte die Arktis hingegen eine wichtige militärische Rolle inne, da die kürzeste Flugdistanz für strategische Interkontinentalraketen und -bomber zwischen der Sowjetunion und Nordamerika über den Nordpol führt. Außerdem verband die Sowjetunion U-Boote mit atomarer Zweitschlagfähigkeit unter dem arktischen Eis. Riesige Radare dienten der Frühwarnung vor anfliegenden Raketen und Bombern. Hoffnung kam auf, als sich Michail Gorbatschow im Kontext seiner Reformbemühungen im Jahr 1987 bei einer Reise zur Kola-Halbinsel dafür aussprach, die Arktis in eine „Zone des Friedens“ zu verwandeln. Daraus ging 1996 der Arktische Rat hervor.

Dieser ist ein zwischenstaatliches Forum, das die acht Arktisanrainer Dänemark (mit Grönland), Finnland, Island, Kanada, Norwegen, die Russische Föderation, Schweden und die USA (mit Alaska), mehrere Beobachterstaaten, darunter Deutschland, und -organisationen sowie sechs Vertretungen indigener Völker zusammenbrachte. Gemeinsame Arbeitsgruppen behandelten bislang Themen wie Umweltschutz, nachhaltige

Entwicklung und Katastrophenmanagement in der Arktis. Im Sinne des sogenannten arktischen Exzeptionalismus, der auch die Zusammenarbeit mit Russland gewährleisten sollte, wurde das Thema Sicherheit gezielt nicht diskutiert. Dies reflektiert bisher auch die Arktispolitik der EU.

Die regionale Stabilität ist auch auf ein Geflecht von Abkommen zurückzuführen, das Schifffahrt und Ressourcenmanagement regelt. Der wichtigste Vertrag ist das Seerechtsübereinkommen (SRÜ) der Vereinten Nationen von 1982, welches die Nutzungs- und Kontrollansprüche für den Arktischen Ozean sowie die angrenzenden Gewässer bestimmt und bis heute viele Auseinandersetzungen in dieser Region abwenden konnte. Neue Probleme entstehen jetzt durch die im Sommer immer weiter freischmelzenden Schifffahrtswege wie die Nordwestpassage durch den kanadischen Archipel oder die Nördliche Seeroute entlang der russischen Küste. Die partielle Öffnung dieser Routen hat dazu geführt, dass Akteure wie China ihre Präsenz in der Region in den vergangenen Jahren verstärkt und dort kontinuierlich Investitionen getätigt haben. Zuletzt entdeckte die US-amerikanische Küstenwache wiederholt chinesische und russische Kriegsschiffe in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der USA vor Alaska, die dort auch zusammen operierten.<sup>1</sup>

Die immer noch wirtschaftlich unbedeutende und selten genutzte Nördliche Seeroute verkürzt die Reise für Handelsschiffe zwischen Europa und Asien und könnte die Treibstoffkosten um etwa 20 Prozent senken. Die Gesamtkosten samt

Bürokratieaufwand sind jedoch deutlich höher als etwa die der Suezkanalroute. Die Arktisklausel des Seerechtsübereinkommens, die eigentlich dem Umweltschutz und der Sicherheit dienen soll, wird von Russland und Kanada angeführt, um ihre Hoheitsrechte auf die nur noch zeitweise eisbedeckten Gewässer auszuweiten. Die Arktisklausel im Artikel 234 des Seerechtsübereinkommens erlaubt aber nur nichtdiskriminierende Gesetze und Vorschriften zur Überwachung, Reduktion und Verhütung von Meeresverschmutzung durch Schiffe in eisbedeckten Gebieten innerhalb der Ausschließlichen Wirtschaftszone.

### **Neue Erkenntnisse über die Kontinentalplatten könnten dazu führen, dass vereinbarte Gebietsabgrenzungen wieder infrage gestellt werden.**

---

Russland hat aber im März 2019 ein Gesetz erlassen, nach dem ausländische Regierungen die Befahrung der Nordostpassage 45 Tage im Voraus anmelden müssen.<sup>2</sup> Dies schränkt die Freiheit der Schifffahrt ein und folgt dem Ansatz Russlands, die Route hauptsächlich selbst zu nutzen. Die USA, die EU und China stufen Gewässer außerhalb der Zwölf-Meilen-Zone im eisfreien Zustand als internationale Gewässer ein. Kanada und die USA haben sich schon 1988 in einem Arctic Cooperation Agreement darauf geeinigt, dass US-Schiffe Gewässer, die Kanada für sich beansprucht, nur mit Anmeldung bei der kanadischen Küstenwache befahren.<sup>3</sup> Für Meerengen und eisfreie internationale Gewässer gelten klare Regeln, deren Durchsetzung für die internationale Schifffahrt und daher auch für Deutschland wichtig ist. Die USA unternehmen in widerrechtlich beanspruchten Gewässern wie etwa dem Südchinesischen Meer immer wieder sogenannte Freedom-of-Navigation-Operationen, um exzessiven Ansprüchen auf Seegebiete zu widersprechen. Damit sich auch deutsche Schiffe in internationalen Gewässern frei bewegen können, könnte es notwendig werden, in Zukunft auf diesem Recht zu bestehen.

Russland exploriert seit Jahrzehnten den Lomonossow-Rücken im arktischen Meer. 2001 hat Russland eine Fläche von 1,2 Millionen Quadratkilometern, die den Lomonossow-Rücken und den Nordpol einbezieht, als erweiterten Festlandssockel angemeldet. Ein erweiterter Festlandssockel darf jedoch nicht weiter als 350 Seemeilen von der Basislinie des Küstenstaats verlaufen und nicht weiter als 100 Seemeilen über die 2.500-Meter-Wassertiefenlinie hinausgehen. Einen 2.000 Kilometer langen unterseeischen Gebirgsrücken als Festlandrand anzugeben und den 4.300 Meter tiefen Nordpol einzubeziehen, führt den Begriff des Festlandssockels ad absurdum.<sup>4</sup> Die Festlandssockelgrenzkommission der UN kann in solchen Fällen nur eine Empfehlung aussprechen, auf deren Grundlage dann eine politische Einigung gefunden werden muss. Neue, durch das Abschmelzen der Eiskappen ermöglichte Erkenntnisse über die Kontinentalplatten sowie Inseln könnten auch dazu führen, dass zuvor vereinbarte Gebietsabgrenzungen wieder infrage gestellt werden. In der Erklärung von Ilulissat haben sich die Polarstaaten im Mai 2008 verpflichtet, sich bei der Lösung ihrer sich überschneidenden Ansprüche in der Region an die Grundsätze des Seerechtsübereinkommens zu halten. Aufgrund der Seerechtsverletzungen Chinas im Südchinesischen Meer und Russlands Angriffskrieg in der Ukraine wird das Vertrauen in internationale Vereinbarungen wahrscheinlich in Zukunft nicht ausreichen, um Konflikte aufgrund gegensätzlicher Interessen zu verhindern.

### **Das Ende des arktischen Exzeptionalismus und die militärischen Anstrengungen Russlands**

Die Zeit des weitgehend friedlichen Miteinanders seit Ende des Kalten Krieges ist vorbei. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine seit Februar 2022, dem Ultimaten an die USA und die NATO vorausgingen, hat die Regierungen der westlichen Welt aufgeschreckt. Die Hoffnung, die Beziehungen auch mit autoritären Staaten wie Russland und China regelbasiert und ausschließlich mit Mitteln der Diplomatie zu regeln, ist enttäuscht worden. Die Sanktionsdrohungen haben Russland nicht abgeschreckt. Im März

2022 wurde die Zusammenarbeit mit Russland, das dem Arktischen Rat vorstand, beendet. Die kooperative Forschung in der Arktis wurde eingestellt, sodass die arktische Zone der Russischen Föderation nicht mehr als gemeinsames Forschungsgebiet genutzt werden kann. Trotzdem entschieden sich im Juni 2022 Schweden, Dänemark, Finnland, Island, Kanada, Norwegen und die USA, die Projektarbeit ohne Russland wiederaufzunehmen.

## Schon seit 2014 hat Russland auch in der Arktis eine konfrontativere Haltung eingenommen.

Es gab viele Anzeichen, dass Präsident Putin seine Großmachtambitionen und sein Streben nach imperialer Expansion ernst meinte. Schon seit 2014 hat Russland auch in der Arktis eine konfrontativere Haltung eingenommen und seine militärischen Fähigkeiten dort massiv ausgebaut. Die Region ist infrastrukturell nach wie vor schlecht entwickelt, die Finanzmittel Russlands sind begrenzt und der Bevölkerungsrückgang verschärft sich,<sup>5</sup> jedoch zeigt das Verhalten des russischen Regimes in der Ukraine, dass Großmachtambitionen und imperiale Expansion im staatlichen Handeln Russlands wichtiger sind als das Wohlergehen der Bevölkerung und insbesondere der nationalen Minderheiten.

Russland hat in der Arktis vorrangig drei Ziele: Das wichtigste ist die Sicherstellung der atomaren Zweitschlagfähigkeit durch die russische U-Bootflotte auf der Halbinsel Kola. Das zweite Ziel ist der Zugang zum Nordatlantik und den europäischen Arktisgewässern. Das dritte ist die militärische Deckung der russischen Wirtschaftsinteressen und Investitionsvorhaben auch zur Absicherung der kommerziellen Nutzung der künftigen eisfreien Arktisroute zwischen Asien und Europa.<sup>6</sup>

Das wichtigste Mittel Moskaus ist dabei die Nordmeerflotte. Außerdem gibt es neu aufgestellte Kampfverbände mit insgesamt 6.000 Mann,



moderne Flugabwehrsysteme an den nördlichen Küsten sowie Transport-, Aufklärungs-, Kommunikations- und Kommandosysteme. Mehrere der seltenen, für die Arktis entwickelten Systeme wurden schon in der Ukraine gesichtet und zerstört.<sup>7</sup> Atomar angetriebene Eisbrecher werden gebaut und ermöglichen auch dem Militär den Zugang zu entlegenen Regionen. Alte



Moskaus wichtigstes Mittel in der Arktis: Russlands Nordmeerflotte spielt nicht zuletzt bei der Sicherstellung der nuklearen Zweitschlagfähigkeit eine entscheidende Rolle. Foto: © Lev Fedoseyev, TASS, dpa, picture alliance.

Militärbasen und -flughäfen etwa auf der Insel Nowaja Semlja und den Neusibirischen Inseln wurden reaktiviert und modernisiert. 2007 setzte eine U-Boot-Expedition eine russische Fahne auf den Meeresboden am Nordpol – als Symbol für russische Hoheitsansprüche.

### **Der Klimawandel und die wirtschaftliche Bedeutung der Region**

Die Meereisausdehnung der Arktis hat sich durch den Klimawandel in den vergangenen vier Jahrzehnten in etwa halbiert. Einst unzugängliche

Rohstoffvorkommen können leichter erschlossen und neue Wirtschaftszweige in der Arktis etabliert werden. Moderne Technologien machen es sogar möglich, Rohstoffe unter dem Eis besser zu fördern.<sup>8</sup> Relevante Wirtschaftssektoren in der Arktis sind die Energiewirtschaft, nichtenergetische Bodenressourcen, der Schiffsgüterverkehr, die Fischerei, der Tourismus sowie Land- und Viehwirtschaft. Es ist zu vermuten, dass unter dem Eis noch viele unentdeckte Rohstoffe liegen, die Begehrlichkeiten wecken könnten.

Russland hat eine ganz besondere Abhängigkeit von Einnahmen aus dem Rohstoffsektor, da dieser in einer von Oligarchen dominierten Kleptokratie besondere Vorteile bietet, die von der herrschenden Klasse ausgenutzt werden und der Stabilität des Regimes dienen. Der Export dieser Ressourcen dient aber nicht nur der Bereicherung Einzelner, sondern generiert auch die Gelder, die für die steigenden Militärausgaben benötigt werden. China hingegen benötigt die Ressourcen zusätzlich für die wirtschaftliche Produktion und den privaten Verbrauch. So haben Russland wie auch China besonders starke, mit staatlichen Mitteln hinterlegte Interessen, ihre Einflussbereiche in der Arktis auszudehnen und die reichhaltigen Naturressourcen wie Öl, Gas, Metalle und Fisch auszubeuten. Diese staatlichen Interessen treffen auf weitgehend privatwirtschaftliche Interessen aus den westlichen Industriestaaten, für die auch nicht immer die Erhaltung wertvoller Ökosysteme oder die Interessen indigener Bevölkerungen im Mittelpunkt stehen. Daher sind auch in Zukunft durchsetzbare internationale Abkommen wichtig.

## Die deutsche Arktispolitik sollte um den Aspekt der Sicherheit ergänzt werden.

Darüber hinaus ist zu erwarten, dass die Isolierung der Russischen Föderation dazu führt, dass Moskau im Laufe der Zeit wirtschaftlich und technisch immer stärker von Peking abhängig wird, was Chinas Einfluss auf die russische

Arktiszone stärken und zum intensivierten Ausbau polarer Infrastrukturprojekte im Rahmen der chinesischen Seidenstraßen führen könnte. Die Sperrung von EU-Häfen für russische Schiffe als Folge der Sanktionen ist in dieser Hinsicht weiterhin von Bedeutung. Die Arktisroute könnte daher zu einer wichtigen Verbindung zwischen Russland und Asien werden, wie jüngste Öllieferungen von Russland nach China verdeutlichen.

### Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung

Aufgrund der russischen und chinesischen Expansionspolitik und der Klimaveränderungen sollte die deutsche Arktispolitik angepasst und um den Aspekt der Sicherheit ergänzt werden. Bisher gibt es hauptsächlich Absichtserklärungen in den Bereichen Umweltschutz und Multilateralismus, aber wenig Veränderung.

Im Vergleich zu seinen Partnern betreibt Deutschland bis jetzt vornehmlich Wissenschaft und Forschung in der Arktis. Durch den offiziellen Beobachterstatus im Arktischen Rat ist es jedoch auch an den Sitzungen in Arbeitsgruppen beteiligt und hat zudem als Signatar des Spitzbergen-Abkommens ein Recht auf wirtschaftliche Nutzung des norwegischen Archipels in der Arktis. Aufgrund seines großen Handelsvolumens ist Deutschland auf einen offenen Zugang zum Meer und sichere Seewege angewiesen. Ein erheblicher Teil der deutschen Energie wird über das Meer bezogen, 60 Prozent des deutschen Handels werden über Schiffe abgewickelt. Dieser Handel erfordert den Respekt Russlands und Chinas für internationale Abkommen oder Entscheidungen der internationalen Gerichtsbarkeit – der jedoch nimmt ab. Beide haben wiederholt einseitig und ohne Ankündigung internationales Recht gebrochen. Vertragstreue ist von Russland unter dem jetzigen Regime nicht zu erwarten. Selbiges gilt für China, sodass sich beispielsweise die Lage im Südchinesischen Meer oder um Taiwan zuspitzen und in einem weiteren Krieg enden könnte.

Daher ist die Eindämmung russischer und chinesischer Macht auch in der Arktis von Interesse. Beide Mächte müssen von unilateralen oder





Flagge zeigen im hohen Norden: NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg begrüßt im Rahmen der Übung „Cold Response 2022“ in Norwegen Soldaten des Bündnisses. Wenige Wochen zuvor hatte Russland die Ukraine überfallen. Foto: © Annika Byrde, AP, picture alliance.

gemeinsamen Veränderungen des Status quo abgehalten werden. So wie im Fall von Dänemark und den USA auf Grönland sollte durch strategische Investitionen des Westens verhindert werden, dass China durch Infrastrukturinvestitionen neue Stützpunkte bauen und wirtschaftliche Abhängigkeiten schaffen kann. Wo man China verantwortungsvoll einbinden kann, sollte dies geschehen, damit die freie Welt die Regeln setzt und nicht die Kommunistische Partei Chinas. Dazu braucht es den politischen Willen, Einigkeit gegenüber China und Russland sowie Instrumente militärischer Abschreckung.

Die NATO hält regelmäßig Übungen im hohen Norden ab, an denen Deutschland teilnimmt. Sie plant nach Aussagen von Generalsekretär Jens Stoltenberg ein stärkeres Engagement in der Arktis und wird die Präsenz dort erhöhen. Nachdem der NATO-Russland-Rat, der seit 2002 als Forum für Arktisthemen diente, seine Arbeit eingestellt hat, muss Sicherheit in der Arktis vermehrt gegen Russland organisiert werden. Dazu dienen auch der Arctic Security Forces Roundtable und die Nordische Verteidigungskooperation (NORDEFKO), in der die fünf nord-europäischen Arktisstaaten Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden zusammenarbeiten.

Der kürzlich erfolgte beziehungsweise bevorstehende NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens, die beide über schlagkräftige Streitkräfte verfügen, wird die Nordflanke der NATO sicherer machen. Russland hat an der Grenze zu Finnland und Norwegen arktistaugliche Streitkräfte abgezogen, die inzwischen in der Ukraine unter schwersten Verlusten eingesetzt wurden:<sup>9</sup> Der Abzug zeigt, dass Russland seine Grenzen zur NATO nicht für gefährdet hält und widerlegt die Bedrohungsrhetorik des Kremls.

Um die Situation in der Arktis beurteilen zu können, braucht die NATO ein Lagebild der Situation in der Luft, im Meer, unter Wasser und auf dem Seeboden, besonders rund um Einrichtungen der kritischen Infrastruktur. Dafür benötigt sie die entsprechenden Sensoren und eine Kommunikationsinfrastruktur. Da es in der

Arktis sehr spezieller Fähigkeiten bedarf, wäre es wichtig, diese Spezialfähigkeiten potenzieller Gegner, wie etwa russische oder chinesische Spezial-U-Boote, aufzuklären, die Operationen für die Öffentlichkeit sichtbar zu machen und sie gegebenenfalls an ihrer Mission zu hindern. Die NATO muss über Fähigkeiten verfügen, in der Arktis zu operieren und zu intervenieren, falls dies notwendig wird.

Der Schutz kritischer Infrastrukturen an den Küsten, im Meer und auf dem Meeresboden ist vordringlich. Dafür benötigt die NATO eine entsprechende Ausstattung: Eisbrecher, U-Boote mit Spezialfähigkeiten für Operationen auf dem Meeresboden, sehr ausdauernde Unterwasser-Drohnen, arktistaugliche Schiffe und Seefernaufklärer sowie Spezialeinheiten. Insgesamt wäre es sinnvoll, wenn sich die europäischen Staaten weniger abhängig von den militärischen Fähigkeiten der USA machen würden, ohne die heute kaum eine Operation möglich ist. Die Bundesregierung sollte anregen, im Rahmen der NATO und der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU gemeinsame Fähigkeiten zu entwickeln, das entsprechende Material zu beschaffen und – wenn nötig – einzusetzen.

## Jetzt ist auch Deutschland gefragt, einen militärischen Beitrag in der Arktis zu leisten.

---

Dänemark hat schon reagiert, seine Opt-out-Klausel von der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU abgeschafft und sein Militärbudget zur Stärkung der Luft- und Seeüberwachung der wichtigen Seewege um Grönland stark erhöht. Auch Finnland betrachtet harte Sicherheit als Schlüsselkriterium für wirtschaftliches Wachstum und Stabilität in der Arktis und verfügt über sehr schlagkräftige Streitkräfte sowie eine resiliente Infrastruktur.

Jetzt ist auch Deutschland gefragt, einen militärischen Beitrag in der Arktis zu leisten. Die Marine fordert seit Jahren beispielsweise Fähigkeiten für

Operationen unter Wasser und auf dem Meeresboden, wurde aber immer wieder vertröstet. Die deutsche U-Boot-Flotte ist mit sechs Booten bei einem Minimum angekommen, während Russland seine U-Boot-Flotte seit 2014 von 13 auf 60 Boote ausgebaut hat.<sup>10</sup> Die schon angekündigten Kürzungen der Beschaffungen, die aus dem Sondervermögen bezahlt werden sollen, treffen hauptsächlich die Bundesmarine. Fähigkeiten wie der P-8-Poseidon-Seefernaufklärer oder das Schutzsystem Idas, mit dem vom U-Boot aus Flugzeuge, Hubschrauber und andere Schiffe bekämpft werden können, sollten nicht gekürzt werden, da sie auch in der Arktis sehr relevant sind. Bei einem sinkenden Verteidigungsetat und längst verplantem Sondervermögen wird sich die Lage mittelfristig nicht verbessern. Es ist höchste Zeit, dass Bundeskanzler Olaf Scholz seine „Zeitenwende“ auch umsetzt und Worten Taten folgen lässt.

Gleichzeitig sollte die EU im zivilen Bereich überlegen, ob man die Erforschung der Arktis verstärkt fördert, damit wichtige Ökosysteme geschützt werden können. Wichtig ist auch das Verständnis der Folgen der Klimaveränderungen, da sie in der Arktis besonders drastisch ausfallen.

Der Abbau oder die Förderung von Rohstoffen erfordert in der Arktis besondere Vorsicht, da sich die Ökosysteme etwa beim Austreten von Rohöl wesentlich langsamer regenerieren als in unseren Breitengraden. Der Schutz der besonders fragilen natürlichen Umwelt ist eminent wichtig. Sie wird auch durch Altlasten in Form von russischen U-Boot-Wracks auf dem Meeresboden der Arktis bedroht. Die Reaktion auf Kontamination durch Militär, fehlende Umweltstandards beziehungsweise deren mangelnde Umsetzung, Munitionsaltlasten auf dem Meeresboden und Verklappung giftiger Abfälle sollte auf der deutschen wie auch internationalen Agenda stehen, um unseren Kindern einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen.

Bedingt durch die Energiewende und den fast kompletten Stopp von Energielieferungen aus Russland nach Europa sollte auch überlegt werden, wie die Ausbeutung fossiler Ressourcen in

der Arktis beschränkt werden oder jedenfalls umweltgerecht stattfinden kann. Ähnliches gilt für den industriellen Fischfang und die Verhinderung neuer Kontaminationsquellen, wie etwa durch schwimmende Atomreaktoren. Es gibt also ausreichend kontroverse Themen, die man nach diesem Krieg mit einer russischen Regierung verhandeln muss, um weitreichende Umweltschäden zu verhindern oder zu beseitigen. Gleichzeitig bleibt es für Deutschland sinnvoll und notwendig, internationale Gremien auch ohne Russland zu stärken und an gemeinsamen Projekten mitzuarbeiten.

---

**Knut Abraham** (CDU) ist Bundestagsabgeordneter aus Brandenburg und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses sowie des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg.

- 1 Schreiber, Melody 2022: A U.S. Coast Guard ship unexpectedly encountered Chinese and Russian warships off Alaska, ArcticToday, 26.09.2022, in: <https://bit.ly/3IgjTxT> [21.02.2023].
- 2 Paul, Michael 2020: Arktische Seewege. Zwiespältige Aussichten im Nordpolarmeer, SWP-Studie 2020/S 14, Stiftung Wissenschaft und Politik, 23.07.2020, in: <https://bit.ly/3RMdFKG> [10.02.2023].
- 3 Government of Canada 1988: Agreement Between the Government of Canada and the Government of the United States of America on Arctic Cooperation, E101701 – CTS No. 1988/29, 11.01.1988, in: <https://bit.ly/3ImeG7K> [06.03.2023].
- 4 Jenisch, Uwe 2010: Renaissance des Meeresbodens – mineralische Rohstoffe und Seerecht – Teil 1, in: NordÖR, Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland 10, S.378, in: <https://bit.ly/3mw19Ux> [14.04.2023].
- 5 Kullik, Jakob 2021: Eugene Rumer/Richard Sokolsky/Paul Stronski: Russia in the Arctic – A critical examination. Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace, März 2021, SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen 5: 3, 24.08.2021, in: <https://bit.ly/3IkrRGs> [21.02.2023].
- 6 Ebd.
- 7 Malyasov, Dylan 2023: Russia lost its rare arctic air defense system in Ukraine, Defence Blog, 02.02.2023, in: <https://bit.ly/3kbaXCb> [21.02.2023].
- 8 Leskien, Sebastian 2019: Das Wirtschaftspotential der Arktis im Überblick, Hintergrundanalyse, Deutsches Arktisbüro, Alfred-Wegener-Institut, 11/2019, in: <https://bit.ly/3xF4wdB> [21.02.2023].
- 9 Brennan, David 2022: Russia's Mauled Border Units Could Take Years to Recover: Finnish Official, Newsweek, 02.10.2022, in: <https://bit.ly/3ImffOU> [21.02.2023].
- 10 Von Hammerstein, Konstantin 2018: Die Geisterflotte, Der Spiegel, 09.04.2018, in: <https://bit.ly/3Z7HBTX> [21.02.2023].



[Die Arktis. Zwischen Konflikt und Kooperation](#)

# Der schmelzende Schild

Die russische Arktis im Brennpunkt

Thomas Kunze / Leonardo Salvador

Der hohe Norden hat für Russland traditionell eine große Bedeutung<sup>1</sup> – als Rohstoffspeicher, aber auch sicherheitspolitisch. Während das Schmelzen des Eises Moskau wirtschaftlich neue Möglichkeiten eröffnet, beraubt es das Land gleichzeitig eines natürlichen Schutzes gegen militärische Angriffe. Die Folge: Die Remilitarisierung der russischen Arktis ist in vollem Gange.

---

Der Klimawandel erleichtert die Rohstoffgewinnung in der Arktis und führt durch die Eisschmelze zu einer längeren Schiffbarkeit des Nördlichen Seewegs als Teil der Nordostpassage. Dadurch verändern sich die geopolitischen Gegebenheiten in der arktischen Region. Russland versucht schon seit geraumer Zeit, in der Arktis neue Potenziale im globalen Wettbewerb zu erschließen. Doch der Einmarsch seiner Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022 hat Moskau in eine außenpolitische Isolierung geführt, die sich auch auf die Ambitionen im hohen Norden auswirkt. Durch die Sanktionen steht die Zukunft wichtiger Projekte auf dem Spiel – eine Situation, die vor allem China nutzen könnte, um seine seit langer Zeit gehegten Ambitionen in der Arktis zu realisieren. Doch auch von anderer Seite droht in den kommenden Jahren Spannungspotenzial: Mit der Aussicht auf die zunehmende Nutzbarkeit des Nördlichen Seewegs stellt sich mit neuer Dringlichkeit die Frage nach dem rechtlichen Status der Handelsroute.

### **Die Macht der Geografie**

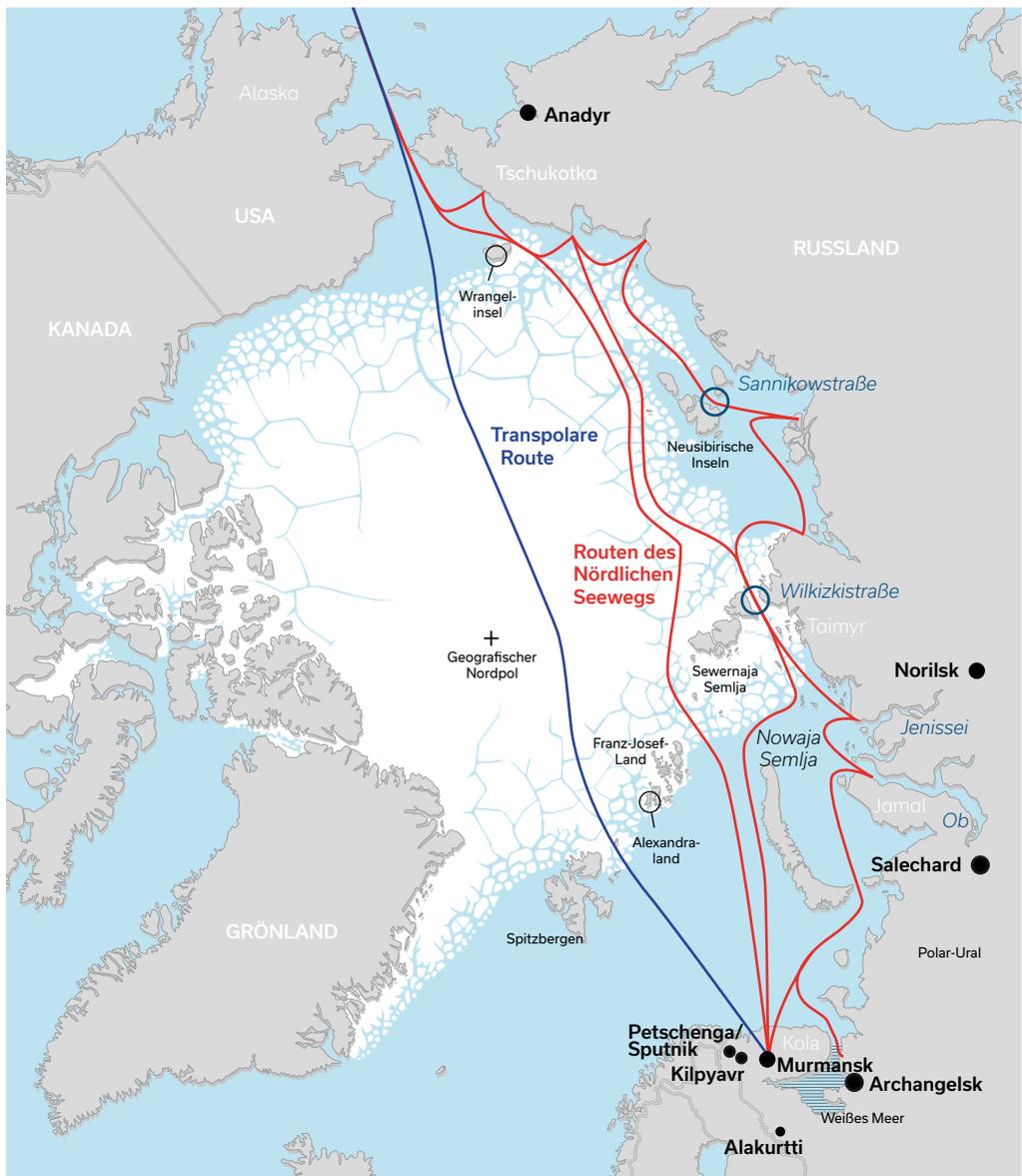
Die Russische Föderation ist der größte Anrainerstaat der Arktis. Die Gesamtfläche der arktischen Gebiete Russlands beträgt etwa fünf Millionen Quadratkilometer. Bewohnt wird die Region von rund 2,4 Millionen Menschen.<sup>2</sup> Vier der fünf größten Städte der Arktis liegen in der Russischen Föderation, darunter die wichtige Hafenstadt Murmansk. Innerhalb der russischen Arktis selbst bestehen erhebliche Unterschiede – vor allem in der Infrastruktur. Während die Kola-Halbinsel bei Murmansk, der Polar-Ural bei Salechard und die Jamal-Halbinsel relativ

gut mit Eisenbahnlinien, Straßen und Tiefwasserhäfen erschlossen sind, führen östlich des Jenisseis weder Straßen noch Zugstrecken in die Kältewüste der Taimyr-Halbinsel, in die Sumpf- und Bergwelten von Nordjakutien sowie zu der Halbinsel Tschukotka. Häfen, Siedlungen und Militäreinrichtungen in diesem Teil der russischen Arktis können häufig nur auf dem Luft- oder Seeweg erreicht werden. Der Nördliche Seeweg bietet die Möglichkeit zur weiteren Erschließung dieser Gebiete zum Zwecke ihrer zivilen und militärischen Nutzung sowie zur Etablierung eines alternativen transkontinentalen Transportwegs für Energielieferungen und Warenströme.

### **Historischer Abriss**

Die Geschichte der Erschließung der russischen Arktisregion war immer schon mit geopolitischen Überlegungen verknüpft. Die Versuche englischer und niederländischer Entdecker, im 16. Jahrhundert über die Nordostpassage einen Seeweg nach Asien zu finden, scheiterten. Dafür entdeckten britische Kaufleute die Passage jedoch als nutzbaren Seeweg ins Weiße Meer und zum russischen Hafen Archangelsk. Archangelsk, die Hafenstadt an der nördlichen Dwina, war damals Russlands einziger Zugang zum offenen Meer. Der Handel über die Arktis erlaubte Russen und Engländern eine Umgehung der Ostsee, deren Häfen von Schweden, Dänen und der deutschen Hanse kontrolliert wurden. Der neue Handelsweg führte Mitte des 16. Jahrhunderts zur Gründung der Muscovy Company, einer englischen Handelsgesellschaft für den

**Abb. 1: Nördlicher Seeweg und Transpolare Route**



Quelle: eigene Darstellung nach Dutzmann, Silke 2011, hier in: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) 2013: Karte: Der nördliche Seeweg, in: <https://bpb.de/172284> [17.02.2023]. Karte: © Peter Hermes Furian, AdobeStock.

Handel mit Russland. In London begann man, ein Auge auf das nördliche Sibirien zu werfen. Um eine englische Wirtschaftsexpansion in Richtung der Mündung des Flusses Ob zu unterbinden, verbot Michael I., der erste Zar der Romanow-Dynastie, ab 1620 die Nutzung des arktischen Seewegs nach Sibirien. Infolge des Verbots geriet die arktische Route für Jahrhunderte in Vergessenheit.

Nach dem Ende des Großen Nordischen Krieges im Jahr 1721 etablierte sich Russland – unter Peter dem Großen – als Ostsee- und Führungsmacht in Nordosteuropa. Damit ging auch die Bedeutung von Archangelsk als Hafenstadt zurück. In den folgenden Jahrhunderten wurde die Arktis zwar weiter erforscht, aber aufgrund der klimatischen Bedingungen, abgesehen von Pelzhandel und Fischerei, nicht umfassender

wirtschaftlich genutzt. Das größte Hindernis für die wirtschaftliche Nutzung der Arktis war lange Zeit die fehlende Infrastruktur. Ganz Sibirien war bis zum Bau der Transsibirischen Eisenbahn (1891 bis 1916) verkehrstechnisch kaum erschlossen. Dies galt in weit stärkerem Maß für die Arktis. Die heute größte Stadt am Polarkreis und Russlands wichtigster arktischer Hafen, Murmansk, wurde erst während des Ersten Weltkrieges im Jahr 1916 gegründet. Da die deutsche Kaiserliche Marine Transporte über die Ostsee verhinderte, konnten für Russland bestimmte Hilfs- und Rüstungsgüter der Entente<sup>3</sup> nur über die Nordostpassage befördert werden, die damit wieder geostrategische beziehungsweise militärische Bedeutung erlangte. Auch während des Zweiten Weltkrieges gelangten alliierte Rüstungsgüter über diese Route in die Sowjetunion. Das Unternehmen „Wunderland“, mit dem das Deutsche Reich 1942 diesen Versorgungsweg blockieren wollte, scheiterte.

### **Seine Mitgliedschaft im 1996 gegründeten Arktischen Rat nutzte Russland, um sich als führende Arktisnation zu präsentieren.**

---

Die Gewinnung von Bodenschätzen in der russischen Arktis setzte relativ spät ein. Mit dem Abbau von Rohstoffen wurde erst in den 1930er-Jahren unter der Gewaltherrschaft von Josef Stalin begonnen. Parallel dazu kam es zur Erschließung eines Seewegs durch das arktische Meer. Im Jahr 1932 gelang dem Eisbrecher Alexander Sibirjakow die erste Durchfahrt der Nordostpassage ohne Überwinterung. In demselben Jahr wurde die „Hauptverwaltung für den Nördlichen Seeweg“ gegründet – die Geburtsstunde des Nördlichen Seewegs. Unter Ausbeutung Hunderttausender Zwangsarbeiter wurde in den folgenden Jahren die notwendige Infrastruktur für die Nutzung des Seewegs in der russischen Arktisregion geschaffen. Auch entlegene Rohstoffvorkommen konnten damit erstmals

zugänglich gemacht werden. Die Entstehung der meisten Häfen in dieser Region geht auf jene Zeit zurück. Der Nördliche Seeweg diente fortan vor allem als innerrussische Wasserstraße, um die arktischen Förderstätten zu erreichen.

Der Tod Stalins setzte der weiteren infrastrukturellen Erschließung der Arktis vorerst ein Ende. Großprojekte wie der Bau einer Polarkreiseisenbahn blieben unvollendet.<sup>4</sup> Was folgte, war hauptsächlich die technische Instandhaltung bestehender Strukturen. Mit der Indienstellung von atombetriebenen Eisbrechern Ende der 1950er-Jahre konnte zudem ein regelmäßiger Schiffsverkehr auf der Nordmeerroute sichergestellt werden. Während des Kalten Krieges spielte die Arktis eine wichtige sicherheitspolitische Rolle, da die verfeindeten Blöcke hier besonders nahe beieinanderlagen. Strategische U-Boote, die mit ballistischen Raketen bewaffnet waren, kreuzten unter dem Eis, waren schwer zu orten und sicherten somit beiden Seiten die Möglichkeit eines Nuklearschlags.

1991 wurde der Schifffahrtsweg für die zivile Schifffahrt freigegeben. Doch infolge des wirtschaftlichen und politischen Chaos nach dem Ende der UdSSR brach die Instandhaltung der arktischen Infrastruktur zusammen. Die Folge war eine weit verbreitete Abwanderung aus den arktischen Regionen. Militäreinrichtungen und Flugplätze wurden stillgelegt. Mit Beginn der staatlichen Rekonstruktionsmaßnahmen in der Russischen Föderation seit den 2000er-Jahren erfuhr das Interesse an der Arktis eine Wiederbelebung. Russlands Rückkehr in die Arktis wurde demonstrativ durch die Nordpol-expedition „Arktika 2007“ markiert, bei der ein U-Boot zum ersten Mal den Meeresboden des Nordpols erreichte und dort eine russische Flagge aufstellte. Die Nutzung des Nördlichen Seewegs rückte zunehmend in den Fokus der russischen Regierung, wozu auch der Klimawandel nicht unwesentlich beitrug.

#### **Russland im Arktischen Rat**

Seine Mitgliedschaft im 1996 gegründeten Arktischen Rat<sup>5</sup> nutzte Russland, um sich als führende



Weitreichende Ansprüche: Ein russisches U-Boot platziert im Sommer 2007 eine Flagge auf dem Meeresboden am Nordpol. Foto: © ASPOLRF, AP Photo, picture alliance.

Arktisation zu präsentieren. Der Rat soll besonders dem Interessenausgleich zwischen den arktischen Anrainerstaaten und der indigenen Bevölkerung sowie dem Schutz der arktischen Umwelt dienen. Russland hat bis Mai 2023 den Vorsitz im Arktischen Rat inne.

Aufgrund des russischen Angriffs auf die Ukraine haben seit 2022 alle anderen Arktisstaaten ihre Mitwirkung im Rat jedoch vorläufig eingestellt – eine Entscheidung, die das russische Außenministerium als „politisiert und irrational“<sup>6</sup> bezeichnete. Die Russische Föderation ist davon in mehrfacher Hinsicht betroffen: Zunächst wird ein Politikfeld beschädigt, in dem die internationale Bedeutung Russlands noch weitgehend

ungebrochen war. Wirtschaftlich steht die Zukunft wichtiger Industrieprojekte und Absatzmärkte Russlands auf dem Spiel. In Wissenschaft und Forschung haben zudem alle westlichen Partner ihre Kooperationen ausgesetzt.<sup>7</sup>

Moskau versucht deshalb einerseits zu betonen, dass mit dem vollzogenen beziehungsweise angestrebten Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO Russland ohnehin das einzige Land des Arktischen Rates sein werde, welches nicht Teil der Nordatlantischen Allianz sei. Während früher der bündnisfreie Status von Stockholm und Helsinki einen Handlungsspielraum geboten habe, werde damit ein einheitlicher, von Washington diktiertem NATO-Kurs vorherrschen.<sup>8</sup>

Andererseits versucht der Kreml, den Schein der Normalität zu wahren, und entsandte unmittelbar nach der Aussetzung der Arbeit des Arktischen Rates eine wissenschaftliche Expedition, „Umka-21“, auf das Franz-Josef-Land, Russlands nördlichste Inselgruppe, die durch das Eis des Arktischen Ozeans von der Außenwelt getrennt ist. Die Forscher sollten Zählungen und Untersuchungen der Eisbärenpopulation durchführen.<sup>9</sup> Die Expedition umfasste auch eine militärische Komponente.<sup>10</sup> Russland kündigte außerdem an, trotz der Aussetzung der Arbeit des Arktischen Rates die Arbeiten am Projekt „Sneschinka“ (Schneeflocke) von russischer Seite fortzusetzen. Die internationale Arktisstation „Sneschinka“ ist als autonomer Komplex geplant, der auf der Grundlage erneuerbarer Energiequellen und Wasserstoff (ohne Dieselmotoren) betrieben werden soll.<sup>11</sup> Als sei nichts geschehen, begrüßte Präsident Wladimir Putin schließlich im August 2022 die Teilnehmer des Festivals „Arktis. Das Eis ist gebrochen“ in Usinsk. Die Durchführung des Festivals gehörte zum Veranstaltungsplan im Rahmen des russischen Vorsitzes im Arktischen Rat und soll der Sauberhaltung der Arktis dienen.<sup>12</sup>

### **Russland und der Nördliche Seeweg**

Der klassische Seeweg von Europa nach Asien führt durch mehrere Meerengen (Straße von Malakka, Straße von Gibraltar) und den Suezkanal. Wie anfällig diese Nadelöhre sind und welche Auswirkungen dortige Krisen oder Unfälle auf die Weltwirtschaft haben können, verdeutlichte zuletzt im März 2021 die Blockade des Suezkanals durch das unter panamaischer Flagge fahrende Containerschiff Ever Given. Erst sechs Tage nach dem Schiffsunfall war der Kanal wieder schiffbar. Der Nördliche Seeweg unterscheidet sich hinsichtlich der Rahmenbedingungen fundamental von der klassischen Route. Er führt über Tausende Kilometer lediglich an Russlands Küsten und Inseln vorbei. Jahrhundertlang war die Nutzung der Nordostpassage als arktischer Seeweg nach Asien durch die klimatischen Bedingungen ausgeschlossen. Das kurze Zeitfenster der Befahrbarkeit machte eine kommerzielle Nutzung nicht lohnenswert. Durch

die Klimaveränderung der vergangenen Jahre hat sich jedoch die Zeitspanne der Befahrbarkeit der Nordostpassage mittlerweile bis in den September hinein verlängert, wodurch die Nutzung des Nördlichen Seewegs zunehmend attraktiver wird. Noch ist die Route aufgrund des teuren Einsatzes von Eisbrechern vergleichsweise wenig lukrativ.<sup>13</sup> Dazu kommen die Schwierigkeiten bei der arktischen Navigation. Forscher gehen jedoch davon aus, dass die Nordostpassage bereits 2040 für mindestens neun Monate eisfrei sein könnte.<sup>14</sup>

### **Die in der russischen Arktis konzentrierten Rohstoffvorkommen generieren einen überproportionalen Anteil des russischen Bruttoinlandsprodukts.**

Es ist das erklärte Ziel Russlands, den Nördlichen Seeweg als alternative Transitroute zum klassischen Seeweg durch den Suezkanal zu etablieren. Präsident Putin erklärte im September 2022 auf dem Wirtschaftsforum in Wladiwostok, dass der Ferne Osten und die Arktis die Regionen seien, in denen die Zukunft Russlands liege. Dort gebe es nicht nur Ressourcen, sondern auch „Zugang zu einer Region der Welt, die sich aktiv und in einem sehr guten Tempo“<sup>15</sup> entwickle.

Für Moskau ist diese Route sowohl von volkswirtschaftlicher als auch von geopolitischer Bedeutung. Die in der russischen Arktis konzentrierten Rohstoffvorkommen generieren einen überproportionalen Anteil des russischen Bruttoinlandsprodukts. Zahlreiche Förderstätten, wie etwa die Nickelwerke von Norilsk, sind jedoch auf dem Landweg weder per Straße noch über das Schienennetz zu erreichen, weshalb sie ihre Erträge allein über das Nördliche Eismeer verschiffen. Der Ressourcenabbau in der russischen Arktis war daher von Beginn an mit dem Ausbau des Nördlichen Seewegs verknüpft. Neben seiner Bedeutung für die Erschließung und den Abtransport zahlreicher Bodenvorkommen dient

diese Route auch den sogenannten Nordlieferungen. Aufgrund der abgeschiedenen Lage versorgt Moskau die isolierten Siedlungen und Städte des Nordens vor Beginn des Winters mit lebensnotwendigen Gütern. Der Satellit Sputnik Skif-D, der Ende Oktober 2022 vom russischen Raumfahrtunternehmen Roskosmos in die Umlaufbahn gebracht wurde, soll den hohen Norden ferner mit Hochgeschwindigkeitsinternet versorgen.<sup>16</sup>

## **Der Transport und Export von in der Arktis gefördertem Erdöl, Gas und Kohle auf dem Nördlichen Seeweg darf nur unter russischer Flagge erfolgen.**

Das Projekt eines Ausbaus des Seewegs bildet einen besonderen Aspekt bei dem politischen Vorhaben der Putin-Administration, die russische Arktisregion weiterzuentwickeln. In den vergangenen Jahren war mit Blick auf den Frachtverkehr auf dem Nördlichen Seeweg ein steigendes Wachstum zu beobachten. Gleichwohl sind Experten skeptisch, wenn es um allzu optimistische Prognosen bezüglich der kommerziellen Schifffahrt in der Arktis geht.<sup>17</sup> Der Krieg gegen die Ukraine und die enormen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Herausforderungen, mit denen Russland infolge der westlichen Sanktionen konfrontiert ist, führen in Moskau derzeit ohnehin zu einer anderen Schwerpunktsetzung. Der Ausbau der Nordroute soll jedoch fortgesetzt werden. Das Projekt wird von der russischen Führung sowohl als unabhängige Transportroute sowie als Bestandteil der chinesischen Seidenstraßenstrategie angesehen.<sup>18</sup>

Die Nordostpassage als Waren- und Transportroute unterscheidet sich vom klassischen Seeweg nach Asien insofern, als sie komplett in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) Russlands liegt. Das bedeutet, dass die Russische Föderation im Rahmen des Seerechts-

übereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) in begrenztem Umfang souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse in diesem Teil des Nordpolarmeeres besitzt. Die extremen klimatischen Bedingungen setzen zudem eine Instandhaltung – durch Eisbrecher, Wetterstationen und Seenotrettungsstützpunkte – des Seewegs durch Russland voraus. Für die internationale Schifffahrt ergeben sich daraus sowohl völkerrechtliche als auch geopolitische Konsequenzen.

### **Im rechtlichen Spannungsfeld**

Solange Russland den Nördlichen Seeweg vor allem als nationalen Transportweg nutzte, um an seine Rohstoffquellen in der Arktis zu gelangen, spielten völkerrechtliche Fragen eine untergeordnete Rolle. Mit der zunehmenden Aussicht auf die Nutzung dieser Route als transkontinentaler Seeweg rücken jedoch juristische Fragen in den Vordergrund. Die Rechtslage bezüglich der Nordostpassage ist dabei kompliziert und in weiten Teilen eine Frage der Auslegung. Als Teil des Seevölkerrechts regelt das SRÜ auch die Schifffahrt in der Arktis. Die Russische Föderation gehört zu den Unterzeichnern des Übereinkommens. Für den Nördlichen Seeweg ist vor allem die vertragsrechtliche Lage in der AWZ von Bedeutung. Zwar besitzen fremde Staaten in der AWZ nach Artikel 58 des SRÜ unter anderem das Recht auf freie Schifffahrt ohne vorherige Anmeldung.<sup>19</sup> Russland behält sich für den Nördlichen Seeweg jedoch eine Anmeldepflicht vor. Moskau beruft sich dabei auf Artikel 234 des SRÜ. Demnach sind Gesetze und Vorschriften zur „Verhütung, Verringerung und Überwachung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in eisbedeckten Gebieten innerhalb der [AWZ] zu erlassen und durchzusetzen“<sup>20</sup>.

Zudem sind Tanker und Handelsschiffe, welche den Nördlichen Seeweg nutzen, auf die Informationen der entsprechenden russischen Behörden über die Eisbewegungen und Wetterbedingungen sowie unter Umständen auch auf den Einsatz von Eisbrechern angewiesen. Nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine hat das russische Verteidigungsministerium Änderungen des Gesetzes über Binnengewässer vorgeschlagen,

um neue Regeln für die Durchfahrt ausländischer Schiffe auf dem Nördlichen Seeweg festzulegen. Das Verteidigungsministerium hält es für ratsam, die derzeitige Fassung des Gesetzes um eine Klausel zu ergänzen, nach der ausländische Schiffe und Boote generell eine Genehmigung

für die Nutzung des Nördlichen Seewegs beantragen müssen.<sup>21</sup> Ein Gesetz aus dem Jahr 2017 regelt zudem, dass der Transport und Export (Kabotage) von in der Arktis gefördertem Erdöl, Gas und Kohle auf dem Nördlichen Seeweg nur unter russischer Flagge erfolgen dürfen.<sup>22</sup>



Russlands Ansichten kollidieren dabei sowohl mit denen Chinas als auch mit denen der USA. Diese betrachten die transarktischen Seewege als internationale Schifffahrtswege. Bei solchen greift das Recht auf Transitdurchfahrt (Art. 37 SRÜ) in den entsprechenden Meerengen. Für Moskau stellt

der Nördliche Seeweg jedoch einen nationalen Schifffahrtsweg dar. Im Streitfall könnte sich die russische Führung auf das Völkergewohnheitsrecht berufen, da über Jahrzehnte der Nördliche Seeweg als nationaler Schifffahrtsweg Russlands lediglich von den USA infrage gestellt wurde. Zusätzlich hat Moskau seine Position durch die Tatsache gefestigt, dass bei zahlreichen Inselgruppen<sup>23</sup> Artikel 7 des SRÜ, die Ziehung gerader Basislinien<sup>24</sup>, angewendet wurde. Damit werden die Meerengen zwischen wichtigen Inselgruppen gemäß Artikel 8 Absatz 1 des SRÜ de jure zu inneren Gewässern. Von russischer Seite wird zudem häufig das Argument angeführt, dass die Erschließung und Nutzbarkeit des Seewegs überhaupt erst durch Russland ermöglicht wurde.

### **Im Konfliktfall wäre es für Russland mit wenig Aufwand verbunden, den Nördlichen Seeweg zu sperren.**

---

Diese rechtlichen Fragen bergen Potenzial für zukünftige Spannungen, da das SRÜ durch seine geringe Normdichte durchaus zahlreiche Interpretationsspielräume offenlässt. Grundlegendes Problem ist dabei, dass Teile des internationalen Seerechts unklar formuliert sind. Gerade für eisbedeckte Seeflächen wie in der Arktis fehlt noch ein einheitliches Rechtsverständnis. Letztlich handelt es sich somit um eine politische Frage der Durchsetzungsfähigkeit. Russland besitzt bereits heute die zur Einhaltung

Wichtiger Faktor: Russland begründet seinen Anspruch auf die Gewässer des Nördlichen Seewegs auch damit, dass erst seine Infrastruktur einschließlich einer großen Eisbrecherflotte dafür Sorge, dass diese Route überhaupt nutzbar sei. Foto: © Denis Kozhevnikov, TASS, dpa, picture alliance.



der russischen Rechtsauffassung notwendige militärische Präsenz entlang des Nördlichen Seewegs. Die fortlaufenden Gesetzesinitiativen und Äußerungen lassen keinen Zweifel daran, dass Moskau den Nördlichen Seeweg als nationalen Seeweg betrachtet.

### **Die geopolitische Dimension**

Bereits den ersten Versuchen der Niederländer und Engländer im 16. Jahrhundert, einen nördlichen Seeweg nach Asien zu finden, lagen geopolitische Überlegungen zugrunde. Man wollte eine Alternative zu den von Portugal und den Osmanen beherrschten Seewegen nach Asien finden.

Im 21. Jahrhundert eröffnet sich für die Russische Föderation durch den Aufstieg Chinas zunehmend das Potenzial einer Transitmacht zwischen Ost und West. Die Geografie hebt die Russische Föderation zukünftig in eine günstige Position. Es ist davon auszugehen, dass Russland dieses Potenzial spätestens nach einem Ende des Krieges gegen die Ukraine nutzen wird. Die Meerengen der Nordostpassage – etwa die Sannikowstraße bei den Neusibirischen Inseln und die Wilkizkistraße bei der Inselgruppe Sewernaja Semlja – werden allein von Russland kontrolliert. Im Konfliktfall wäre es für die Russische Föderation mit wenig Aufwand verbunden, diese Route zu sperren. Dies wird vor allem im Fall einer Verschärfung des chinesisch-amerikanischen oder chinesisch-indischen Gegensatzes von Bedeutung sein.

Für die Volksrepublik China bietet sich mit dem Nördlichen Seeweg eine alternative Route zum klassischen Seeweg. Dies ist vor dem Hintergrund des chinesisch-indischen Interessenwiderspruchs in Asien insofern relevant, als es für die indische Marine möglich wäre, im Konfliktfall bei den zu Indien gehörenden Andamanen-Inseln den chinesischen Schiffsverkehr zu blockieren. Ähnliches droht bei einem Konflikt mit den USA. Für die chinesische Wirtschaft ist dieser Schifffahrtsweg jedoch notwendig, werden über ihn doch nicht nur chinesische Waren exportiert, sondern auch Öl- und Gaslieferungen nach China transportiert. Aus strategischer Sicht

erlaubt die Nordostpassage theoretisch zudem die schnelle Verlegung von Kriegsschiffen aus dem Pazifik in den Nordatlantik und umgekehrt.

Hinsichtlich des Ausbaus der arktischen Infrastruktur befindet sich Russland in einem Dilemma: Moskau verfügt dafür kaum über eigene finanzielle Mittel, der Rückgriff auf ausländische Investoren wäre unumgänglich. Strategisch wäre eine Diversifizierung solcher Investoren sinnvoll, um einen einseitigen Einflussgewinn eines einzelnen Staates in der Arktis zu verhindern. Infolge des russischen Krieges gegen die Ukraine scheidet der Westen als Investor aus. Peking hingegen ist durchaus gewillt, in den Ausbau des Nördlichen Seewegs zu investieren. Aber auch Indien bringt sich in Stellung: Indische Unternehmen wollen sich an der Erschließung des Erdöl- und Erdgasfeldes Wankor beteiligen.<sup>25</sup>

### **Die russische Arktis rückt als Testgebiet für Hyperschallwaffen in den Fokus.**

---

Und nicht nur das: Während Moskaus Aufmerksamkeit derzeit an der Westgrenze gebündelt ist, mehren sich in jüngster Zeit Berichte chinesischer Einflussnahme auf die nationalen Republiken und autonomen Kreise in der russischen Arktis. Die Tatsache, dass es sich bei den Titularnationen um asiatische Ethnien handelt, spielt China dabei in die Hände. Insbesondere im rohstoffreichen Jakutien, einer Region siebenmal größer als Deutschland, ist seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine eine verstärkte Einflussnahme Chinas zu beobachten.

### **Die militärische Dimension**

Die klimatischen Veränderungen in der Arktisregion bergen für Russland außerdem gänzlich neue wehrgeografische Herausforderungen, die zu den militärischen Herausforderungen im russisch-ukrainischen Krieg hinzukommen. Jahrhundertlang bildete das ewige Eis der Arktis

**Abb. 2: Klassische euro-asiatische Seefrachtrouten**



Quelle: eigene Darstellung nach shipmap.org. Karte: Natural Earth ©.

eine unüberwindbare Barriere an den nördlichen Grenzen. Dieser natürliche Schutz entfällt zunehmend. Die arktischen Grenzregionen gilt es aus Moskauer Sicht nun zu kontrollieren und im Ernstfall zu verteidigen – ein historisch vollkommen neues Szenario. Zwar hatte es in arktischen Gefilden durchaus Operationen der Engländer im Krimkrieg (1853 bis 1856) und der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg gegeben, diese beschränkten sich aber auf einen kleinen Abschnitt im Westen. Zukünftig muss aus der Perspektive des russischen Staates die gesamte Küstenlinie der Arktis in einem verteidigungsbereiten Zustand gehalten werden, will man nicht Förderanlagen für Gas, Häfen, LNG-Terminals, Raffinerien, Bergwerke und den Nördlichen Seeweg ohne militärischen Schutz belassen. Erschwert wird die Kontrolle über diesen riesigen Raum durch die dünne Besiedlung und die schwach entwickelte Infrastruktur.

In den 2010er-Jahren begann Russland eine militärische Umstrukturierung in der Arktis. Die alten sowjetischen Stützpunkte befanden sich in einem desolaten Zustand. Im Jahr 2014 wurde eine eigenständige militärisch-administrative Einheit für die Arktis geschaffen, das Vereinigte

Strategische Kommando „Nordflotte“. In Funktion und Art nimmt es die Aufgaben eines Militärbezirks wahr, unter anderem sind ihm alle Inseln der Arktis zugeordnet. Im Ergebnis werden sämtliche Marine-, Luft- und Landformationen von Murmansk bis Anadyr unter einem einheitlichen Kommando zusammengefasst. Kern bildet die bei Murmansk stationierte Nordflotte, sie gilt als die schlagkräftigste und modernste unter den russischen Flotten. Ausgestattet ist sie unter anderem mit U-Booten der 955-Borej- beziehungsweise 955-A-Borej-A-Klasse, modernste strategische Atom-U-Boote der sogenannten vierten Generation.

### **Für den Ausbau des Nördlichen Seewegs ist Russland auf ausländische Investoren angewiesen.**

Seit 2021 verfügt Russland über einen neuen Entwicklungsplan für seine Streitkräfte, der bis 2025 einen forcierten Ausbau der militärischen Infrastruktur vorsieht.<sup>26</sup> In der Arktis sollen die

alten sowjetischen Flughäfen Seweromorsk-1, Seweromorsk-3, Rogatschowo, Talagi und Kipleowo (Insel Nowaja Semlja, deutsch: Neuland) modernisiert werden. Außerdem ist die Wiederinbetriebnahme des 1998 geschlossenen Militärflughafens Seweromorsk-2 vorgesehen. In Nagurskaja (Insel Semlja Alexandry, deutsch: Alexandraland) wurde bereits im Jahr 2020 die Einrichtung einer neuen Militärbasis abgeschlossen.<sup>27</sup> Die Infrastruktur in den Siedlungen Petschenga, Sputnik, Alakurtti und Kilpyavr (Standorte von motorisierten Schützenverbänden und Marine-Infanterieverbänden) soll ausgebaut werden.

Die russische Arktis rückt auch als Testgebiet für Hyperschallwaffen in den Fokus. 2019 testete Russland dort eine Rakete des Typs Kinschal (deutsch: Dolch, NATO-Name: AS-24 Killjoy), die mit einem Nukleargefechtkopf ausgerüstet werden kann. 2022 wurde von der Nordflotten-Fregatte Gorskow eine Hyperschallrakete des neuen Typs Zirkon (NATO-Name: SS-N-33) abgeschossen.<sup>28</sup> In Planung befindet sich wohl auch ein spezielles Mehrfachraketenwerfersystem für arktische Einheiten, das sich auf einem neuen, geländegängigen autonomen Fahrgestell bewegen soll, welches somit für den Einsatz im hohen Norden geeignet sei.<sup>29</sup>

Der Krieg in der Ukraine dürfte aktuell dazu führen, dass Russland wehrpolitisch andere Akzente setzt und sich auf die Rüstungsproduktion konzentrieren muss. Teile der in der Arktis stationierten Truppen sollen an andere strategische Standorte verlegt worden beziehungsweise im Einsatz in der Ukraine sein.<sup>30</sup> Insgesamt aber ist eine weitere starke Aufrüstung Russlands anzunehmen. Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu sagte im April 2022, dass die Modernisierung der militärischen Infrastruktur in der Arktis weitergehen wird. Bereits 2021, so Schoigu, habe man dort Objekte gebaut.<sup>31</sup> Dmitri Medwedew, Stellvertreter im Nationalen Sicherheitsrat, erklärte im Dezember 2022, „die Produktion mächtigster Zerstörungsmittel, einschließlich solcher, die auf neuen Prinzipien basieren“, fördern zu wollen.<sup>32</sup>

## Fazit

In der näheren Zukunft wird der Nördliche Seeweg nicht mit der Route durch den Suezkanal konkurrieren können, doch ist mit einer zunehmenden Bedeutung als Warentransportweg zu rechnen. Moskau erhalte durch die faktische Kontrolle über die Nordostpassage einen politischen Hebel. Bei einer Eskalation des Gegensatzes zwischen Peking und Washington wäre unweigerlich auch die Arktis betroffen. Das Verhältnis zu Russland wäre in einem solchen Fall entscheidend dafür, inwiefern eine chinesische Machtprojektion in der Arktis möglich wäre. Die Volksrepublik verfügt bereits heute über die größte Kriegsmarine der Welt – dies auch durch russische Rüstungshilfe.

Um das Potenzial des Nördlichen Seewegs weiter auszubauen, muss Russland allerdings intensiv am Ausbau der Infrastruktur entlang der Route arbeiten. Dafür ist die Russische Föderation auf ausländische Investoren angewiesen. Insofern der Zugang zu westlichem Kapital durch Sanktionen weiter eingeschränkt ist, wird Moskau auf chinesische Investments zurückgreifen müssen. Zusammen mit weiteren Entwicklungen, wie dem zunehmenden Gasexport nach China sowie der Rüstungszusammenarbeit, wird dies die Bindung an Peking voraussichtlich verstärken.

---

**Dr. Thomas Kunze** ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Russland.

**Leonardo Salvador** war bis Anfang 2022 Projektassistent im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Moskau. Derzeit arbeitet er in Berlin für die Stiftung.

- 1 Kunze, Thomas / Salvador, Leonardo 2021: Russlands Arktis, Länderberichte, Konrad-Adenauer-Stiftung, 16.12.2021, in: <https://bit.ly/40ArEHq> [08.12.2022].
- 2 Kluge, Janis / Paul, Michael 2021: Analyse: Russlands Arktis-Strategie bis 2035 – Große Pläne und ihre Grenzen, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 10.08.2021, in: <https://bpb.de/338050> [12.12.2022]; Kluge, Janis / Paul, Michael 2020: Russlands Arktis-Strategie bis 2035. Große Pläne und ihre Grenzen, SWP-Aktuell 2020/A 89, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), 05.11.2020, in: <https://bit.ly/3HBotZO> [12.12.2022].
- 3 Zusammenschluss von Russland, Großbritannien und Frankreich.
- 4 Kunze, Thomas 2008: Russlands Unterwelten. Eine Zeitreise durch geheime Bunker und vergessene Tunnel, Berlin, S.144 ff.
- 5 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) 2013: Der Arktische Rat, in: <https://bmu.de/WS2836> [12.12.2022]. Dem Rat gehören neben den fünf arktischen Küstenanrainerstaaten Dänemark (für Grönland), Kanada, Norwegen, Russland und den USA auch Island, Schweden und Finnland an. Deutschland gehört neben Frankreich, Polen, Spanien, den Niederlanden, Großbritannien, Italien, Japan, China, Südkorea, Indien und Singapur zu den ständigen Beobachterstaaten. Eine Sonderrolle nehmen die Vertretungen der indigenen Bevölkerung der arktischen Region als „ständige Teilnehmer“ ein.
- 6 RIA Novosti 2022: МИД назвал решение Арктического совета приостановить работу нерациональным (Außenministerium nennt Entscheidung des Arktischen Rates, die Arbeit auszusetzen, irrational), 04.03.2022, in: <https://bit.ly/3WkQh0D> [12.12.2022].
- 7 Paul, Michael 2022: Arktische Implikationen des russischen Angriffskrieges. Arktischer Rat im Pausenmodus, Forschung auf Eis, Zeitenwende im hohen Norden, SWP-Aktuell 2022/A 34, SWP, 25.05.2022, in: <https://bit.ly/3hwc1z3> [12.12.2022].
- 8 Abdullin, Renat 2022: „Пути назад нет“. У России хотят отобрать Арктику („Es gibt kein Zurück“. Sie wollen Russland die Arktis wegnehmen), RIA Novosti, 21.07.2022, in: <https://bit.ly/3hx0bEU> [12.12.2022].
- 9 Russische Geographische Gesellschaft 2021: Startet komplexe arktische Expedition „Умка-2021“ (Startschuss für die komplexe Arktis-Expedition „Umka-2021“), 16.03.2021, in: <https://bit.ly/3hu9MfA> [12.12.2022].
- 10 Warspot 2021: „Умка-21“: на защите арктических рубежей („Umka-21“: Für die Verteidigung der arktischen Grenzen), 28.03.2021, in: <https://bit.ly/3KocfZN> [29.03.2023].
- 11 RIA Novosti 2022: Арктический проект „Снежинка“ реализуют в любом случае (Das Arktisprojekt „Sneschinka“ wird trotzdem durchgeführt), 15.06.2022, in: <https://bit.ly/3Yw3A7q> [12.12.2022].
- 12 RIA Novosti 2022: Путин поприветствовал участников форума „Арктика. Лед тронулся“ (Putin begrüßte die Teilnehmer des Forums „Arktis. Das Eis ist gebrochen“), 16.08.2022, in: <https://bit.ly/3BFzq7W> [12.12.2022].
- 13 Deutschlandfunk Nova 2018: Freie Fahrt auf der Nordostpassage, 26.09.2018, in: <https://bit.ly/3V1r69C> [12.12.2022].
- 14 Beinlich, Georg 2020: Nordostpassage – Klimawandel macht den Seeweg frei, W wie Wissen, NDR/SWR für Das Erste, 31.01.2020, in: <https://bit.ly/3PtVecB> [12.12.2022].
- 15 RIA Novosti 2022: Путин заявил, что будущее России за Дальним Востоком и Арктикой (Putin sagt, die Zukunft Russlands liege im Fernen Osten und in der Arktis), 07.09.2022, in: <https://bit.ly/3Wonwr3> [12.12.2022].
- 16 Kutschuschew, Wassili 2022: Первенец космической „Сферы“. В чем уникальность нового российского спутника „Скиф-Д“ (Erstling in der kosmischen „Sphäre“. Was ist das Besondere an Russlands neuem Satelliten „Skif-D“?), TASS, 24.10.2022, in: <https://bit.ly/3FSWn9h> [12.12.2022]; RIA Novosti 2022: Роскосмос в октябре выведет на орбиту первый спутник группировки „Сфера“ (Roskosmos startet ersten Satelliten der „Sphere“-Konstellation im Oktober), 01.08.2022, in: <https://bit.ly/3HHj8zw> [12.12.2022].
- 17 Paul, Michael 2022: Der Kampf um den Nordpol. Die Arktis, der Klimawandel und die Rivalität der Großmächte, Freiburg i. Br., S. 201.
- 18 Im Sommer 2017 vereinbarten der damalige russische Ministerpräsident Dmitri Medwedew und der Präsident der Volksrepublik China Xi Jinping die Einrichtung einer Arktischen Seidenstraße.
- 19 Dies gilt auch für Kriegsschiffe.
- 20 UN 1998: Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen und Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI des Seerechtsübereinkommens (Übersetzung), Artikel 234, 23.06.1998, in: <https://bit.ly/2tyUWse> [10.02.2023].
- 21 Radio Sputnik 2022: СМИ: РФ может ужесточить правила прохода иностранными кораблями Севморпути (Medien: Russland könnte Regeln für die Durchfahrt ausländischer Schiffe auf dem Nördlichen Seeweg verschärfen), 25.07.2022, in: <https://bit.ly/3uVilyk> [12.12.2022].
- 22 Projekte und Terminals, die westlich der Karasee liegen – das Varandey-Terminal von Lukoil, die Prirazlomnaya-Plattform von Gazprom Neft und der Hafen von Murmansk –, werden nicht unter die neuen Regelungen fallen. Betroffen sind Projekte von Novatek im Golf von Ob und Gydan, das Terminal von Gazprom Neft auf dem Novoportovskoye-Feld und Projekte von Vostokugol, Rosneft, NPC und Lukoil auf der Taimyr-Halbinsel.

- 23 Bei Nowaja Semlja, Sewernaja Semlja und den Neusibirischen Inseln.
- 24 Die Basislinie legt die Seegrenze eines Staates fest. Alle landwärts der Basislinie liegenden Meeresteile gelten als innere Gewässer. Diese gehören zum Staatsterritorium und unterliegen der uneingeschränkten Hoheitsgewalt (Souveränität) des betreffenden Staates. Laut Art. 7 Abs. 1 des SRÜ kann dort, wo „die Küste tiefe Einbuchtungen und Einschnitte aufweist oder wo sich eine Inselkette entlang der Küste in ihrer unmittelbaren Nähe erstreckt, [...] zur Festlegung der Basislinie [...] die Methode der geraden Basislinien angewandt werden, die geeignete Punkte miteinander verbinden“. UN 1998, N. 20.
- 25 TASS 2022: Россия удовлетворена участием Индии в энергетических проектах в Арктике (Russland zufrieden mit Indiens Beteiligung an Energieprojekten in der Arktis), 07.09.2022, in: <https://bit.ly/3hwpxmm> [12.12.2022].
- 26 RIA Novosti 2022: Северный флот построит пять военных городков к 2025 году (Nordflotte baut bis 2025 fünf Militärstützpunkte), 01.06.2022, in: <https://bit.ly/3j84Sp7> [12.12.2022].
- 27 Region29 2020: Минобороны РФ полностью завершило обустройство уникальной военной базы в Архангельской области (Russisches Verteidigungsministerium hat Bau einer einzigartigen Militärbasis in der Region Archangelsk vollständig abgeschlossen), 22.12.2020, in: <https://bit.ly/3WqLi2> [12.12.2022].
- 28 RIA Novosti 2022: Фрегат „Адмирал Горшков“ успешно выполнил цикл испытаний ракеты „Циркон“ (Fregatte „Admiral Gorschkow“ hat Testzyklus der „Zirkon“-Rakete erfolgreich abgeschlossen), 01.06.2022, in: <https://bit.ly/3FG0mpA> [12.12.2022].
- 29 RIA Novosti 2022: Источник: в России создают РСЗО для применения в Арктике (Quelle: Russland entwickelt MLRS für den Einsatz in der Arktis), 22.10.2022, in: <https://bit.ly/3Pu0SLl> [12.12.2022].
- 30 Reuter, Benjamin 2022: Tag 131 der Invasion. Moskau verlegt Truppen aus der Arktis in die Ukraine, Der Tagesspiegel, 06.07.2022, in: <https://bit.ly/3HGnHtC> [12.12.2022].
- 31 RIA Novosti 2022: Минобороны продолжает модернизацию военной инфраструктуры в Арктике (Verteidigungsministerium setzt Modernisierung militärischer Infrastruktur in der Arktis fort), 19.04.2022, in: <https://bit.ly/3hwcTU1> [12.12.2022].
- 32 Medwedew, Dmitri 2022, via Telegram, 11.12.2022, in: [https://t.me/medvedev\\_telegram/230](https://t.me/medvedev_telegram/230) [12.12.2022].



Die Arktis. Zwischen Konflikt und Kooperation

# Der selbsternannte Fast-Arktisstaat

Chinas Politik in der nördlichen Polarregion

David Merkle

Ungefähr 13 Breitengrade trennen den nördlichsten Punkt Chinas vom Polarkreis. Dennoch drängt die Volksrepublik seit Jahren mit Nachdruck in die Arktis. Grund dafür ist einerseits der Rohstoffhunger einer aufsteigenden Wirtschaftsmacht. Andererseits hat die Führung in Peking die Region als eine wichtige Zone in einem möglichen Großmachtkonflikt der Zukunft identifiziert.

---

Wenn man über die Volksrepublik China der Vor-COVID-Zeit spricht, dann kommt vor allem die Erzählung des ungebremsen Wachstums und von „Chinas Aufstieg“ zum Tragen. Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Das (noch) bevölkerungsreichste Land der Erde. Der Staat, der auf Basis sozialistischer Werte rund um den „Kern der Kommunistischen Partei“ die eigene Bevölkerung mit „Wohlstand für alle“ an die Spitze der Welt bringen will. Auch wenn erste Anzeichen einer Überhitzung der chinesischen Volkswirtschaft in jenen Jahren immer wieder Schlagzeilen machten, war das Messaging von Staats- und Parteiorganen im Kern sehr deutlich: Chinas internationaler Aufstieg ist unaufhaltsam.

Mit Xi Jinpings Amtsantritt als Parteivorsitzender im Jahr 2012 und der formellen Ernennung zum Staatschef 2013 wurde immer offensichtlicher, wie stark der Anspruch, die internationalen Strukturen aus einer Großmachtrolle heraus formen zu wollen, Eingang in das Denken der kommunistischen Führung gefunden hatte. Getrieben von einem wachsenden Bedarf an Rohstoffen und technologischem Know-how ist China zu einem Land avanciert, das nach außen immer selbstbewusster auftritt, seine Ambitionen nicht mehr versteckt und für politische Vorhaben unvermindert die Akzeptanz und Unterstützung der Weltgemeinschaft einfordert – so auch beim Engagement in den verschiedenen Regionen der Welt, in denen sich China über die vergangenen zwei Jahrzehnte großen politischen und wirtschaftlichen Einfluss sichern konnte. Lange Zeit etwas im Schatten anderer weltpolitisch dynamischer Regionen rückte auch die Arktis in den Fokus chinesischer strategischer Überlegungen.

### **China in der Arktis – Genese und Hintergrund**

Bereits in den 2000er-Jahren hatte China ein stärkeres Engagement in der Arktis erkennen lassen, als zahlreiche Forschungsvorhaben zwischen chinesischen Einrichtungen und Pendants in Arktisstaaten initiiert und bilaterale Absichtserklärungen mit den Regierungen der entsprechenden Länder unterzeichnet wurden.<sup>1</sup> Auf dieser Basis wurden im arktischen Großraum wissenschaftliche Expeditionen gestartet. Bereits ab 1999 wurden Forschungsfahrten mit dem von der Ukraine erworbenen Forschungseisbrecher „Xue Long“ (Schneedrache) durchgeführt.<sup>2</sup> Chinesische Forschungsinstitute beteiligen sich seither intensiv an der Erforschung des Klimawandels im Nordpolarmeer, so auch im internationalen Projekt MOSAiC unter Leitung des Alfred-Wegener-Instituts, an dem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus 20 Nationen teilnehmen.<sup>3</sup> 2003 gründete China mit der Yellow River Station (Huanghe zhan) das erste eigene Polarforschungszentrum im norwegischen Spitzbergen.

2013 wurde China nach jahrelangem Drängen als ständiges Beobachterland in den Arktischen Rat aufgenommen, das wichtigste regionale Gremium zur Behandlung zwischenstaatlicher (aber ausdrücklich nicht sicherheitspolitischer) Themen. Die Volksrepublik erlangte damit jenen Status, den zwölf weitere Staaten, darunter Deutschland, Frankreich, Polen, Südkorea, Singapur und Japan, innehaben, die in der Region stark präsent sind, ohne selbst Anrainerstaaten zu sein.<sup>4</sup> Mit dem Beobachterstatus steht China

das Recht zu, an allen Ratssitzungen und durch den Rat organisierten Workshops teilzunehmen. Diese befassen sich vor allem mit Fragen des Klimaschutzes und der nachhaltigen Entwicklung.<sup>5</sup>

### China hat seine diplomatischen Avancen gegenüber den Arktisländern intensiviert.

---

Im Vorfeld der Aufnahme Chinas als Beobachter hatte das Land vehement auf das eigene umfangreiche wissenschaftliche und wirtschaftliche Engagement in der Region verwiesen und die

Folgen der Erwärmung und Eisschmelze in der Arktis für China und die Welt in den Mittelpunkt gestellt.<sup>6</sup> Mit dem 2018 erschienenen Weißbuch zu Chinas Arktispolitik prägte die Pekinger Führung erstmals das Eigenverständnis, ein „arktischer Staat“ zu sein,<sup>7</sup> das seither wie eine vor sich hergetragene Monstranz Chinas „legitimen Interessen“ in der Region Ausdruck verschaffen soll. So heißt es im Weißbuch: „China ist ein wichtiger Akteur in arktischen Angelegenheiten. Geografisch gesehen ist China ein ‚Near-Arctic State‘, einer der Kontinentalstaaten, die dem Polarkreis am nächsten sind.“<sup>8</sup>

China versucht damit den Fakt herunterzuspielen, dass es keine Souveränität über arktisches



Flexible Auslegung der Geografie: Chinas Vize-Außenminister stellt Anfang 2018 das Weißbuch seines Landes zur Arktispolitik vor. Hierin erklärt sich die Volksrepublik zum „arktischen Staat“. Foto : © Shen Hong, Photoshop, picture alliance.

Territorium ausübt,<sup>9</sup> und verweist auf die auch Nicht-Anrainern zustehenden Rechte zu umfassenden Operationen auf Hoher See „im Einklang mit der Rechtsprechung des Seerechtsübereinkommens [...] und dem Völkerrecht“<sup>10</sup>. Da die Charakterisierung, ein „arktischer Staat“ zu sein, im internationalen Sprachgebrauch gar nicht existiert und auch nicht offiziell anerkannt ist, wird im Weißbuch vor allem versucht, die direkten Implikationen aufzuzeigen, die die Eisschmelze in der Arktis für das Klima und das Ökosystem in China selbst hat. So werden explizit die direkten Folgen für die chinesische Landwirtschaft, Fischerei, Forstwirtschaft und andere Bereiche im Primärsektor genannt.<sup>11</sup> Auf dieser Basis artikuliert China seinen Anspruch, sich in einer breiten, multilateralen Form der Governance in der Region einzubringen.

## **Inbesondere Grönland und Island standen lange im Fokus der chinesischen Aufmerksamkeit.**

---

In der Praxis hat China im Verlauf der vergangenen 20 Jahre auch seine diplomatischen Avancen gegenüber den acht Arktisländern intensiviert, was durch eine hohe Anzahl hochrangiger Politikerbesuche und die Initiierung von eigenen Track-2-Austauschformaten deutlich wird – also Formaten, die inoffizieller Natur sind und Akademiker, Thinktanks oder Wirtschaftsakteure zusammenbringen.<sup>12</sup> Mit dem Weißbuch macht China deutlich, dass das Land auch Mitsprache in Fragen der regionalen Gestaltung beansprucht. Damit soll verhindert werden, dass sich die regionalen Governance-Strukturen gegen chinesische Ambitionen richten. Dies steht im Einklang mit Chinas aktiv betriebenen Engagement in den globalen Strukturen.

### **Chinas Drang nach Energie und Rohstoffen**

Mit der „Polaren Seidenstraße“ bettet China auch den arktischen Raum in die sogenannte Neue Seidenstraße (Belt and Road Initiative)

ein, ein großangelegtes chinesisches Projekt zum Ausbau eines interkontinentalen Infrastruktur- und Handelsnetzes. Die potenziellen Schiffrouten der „Polaren Seidenstraße“ verlaufen westlich von Grönland entlang der kanadischen Küste (Nordwestpassage), von Skandinavien aus an der sibirischen Küste Russlands entlang (Nordostpassage) und zentral zwischen Spitzbergen und Grönland (Transpolare Route) in die Beringstraße.<sup>13</sup>

Die Routen führen auf ihrem Weg durch die Arktis an Öl- und Gasvorkommen vorbei, wobei genaue Mengen unklar sind und die Frage, ob eine Ausbeutung tatsächlich rentabel ist, von zahlreichen schwer zu prognostizierenden Faktoren abhängt. Als Staat ohne Territorialrechte in der Arktis ist sich Chinas Führung jedenfalls bewusst, dass ein Großteil der Vorkommen in Gebieten lagert, die entweder aufgrund ihrer Lage eindeutig im Besitz der Anrainerstaaten sind oder gemäß Artikel 55 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen als Ausschließliche Wirtschaftszonen (AWZ) gelten, also Meeresgebiet jenseits von Küstengebieten, in dem der jeweils angrenzende Küstenstaat „die Kontrolle über alle wirtschaftlichen Ressourcen“ und damit souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse ausüben kann.<sup>14</sup> Zugang verschaffen sich chinesische staatliche Unternehmen deshalb vor allem über Investitionen in die für den Abbau der Rohstoffe notwendige Infrastruktur. Damit steht man keinesfalls alleine da. Man befindet sich hier in Konkurrenz zu Minenbetreibern aus Ländern wie den USA oder Australien. In anderen Fällen ist man aber auch Anteilseigner und kooperiert mit internationalen Unternehmen bei der Verarbeitung der Rohstoffe – ein Bereich, in dem chinesische Unternehmen die erforderlichen Kompetenzen, vor allem in der nachgelagerten Verarbeitung, besitzen und teilweise gar konkurrenzlos sind.<sup>15</sup> Außerdem wurden in den vergangenen Jahren auf politischer Ebene bilaterale Abkommen ausgehandelt, die China Zugänge zu den reichen Fischvorkommen, zur Erdölförderung oder für die gemeinsame Erschließung von Quellen für Seltene Erden und andere Mineralien ermöglichen.

Insbesondere Grönland und Island standen dabei lange im Fokus der chinesischen Aufmerksamkeit. Kvanefjeld, eine geplante Mine, um deren Öffnung ein erbitterter Kampf zwischen den politischen Parteien in Grönland entstanden ist, war dabei ins Zentrum der großen Debatte um die Zukunft der autonomen, aber formal dem Königreich Dänemark zugehörigen Insel gerückt, in der neben dem Thema Umweltschutz auch immer mehr die Gefahren wachsender Abhängigkeiten von Akteuren wie China thematisiert werden. Shenge Resources, ein chinesisches Staatsunternehmen, hatte bereits 12,5 Prozent der Anteile an dem Projekt erworben, bei dem eine Großzahl von Mineralien vermutet werden, die für die Herstellung elektronischer Bestandteile von Produkten wie E-Autos, Windturbinen und Mobiltelefonen benötigt werden, darunter Scandium und Yttrium,<sup>16</sup> und die ansonsten fast ausschließlich in China zu finden sind. Inzwischen hat sich die politische Diskussion in Grönland aber soweit gedreht, dass auch unter den Wirtschaftsakteuren Ernüchterung eingetreten ist. Mit dem von Grönland verabschiedeten Uranium Act wurde das Projekt aus Umweltgründen dann vorerst auf Eis gelegt.<sup>17</sup>

### **Staatschef Xi will China bis 2030 zu einer „great polar power“ machen.**

Dieses Projekt und viele andere Beispiele sind Ausdruck dafür, dass Chinas Engagement vor allem eine Wette auf die wachsende strategische Bedeutung der Region als Handels- und Transportkorridor ist. Mit der weiter voranschreitenden Eisschmelze werden die Schifffahrtsrouten länger im Jahr befahrbar. Mit größerem Transportaufkommen – so die Kalkulation – sinken auch die Transportkosten und würden die kostspieligen Investitionen in den Aufbau von Infrastruktur, Logistik und das wirtschaftliche Engagement vor Ort rentabler machen. China verbindet mit den Polar Routen die Hoffnung, die Handels- und Transportrouten zu diversifizieren und Alternativen für den Fall zu haben, dass die

chinesische Schifffahrt einer Blockade der international bedeutenden Straße von Malakka und des in Richtung Mittelmeer und Europa führenden Suezkanals ausgesetzt wäre.<sup>18</sup>

### **Auf dem Weg zur „polaren Großmacht“?**

China sieht sich im globalen Wettbewerb um Zugänge und Navigationsrechte in der Arktis. Bilaterale Abkommen zwischen China und den einzelnen Arktisländern wie Schweden, Norwegen und Dänemark, die es der Volksrepublik erlauben – beziehungsweise lange Zeit erlaubt haben –, eigene Forschungsstationen zu betreiben oder in Kooperation mit den jeweiligen Staaten wissenschaftlich-technologische Forschungsprojekte durchzuführen, waren der Beginn einer umfangreichen Präsenz Chinas. Neben der Erforschung des Klimas sieht man auch eine intensive Zusammenarbeit mit russischen Instituten, unter anderem beim Ausbau der Navigations- und Netzinfrastruktur durch das Anbringen von Unterseekabeln.

Es gibt mittlerweile viele Hinweise darauf, wie weitreichend die Erschließung der Region mittels Anbindung an das chinesische Satellitensystem Beidou vorangeschritten ist und es lassen sich auch Rückschlüsse auf die sicherheitspolitischen Ambitionen Chinas in der Region ziehen.<sup>19</sup> Hier werden nämlich insbesondere die Dual-Use-Eigenschaften, also Kenntnisse, die sich sowohl im zivilen als auch militärischen Bereich nutzen lassen, chinesischer Aktivitäten im Wissenschafts- und Klimabereich sichtbar. Sie unterstreichen die strategischen Intentionen Chinas im Wettbewerb der Großmächte und wurden in den vergangenen Jahren in Reden der politischen Führung weder heruntergespielt noch verheimlicht. Vielmehr hat Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping deutlich gemacht, dass es erklärtes Ziel sei, China bis 2030 zu einer „great polar power“ zu machen.

Dies ist im Kontext der machtpolitischen Überlegungen Chinas keinesfalls überraschend: Die Arktis ist als einer der Räume im Großmachtkonflikt identifiziert, in denen die Kontrolle und Macht über die zukünftige Ordnung noch nicht ausgefochten ist. Chinas Staatsführung sieht hier also

eine Chance, die eigenen Ordnungsvorstellungen durchzusetzen.<sup>20</sup> Dabei spielen militärische Präsenz und Machtprojektion eine entscheidende Rolle: 2015 tauchten erstmals fünf Schiffe der Volksbefreiungsarmee vor der Küste Alaskas auf und demonstrierten die Entschlossenheit Chinas, gegenüber den USA und ihren Verbündeten deutlich zu machen, dass in Zukunft auch mit einer wachsenden militärischen Präsenz Chinas in der Arktis zu rechnen sei.<sup>21</sup>

Daneben buhlt China auf bilateraler Ebene auch gezielt um Staaten wie Island und Finnland, die Peking lange Zeit als politisch deutlich neutraler auftretende Akteure wahrgenommen hat. Diese könnten – so das Kalkül der Volksrepublik – gegenüber Staaten wie den USA, Kanada oder auch Schweden und Norwegen, die Chinas Engagement in der Arktis längst mit viel Argwohn betrachten, beschwichtigend auftreten und auch die Entscheidungen des Arktischen Rates in



Seit Jahren in der Polarforschung aktiv: Der einst von der Ukraine erworbene Eisbrecher Schneedrache läuft zu einer Expedition aus dem Hafen von Schanghai aus. Foto: © Qnb, dpa/HPIC, picture alliance.

diesem Sinne beeinflussen. Aus chinesischer Perspektive wird deswegen vor allem die Einbindung der Region in Chinas globales Projekt der Neuen Seidenstraße vorangetrieben, in dem die Diversifizierung der Transportwege zu einem zentralen Ziel erhoben worden ist, um Chinas Versorgungsmöglichkeiten auf verschiedene Land- und Wasserwege verlagern zu können. Auch hier gibt es aus dem innerchinesischen militärischen Diskurs viele Hinweise darauf, dass China dem auch eine

sicherheitspolitische Dimension beimisst. Im Falle eines direkten militärischen Konflikts lassen sich Versorgungsrouten auch militärisch nutzen. Zugänge zu Hafenanlagen und für Logistik eingerichteten Terminals sind deswegen von besonderem Interesse.<sup>22</sup>

### Die „Polare Seidenstraße“

Die Verschiebungen der sicherheitspolitischen Achsen mit dem Ausgreifen Russlands und der Annexion der Krim 2014 hatte bereits spürbare Auswirkungen auf die militärische Dynamik in der Arktisregion. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 hat sich die Spaltung zwischen Russland und den anderen Anrainerstaaten weiter vertieft. Die gegenwärtig vollzogene Neuausrichtung der Beziehungen zwischen dem Westen und Russland trifft ganz konkret auch die engen Beziehungen zwischen Russland und China und das sich daraus ableitende Verhältnis des Westens zu den beiden Akteuren.

Das Bild chinesischer Investitionen zeigt sich dabei sehr vielschichtig.<sup>23</sup> So sind chinesische Staatsunternehmen weiterhin an zahlreichen Projekten in der Region beteiligt, andere Vorhaben wurden vonseiten der Anrainerstaaten aufgrund von Sicherheitsbedenken oder umweltrechtlichen Bestimmungen auf Eis gelegt. Auch fehlendes finanzielles Commitment auf chinesischer Seite ist ein Grund, warum manche Projekte ausgesetzt oder storniert wurden. Im 14. Fünfjahresplan, der im März 2021 auf dem Nationalen Volkskongress verabschiedet wurde, wird die wachsende Bedeutung der Arktis (und auch der Antarktis, wo China bereits seit den 1980er-Jahren aktiv und seit 1985 Konsultativstaat des Antarktisvertrags ist) für Chinas Ziel, eine „maritime Großmacht“ zu werden, unterstrichen.<sup>24</sup> Beide Polarregionen werden in einem Atemzug mit der Tiefsee, dem Weltraum und dem Cyberspace als „strategic new frontiers“ ausgemacht, in denen China sich in Konkurrenz zu den USA und anderen Mächten längst in einem Kampf um Einfluss und die Gestaltung der Spielregeln wähnt und umfangreiche finanzielle Ressourcen bereitstellt.<sup>25</sup>



Die Nutzung der Nordostpassage durch Cargo-Schiffe steckt noch in der Frühphase und die Auslastung ist gering. Die Schiffe, die seit 2015 regelmäßig fahren, sind vor allem solche der chinesischen Reederei China COSCO Shipping Corporation. Im Jahr 2018 kam COSCO für sieben von insgesamt zwölf Frachtfahrten von Cargo-Schiffen auf, die die an der sibirischen Küste vorbeiführende Passage nutzten.<sup>26</sup> Diese spielt im Rahmen der Neuen-Seidenstraße-Initiative vor allem eine wichtige Rolle für den Transport von Erdgas von der russischen Anlage Yamal LNG nach China, ist im Winter aber nur unter Einsatz von Eisbrechern nutzbar.

## Bei der satellitenbasierten Navigation haben Russland und China erhebliche Schritte zur Integration ihrer Systeme vorgenommen.

### Russland und China: Die Arktis als Ort gemeinsamer strategischer Interessen?

Chinesische Staatsunternehmen halten 20 Prozent der vom russischen Energiekonzern Novatek kontrollierten Flüssigerdgasanlage Yamal LNG und sichern China zukünftig jährliche Lieferungen in Höhe von circa vier Millionen Tonnen Flüssiggas.<sup>27</sup> Die chinesische Beteiligung hilft Russland gleichzeitig beim Auf- und Ausbau der in der Region aufgrund der geografischen Bedingungen technisch komplizierten und kostenintensiven Förderung der Flüssiggasvorkommen. Im Zuge der geopolitischen Verwerfungen zwischen dem Westen und Russland haben die Energieausfuhren nach Asien und hier vor allem nach China für Moskau an Bedeutung gewonnen, sind ihm die westlichen Energieabnehmer doch im Rahmen der Sanktionen weitestgehend abhandengekommen. So stieg das Niveau der Energieimporte Chinas aus Russland seit Februar 2022 deutlich. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges lag der Wert der monatlichen Energieimporte Chinas aus Russland im Schnitt 20 Prozent höher als im Vorjahr.

China und Russland haben im vergangenen Jahrzehnt eine ganze Bandbreite an Forschungs- und Entwicklungsprojekten in der Arktis vorangebracht. Im Zentrum der wissenschaftlichen Initiativen stehen dabei Forschungseinrichtungen, die sowohl auf russischer als auch auf chinesischer Seite enge Anbindungen an das Militär aufweisen.<sup>28</sup> So widmen sich gemeinsame Aktivitäten beider Staaten unter anderem der Erforschung von Unterwasserakustik, einem als Schlüsseltechnologie geltenden Bereich zum Aufspüren von Marineaktivitäten. Auch im Bereich der satellitenbasierten Navigation haben beide Länder erhebliche Schritte zur Integration ihrer Systeme vorgenommen, was vor allem darauf hindeutet, dass sie auch im Austausch geheimdienstlicher Daten aktiv sind.<sup>29</sup>

Fast selbstverständlich wurden auch nach der russischen Invasion der Ukraine gemeinsame Militärmanöver der russischen und chinesischen Seestreitkräfte fortgesetzt. Bei den Übungen, die die beiden Militärs zusammen im September 2022 abhielten, standen beispielsweise die „Befähigung zu gemeinsamen taktischen Manövern, die Stärkung der gegenseitigen Kommunikation, Übungen mit Artilleriebeschuss und Flüge von schiffsgestützten Hubschraubern“ im Mittelpunkt.<sup>30</sup> Während Chinas wachsende Bedeutung in der Arktis keinesfalls immer kongruent mit Russlands Interessen verläuft, verstärken die wachsenden Abhängigkeiten Moskaus von Peking die gemeinsamen geostrategischen Ambitionen Chinas und Russlands, den Einfluss der USA auf die anderen Anrainerstaaten auszubalancieren und militärisch und wirtschaftlich die Kontrolle über weite Teile der polaren Seefahrtstraßen auszubauen.

### Die Arktis der Zukunft: Wie umgehen mit China?

In der deutschen und europäischen Diskussion ist die sicherheitspolitische Dimension der Arktis mit Russlands Ausgreifen und der gewachsenen russisch-chinesischen Zusammenarbeit mittlerweile in den Mittelpunkt gerückt. „So wird anerkannt, dass durch potenzielle Konflikte in der Arktis und die zunehmende Militarisierung der Region auch

deutsche Sicherheitsinteressen berührt werden.“<sup>31</sup> Die Schlussfolgerungen, die sich daraus ergeben, beinhalten deswegen auch, dass Europa sich stärker einbringen muss, insbesondere was die substanzielle militärpolitische Zusammenarbeit mit den Nordischen Ländern und die Stärkung der Resilienz der nordischen Gesellschaften angeht. Angebote zur Unterstützung sollten aktiv aus dem Kreis der EU- und NATO-Verbündeten gestaltet werden und den Fokus vor allem auf eine komplementäre Unterstützung der Anrainerstaaten, hier insbesondere der Nordischen Länder, legen. Deutschland kann hier einen wichtigen Beitrag, unter anderem im Rahmen des Strategischen Kompasses der EU, leisten und damit unterstreichen, dass die Verbündeten aktiv darin unterstützt werden, die regelbasierte Ordnung und freie Navigation in den internationalen Gewässern der Arktis zu verteidigen.

Gerade mit Blick auf die intensiven Bemühungen Chinas, gemeinsam mit Russland initiierte Forschungsvorhaben voranzutreiben, die eine Über- und Umsetzung maritimer und nautischer Fähigkeiten in die militärische Anwendung erlauben, müssen die langfristigen Intentionen Chinas (hier im Zusammenspiel mit Russland) erkannt werden, das Machtgefüge im arktischen Raum, aber auch in der Ostsee und im Nordatlantik zu verändern. Dies trifft insbesondere auf die strategische Konzentration der chinesischen Marine auf die maritimen Handels- und Verkehrswege in diesen wichtigen Gewässern zu.

Deswegen bleibt es von fundamentaler Bedeutung, Informationen und Erfahrungen aus unseren eigenen Diskussionen mit China mit jenen Beobachtungen zu verknüpfen, aus denen sich die machtpolitischen Absichten Chinas ablesen lassen. Dazu zählt auch Chinas Vorgehen in der eigenen Nachbarschaft – mit Blick auf Taiwan sowie das Ost- und Südchinesische Meer. Diese hier ablesbaren Mechanismen müssen systematisch analysiert und herausgearbeitet werden. Sie geben zwar noch keinen Hinweis darauf, wie weit die Volksrepublik gewillt ist, auch im arktischen Raum die eigenen Interessen so offen zu formulieren und militärisch zur Schau zu stellen. Sie

lassen aber Rückschlüsse zu, inwieweit China bereit ist, die USA und das westliche Bündnis auch in anderen Regionen offensiv herauszufordern. Sie bieten außerdem Aufschluss darüber, mit welchen Methoden es China gelingt (oder eben auch nicht), Forderungen gegenüber Anrainerländern geltend zu machen.

Nicht zuletzt mit dem 20. Parteitag der Kommunistischen Partei im November 2022 zeichnet sich deutlich ab, dass sich das Denken der Führung in Peking weiter entlang der Hauptkategorien „gesellschaftliche/nationale Stabilität“ und „nationale Sicherheit“ orientiert. Im Kern bleibt die Kommunistische Partei Chinas in ihrem ideologischen Gefängnis stecken. Sie sieht sich in einem „Kampf mit dem Westen“. Eine Schlussfolgerung muss deshalb sein, dass Kooperation mit China in internationalen, auch regionalen Themenfeldern kaum möglich sein wird, ohne die strategischen Interessen Chinas im Kern zu verstehen und einordnen zu können.

Mit Blick auf das wachsende Engagement Chinas in der Arktis heißt das, dass die EU gefordert ist, die Nordischen Länder auch auf Basis der nachrichtendienstlichen Vernetzung darin zu unterstützen, Chinas maritime Fähigkeiten und die sich daraus speisenden chinesischen Machtprojektionen realistisch einordnen zu können. Gerade mit Blick auf die Verkürzung von Handelswegen über die Polarrouten (hier vor allem über die Nordostpassage) und das Einsparpotenzial beim CO<sub>2</sub>-intensiven maritimen Gütertransport müssen Deutschland und Europa alles daran setzen, beim Aufbau der satellitengestützten Navigationsfähigkeiten zur Erfassung der Arktis nicht ins technologische Hintertreffen zu geraten. Hier gilt es, die eigenen Navigationsfähigkeiten substanziell zu verbessern und so aufzustellen, dass sie im Falle eines Konflikts nicht einfaches Ziel militärisch-hybrider Operationen werden können.

---

**David Merkle** ist Länderreferent für China in der Abteilung Asien und Pazifik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 1 Tucker, Julian/Nordin, Johannes 2021: China and the Nordics: Tracing Trends in Relations, S.55, in: <https://bit.ly/3YfRBd0> [02.03.2023].
- 2 Grieger, Gisela 2018: China's Arctic policy – How China aligns rights and interests, Briefing, Europäisches Parlament, 24.04.2018, in: <https://bit.ly/31CxWy2> [02.03.2023].
- 3 Alfred-Wegener-Institut (AWI): Ein Jahr eingefroren im Nordpolarmeer, in: <https://bit.ly/3mhUjKO> [02.03.2023].
- 4 Tucker/Nordin 2021, N. 1, S. 54.
- 5 Nakano, Jane/Li, William 2018: China Launches the Polar Silk Road, Center for Strategic & International Studies, 02.02.2018, in: <https://bit.ly/3KVOC6x> [02.03.2023].
- 6 Deutsche Welle 2012: 中国在北极的利益 (Chinas Interessen in der Arktis), in: <https://p.dw.com/p/14krM> [02.03.2023].
- 7 Staatsrat der VR China 2018: China's Arctic Policy, 26.01.2018, in: <https://bit.ly/3J5WXmx> [02.03.2023].
- 8 Ebd.
- 9 Descamps, Maud 2019: The Ice Silk Road: Is China a „Near-Arctic-State“, Institute for Security and Development Policy, 02/2019, in: <https://bit.ly/3YeUWZy> [02.03.2023].
- 10 Staatsrat der VR China 2018, N. 7.
- 11 Ebd.
- 12 Doshi, Rush/Dale-Huang, Alexis/Zhang, Gaoqi 2021: Northern expedition: China's Arctic activities and ambitions, Brookings, 04/2021, in: <https://bit.ly/3YcgYfO> [02.03.2023].
- 13 Silk Road Briefing 2021: New Polar Silk Roads Discussed At The Arctic Circle Assembly, 19.10.2021, in: <https://bit.ly/3kQonDS> [02.03.2023].
- 14 Grieger 2018, N. 2; EU 2018: Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen, in: <https://bit.ly/3y59xw8> [02.03.2023].
- 15 Andersson, Patrik/Kalvig, Per/Pram Gad, Ulrik 2022: Chinese companies in Arctic mining are gaming the master plan, DIIS Policy Brief, Danish Institute for International Studies, 23.05.2022, in: <https://bit.ly/3SKWQjQ> [02.03.2023].
- 16 Moraca, Sara 2021: Der Kampf um Grönlands Bodenschätze, 10.04.2021, in: <https://bit.ly/3U2duvP> [03.04.2023].
- 17 Foreign Affairs Committee 2022: China Regional Snapshot: Arctic, 25.10.2022, in: <https://bit.ly/3kMQbZD> [02.03.2023].
- 18 Cepinskyte, Agne/Paul, Michael 2020: Großmächte in der Arktis. Die sicherheitspolitischen Ambitionen Russlands, Chinas und der USA machen einen militärischen Dialog erforderlich, SWP-Aktuell 2020/A 50, Stiftung Wissenschaft und Politik, 18.06.2020, in: <https://bit.ly/400ScRd> [06.03.2023].
- 19 Doshi/Dale-Huang/Zhang 2021, N. 12, S. 4.
- 20 Ebd.
- 21 Brady, Anne-Marie 2017: China as a polar great power, Chapter 1: Introduction, The rise of a new polar power, Cambridge University Press.
- 22 Ebd. Siehe auch: Puranen, Matti/Kopra, Sanna 2022: Finland and the Demise of China's Polar Silk Road, China Brief 22: 24, Jamestown Foundation, 30.12.2022, in: <https://bit.ly/3J5F8nT> [02.03.2023].
- 23 Siehe Übersicht strategischer Schwerpunkte: Deutsches Arktisbüro 2022: Sicherheitspolitik in der Arktis. Abriss einer Analyse, AWI, 10/2022, S. 2, in: <https://bit.ly/3JirZii> [20.03.2023].
- 24 Lanteigne, Marc 2021: The Polar Policies in China's New Five-Year Plan, The Diplomat, 12.03.2021, in: <https://bit.ly/3y5nvhO> [02.03.2023].
- 25 Andersson/Kalvig/Pram Gad 2022, N. 15.
- 26 Latz, Lukas 2021: Chinas polare Seidenstraße entwickelt sich nur langsam, Germany Trade & Invest, 04.05.2021, in: <https://bit.ly/3EQ6wDF> [02.03.2023]; Nakano/Li 2018, N. 5.
- 27 Ebd.
- 28 Jüris, Frank 2022: Sino-Russian Scientific Cooperation in the Arctic: From Deep Sea to Deep Space, in: Kirchberger, Sarah/Sinjen, Svenja/Wörmer, Nils (Hrsg.) 2022: Russia-China Relations: Emerging Alliance or Eternal Rivals?, S.185–202, in: <https://bit.ly/3KNZEKU> [02.03.2023].
- 29 Grady, John 2022: China, Russia Quietly Expanding Arctic Partnership, Says Panel, U.S. Naval Institute, 11.10.2022, in: <https://bit.ly/3mkk8kn> [02.03.2023].
- 30 Juecheng, Zhao 2022: Normal China-Russia military cooperation aimed at maintaining peace: expert, Global Times, 28.09.2022, in: <https://bit.ly/3IKLRsz> [02.03.2023].
- 31 Deutsches Arktisbüro 2022, N. 23, S. 2.



**FREUNDESKREIS**  
der Konrad-Adenauer-Stiftung

# Gemeinsam mehr erreichen

---

## *Der Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

Die Förderer des Freundeskreises gehören zur „Familie“ und stehen in regelmäßigem Austausch mit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie erhalten kostenlos aktuelle und wissenswerte Informationen zur Stiftungsarbeit im In- und Ausland. Exklusiv für den Freundeskreis bietet die Stiftung Seminare und regionale Veranstaltungen wie Stammtische mit hochkarätigen Referenten an. Im Rahmen von politischen Studienreisen – unterstützt vom internationalen Netzwerk der Stiftung – bekommen die Förderer einmalige Einblicke und unvergessliche Eindrücke der besuchten Länder und ihrer Politik, Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

Als Förderer im Freundeskreis tragen Sie dazu bei, die Leistungsfähigkeit und hohe Qualität des Angebots der Konrad-Adenauer-Stiftung langfristig zu sichern. Wir bedanken uns für Ihr Engagement!

Weitere Informationen über den Freundeskreis und den jährlichen Förderbeitrag finden Sie unter [www.kas.de/freundeskreis](http://www.kas.de/freundeskreis).

### ***Ihre Ansprechpartnerin:***

Dr. Christine Wagner

Telefon: 030/26996-3256

Telefax: 030/26996-53256

[christine.wagner@kas.de](mailto:christine.wagner@kas.de)

Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Klingelhöferstraße 23 | 10785 Berlin



# Was die Staaten (offiziell) in der Arktis wollen

Die USA haben eine, genauso Russland. Auch Norwegen und Finnland haben sie: eine offizielle Arktisstrategie. Aber nicht nur Arktisanrainerstaaten haben ihre Ziele und Prioritäten mit Blick auf die nördliche Polarregion schriftlich festgehalten. Auch Staaten, die mehr oder weniger weit vom Polarkreis entfernt liegen, haben solche Strategiepapiere beschlossen, so beispielsweise China und Indien, aber auch Deutschland.

Dass alle Länder bekunden, den Klimawandel auch in der Arktis ernst zu nehmen, Ressourcen nachhaltig nutzen und das Völkerrecht in allen die Region betreffenden Fragen achten zu wollen, kann nicht überraschen. Neben praktisch überall anzutreffenden Allgemeinplätzen bieten diese Strategiepapiere durch ihre Akzentsetzungen aber auch einige interessante Einblicke in die jeweils unterschiedlichen Motive für das Engagement in der Region – oder in das Bild, das sie davon zeichnen wollen.

Ende 2022 veröffentlichten die USA die derzeit jüngste der hier betrachteten Strategien. Der Unterschied zur ältesten hier aufgeführten Strategie – der dänischen aus dem Jahr 2011 – ist besonders mit Blick auf sicherheitspolitische Aspekte deutlich. Taucht Russland in dem dänischen Papier noch als Partner auf, durchzieht die Reaktion auf Russlands Krieg gegen die Ukraine das US-Papier.

Aber auch ohne solche Zeitunterschiede setzen die Strategien unterschiedliche Schwerpunkte: Von der innenpolitischen Konzentration auf die Anliegen von Indigenen (Kanada) bis zum Primat von Sicherheit und wirtschaftlicher Nutzung (Russland), von einem wertebasierten (Schweden) bis zu einem betont nüchtern-interessengeleiteten Ansatz (Norwegen) reicht die Skala. Ein Überblick:

## Dänemark (2011)

*„[...] hoffentlich ein für alle Mal den Mythos vom Wettlauf zum Nordpol zu zerstören.“*

- Strategie eigentlich für Zeitraum bis 2020 vorgesehen; Neufassung aber nach wie vor nicht veröffentlicht
- Gemeinsames Papier Dänemarks und der Regierungen der Färöer-Inseln und Grönlands, die auf relevanten Feldern (etwa Ressourcennutzung) eigene Kompetenzen haben
- Im Vergleich zu neueren Strategien optimistischer Ton mit Blick auf Sicherheit in der Arktis
- Betonung vertrauensbildender Maßnahmen; aber auch Ziel, eine „Arctic Response Force“ aus den Reihen der eigenen Streitkräfte zu etablieren
- Kooperation mit Russland soll ausgeweitet werden; auch zunehmendes Engagement

## China (2018)

*„Als Vorreiter für die Entwicklung einer Gemeinschaft für eine geteilte Zukunft der Menschheit hat China [...] keine Mühen gescheut, sein Wissen für die Entwicklung der Arktisregion einzubringen.“*

- Ableitung eines Mitspracherechts in Arktisangelegenheiten aus dem Einfluss des Klimawandels in der Arktis auf Ökosysteme in China
- Selbstbezeichnung als „Fast-Arktisstaat“
- Eigenes Engagement in der Arktis streckenweise als geradezu altruistisch angepriesen; Grundprinzipien seien „Respekt“, „Zusammenarbeit“, „Win-Win-Ergebnisse“ und „Nachhaltigkeit“
- Aufbau einer „Polaren Seidenstraße“ gemeinsam mit interessierten Partnern als Ziel; staatliche wie private chinesische Akteure zu Investitionen in Transportinfrastruktur und Erschließung sowie Ausbeutung von Öl-, Gas- und Metallvorkommen ermuntert – unter Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien

nordostasiatischer Staaten wird grundsätzlich optimistisch betrachtet

- Schnelle Klärung von Gebietsansprüchen Dänemarks mit Blick auf Festlandssockel vor Grönland angestrebt
- Nutzung fossiler und mineralischer Ressourcen – insbesondere in Grönland – unter Beachtung der Nachhaltigkeit befürwortet; auch begrenzter Walfang auf den Färöer-Inseln und Grönland soll möglich sein
- Allgemeine Außen- und Sicherheitspolitikstrategie aus dem Januar 2022 trägt bereits verschärfter Sicherheitslage Rechnung: Russland als Quelle von Spannungen benannt; „Arctic capacity package“ für Streitkräfte angekündigt

→ <https://bit.ly/3FlkA8x>

- UN-Seerechtsübereinkommen und insbesondere die darin enthaltenen Vorgaben für freien Seeverkehr aus Chinas Sicht Mittelpunkt der Arktis-Governance – nicht der Arktische Rat, in dem China kein Vollmitglied ist
- Sicherheitspolitik weitgehend ausgespart, lediglich allgemeines Bekenntnis zu friedlicher Entwicklung auf Grundlage des Völkerrechts

→ <https://bit.ly/3mOQEeD>

**„Die natürlichen Gegebenheiten der Arktis und deren Veränderungen wirken sich direkt auf die natürliche Umwelt sowie die Arbeit und das Leben der Menschen in China aus. [...] Dies ist eine unbestreitbare geografische, natürliche und soziale Realität.“**

—  
Zhao Lijian, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, bei einer Pressekonferenz am 31.08.2022. Quelle: <https://bit.ly/3Kuy6tA>

## 🇨🇦 Kanada (2019)

*„Kanada sieht eine Zukunft, in der die Menschen in der Arktis und im Norden vollwertige Teilnehmer der kanadischen Gesellschaft sind.“*

- Die Situation der indigenen Einwohner nimmt in der Arktisstrategie Kanadas breiten Raum ein; Verbesserung der Lebensverhältnisse und mehr Teilhabe als Ziel; Aussöhnung ist wichtiges Anliegen
- Status der Nordwestpassage als kanadisches Gewässer wiederholt hervorgehoben

## 🇩🇪 Deutschland (2019)

*„Mit diesen Arktisleitlinien übernimmt die Bundesregierung größere Verantwortung für den Arktischen Raum, um diesen für die Zukunft nachhaltig zu gestalten.“*

- Klima, Umwelt, Nachhaltigkeit und Forschung im Mittelpunkt der deutschen Arktisstrategie
- Mit Blick auf Ressourcennutzung in der Arktis eher restriktiv, wiederholte Forderung nach Ausweisung weiterer Schutzgebiete; dennoch Bekenntnis „zur Einbindung der Arktis in eine diversifizierte Ressourcensicherung“

## 🇸🇪 Schweden (2020)

*„Menschen, Frieden und Klima stehen im Mittelpunkt der schwedischen Arktispolitik.“*

- Wertebasierte Strategie: Stärkung von Menschenrechten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit in der gesamten internationalen Kooperation zur Arktis, Förderung von Geschlechtergerechtigkeit, Bezug auf „feministische Außenpolitik“
- Beziehungen zu Deutschland wird bei Arktisthemen besondere Relevanz zugeschrieben
- Veränderte sicherheitspolitische Lage in der Arktis klar benannt; Region wie in Zeiten des Kalten Krieges „Trennlinie zwischen westlichen Staaten und Russland“; Strategie sieht

- Verweis auf veränderte sicherheitspolitische Lage in der Arktis; Region „von entscheidender Bedeutung für Sicherheit Kanadas und Nordamerikas“; kanadische Armee wird Teilnahme an multinationalen Übungen in der Region verstärken; Ausweitung militärischer Präsenz und Modernisierung des gemeinsam mit den USA betriebenen North American Aerospace Defense Command (NORAD)

→ <https://bit.ly/3YGMiDx>

- Einsatz für „freie Schifffahrt in arktischen Gewässern“ gemäß UN-Seerechtsübereinkommen
- Abschnitt zu Sicherheitspolitik vergleichsweise kurz, unkonkret und unentschieden: Urheber zunehmender Spannungen nicht namentlich genannt („Mehrere Staaten“); NATO und EU sollen sich der sicherheitspolitischen Bedeutung der Arktis stärker widmen, aber: „Jedwede Militarisierung der Arktis lehnt die Bundesregierung ab.“

→ <https://bit.ly/3I76LDJ>

- Risiko eines Rüstungswettlaufs und plädiert für aufmerksamen Blick auf China und mögliche militärische Zusammenarbeit der Volksrepublik mit Russland bezüglich der Arktis; eigene militärische Fähigkeiten in Nordschweden sollen weiter gestärkt werden
- Kampf gegen Klimawandel und für Umweltschutz wird große Bedeutung beigemessen; eher zurückhaltende Position zu möglicher Förderung von Bodenschätzen; Forderung nach „robusten Regulierungen“ für ein Höchstmaß an Sicherheit bei Öl- und Gasförderung
- Bemühung um „Wiedergutmachung und Versöhnung“ mit dem indigenen Volk der Samen

→ <https://bit.ly/3ZFR6u8>

## Russland (2020)

„[...] ein strategisches Planungsdokument zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation [...] und zur Verteidigung der nationalen Interessen der Russischen Föderation in der Arktis.“

- Strategie definiert zentrale „nationale Interessen“ Russlands in der Arktis, darunter die Sicherung der „Souveränität und territorialen Integrität“, Erhalt der Arktis als „Gebiet des Friedens, der Stabilität und Partnerschaft zum gegenseitigen Nutzen“ sowie die Entwicklung des Nördlichen Seewegs
- Bedrohungen und Herausforderungen für „nationale Sicherheit“: Bevölkerungsrückgang in russischer Arktis, unzureichende Entwicklung, militärische Aufrüstung anderer Staaten sowie „Handlungen anderer Staaten und/oder internationaler Organisationen“, die „legitime ökonomische oder anderweitige Aktivitäten“ Russlands in der Arktis behinderten
- Im wirtschaftlichen Bereich Fokus auf Nutzbarmachung von Ressourcen, Ziele dabei unter anderem: Ausweitung privater Investitionen („unter Aufrechterhaltung der staatlichen Kontrolle über den operativen Prozess“), Verbesserung der Infrastruktur an mit dem Nördlichen Seeweg verbundenen

## Norwegen (2021)

„Norwegens Arktispolitik konzentriert sich auf Sicherheit, Stabilität und interessenbasierte internationale Kooperation.“

- Nüchtern-pragmatische Ausrichtung; klare Hervorhebung nationaler Interessen in Bereichen Wirtschaft und Sicherheit
- Stärkung der Verteidigungsfähigkeit in der Arktis zentrales Anliegen; Investitionen in Kampfflugzeuge, Seeaufklärer, U-Boote; zudem Betonung der Bedeutung von Militärübungen mit den USA und anderen Verbündeten
- NATO als „Eckpfeiler der Sicherheit Norwegens“; Sicherheit basiert auf der „Garantie der

„Es ist seit Langem für jeden absolut klar, dass das unser Gebiet, unser Land ist [...]. Wir sind verantwortlich dafür, sicherzustellen, dass unsere arktische Küste sicher ist [...].“

Sergei Lawrow, russischer Außenminister, bei einer Pressekonferenz in Moskau im Mai 2021.  
Quelle: <https://bit.ly/3ZUObNL>

- Umschlagplätzen für Bodenschätze, Steigerung der Öl- und Gasförderung
- Ziel einer Verbesserung der militärischen Schlagkraft in der Arktis sowie der Errichtung und der Modernisierung militärischer Infrastruktur
- Besonderheit: Strategie formuliert am Ende Indikatoren für Messung der Umsetzung der Ziele, darunter: Lebenserwartung in der Arktis, Arbeitslosenrate, Anteil der Rohstoffförderung, Volumen der LNG-Produktion oder Anteil moderner Waffen in der Region

→ <https://bit.ly/3Jk4TQm>

Unterstützung durch verbündete Länder im Kriegs- oder Krisenfall“

- Verweis auf Veränderung vormals kooperativer Beziehungen zu Russland etwa durch Krim-Annexion; Modernisierung und Aufrüstung des russischen Militärs als „Herausforderung für Norwegen und verbündete Länder“; gleichwohl Betonung der Relevanz von Spannungsabbau
- Betonung des Potenzials arktischer Ressourcen für Wertschöpfung; Unterstützung für Nutzbarmachung neuer Förder- und Abbaugebiete für Öl, Gas und Erze

→ <https://bit.ly/3ZEbOug>

## 🇳🇮 Island (2021)

*„Island ist der einzige Arktisstaat, von dem man sagen kann, dass er komplett innerhalb der Arktis liegt [...].“*

- Islands Arktisstrategie in Form einer Parlamentsresolution mit angehängtem erläuternden Memorandum
- Wachsendes Interesse auswärtiger Staaten an der Arktis grundsätzlich positiv betrachtet, solange diese sich an das Völkerrecht halten und den „Status der acht Arktisstaaten“ achten
- Im Bereich Sicherheitspolitik wird Russland als Hauptauslöser wachsender Spannungen ausgemacht; Russland zwar mit legitimen

Sicherheitsinteressen in der Region, Aktivitäten aber deutlich umfassender als zu deren Wahrung nötig

- NATO-Mitgliedschaft und Sicherheitsvereinbarung mit den USA für Island als Staat ohne dauerhafte Armee Hauptsäulen der Verteidigung
- Mit Blick auf Ressourcennutzung eher vorsichtig und mit Priorität auf Umweltschutz; gleichzeitig Bestreben, bei möglichen neuen wirtschaftlichen Chancen durch schmelzendes Eis nicht außen vor zu bleiben

→ <https://bit.ly/3T8DG7z>

## 🇫🇮 Finnland (2021)

*„Durch die gesamte finnische Zusammenarbeit in der Arktis zieht sich das Bestehen auf der Einhaltung der Prinzipien von nachhaltiger Entwicklung, Gleichberechtigung der Geschlechter und Nicht-Diskriminierung.“*

- Vier Prioritäten: Klimawandel, Einwohner, Expertise, Infrastruktur/Logistik; Sicherheit lediglich in Einleitung behandelt
- Für alle Ziele und Maßnahmen expliziter Bezug zu UN-Nachhaltigkeitszielen hergestellt
- Sicherheitspolitische Aussagen in Einleitungsteil eher zurückhaltend: Russland als Quelle erhöhter Spannungen genannt; neben Bezug auf Rolle der eigenen Streitkräfte und der NATO aber Betonung von Dialog und vertrauensbildenden Maßnahmen

- Restriktiver Standpunkt mit Blick auf fossile Brennstoffe aus der Arktis: Erschließung neuer Vorkommen wäre „unvereinbar“ mit den im Pariser Klimavertrag genannten Zielen
- Plan, eine Wahrheits- und Versöhnungskommission für das indigene Volk der Samen einzurichten
- Nutzung finnischer Expertise beim Wirtschaften unter extrem kalten Wetterbedingungen fördern

→ <https://bit.ly/4049ywg>

## 🇪🇺 Europäische Union (2021)

*„Das umfassende Engagement der EU bei arktischen Angelegenheiten ist eine geopolitische Notwendigkeit.“*

- Kampf gegen Klimawandel und Umweltzerstörung nimmt wichtige Stellung ein; Stärkung der „Widerstandsfähigkeit der Arktis“ unter anderem durch Umweltvorschriften, aber auch die Forderung nach einem Verzicht auf die Förderung von Öl, Kohle und Gas in der Region; Reduzierung eigener Rußemissionen
- EU strebt nach offiziellem Beobachterstatus im Arktischen Rat
- Ankündigung der Einrichtung eines Büros der Europäischen Kommission in Nuuk für den Ausbau der Beziehungen mit Grönland
- Arktisstaaten als „potenziell bedeutende Lieferanten“ für wichtige Bodenschätze, auch um Abhängigkeiten etwa von China zu reduzieren; Zugang zu ausreichenden Ressourcen für „strategische Autonomie“ der EU von „entscheidender Bedeutung“

→ <https://bit.ly/3YHnnQi>

**„Die Arktis verändert sich rasant wegen der Erderwärmung, eines stärkeren Wettbewerbs um natürliche Ressourcen und geopolitischer Rivalitäten. Das zeigt, dass Europa seine geopolitischen Interessen breit definieren muss, um Stabilität, Sicherheit und friedliche Zusammenarbeit in der Arktis zu fördern.“**

Josep Borrell, Hoher Repräsentant der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, 13.10.2021. Quelle: <https://bit.ly/3MjfnCr>

## Indien (2022)

*„Die Polarforschung in Einklang mit dem dritten Pol – dem Himalaja – zu bringen.“*

- Rechtfertigung des Anspruchs auf Mitsprache: Veränderungen in der Arktis – insbesondere die Eisschmelze – mit enormen Auswirkungen auf Indiens nationale Entwicklung; zudem große Synergien zwischen Arktisforschung und indischer Erfahrung mit Forschung im Himalaja, dem „dritten Pol“
- Wissenschaft und Forschung mit viel Raum in Indiens Arktisstrategie; konkrete Zielsetzungen wie etwa Ausweitung der bisherigen 180-Tage- auf eine Ganzjahrespräsenz in der indischen Forschungsbasis Himadri
- Erkundung und Förderung von Rohstoffen – etwa fossile Brennstoffe und Mineralien – generell in eher positivem Licht; Ermutigung an staatliche und private Akteure in Indien, entsprechende Investitionen zu tätigen
- Eher indirekte Forderung, die arktischen Seewege für die internationale Schifffahrt frei zu halten („Wahrung des Völkerrechts und insbesondere des UN-Seerechtsübereinkommens, einschließlich der dort enthaltenen Rechte und Freiheiten“)
- Kurzer und recht unkonkreter Abschnitt zum Thema Sicherheit („Sicherheit und Stabilität in der Arktis in Einklang mit internationalen Abkommen stärken“)

→ <https://bit.ly/3l33o0N>

## USA (2022)

*„[Die Strategie] erkennt auch den zunehmenden strategischen Wettbewerb in der Arktis seit 2013 an, der durch Russlands unprovokierten Krieg in der Ukraine verschärft wurde [...]“*

- Vier Säulen: Sicherheit, Klimawandel und Umweltschutz, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, internationale Kooperation und Governance
- Politik gegenüber Russland wichtiger Aspekt: Russland rüste militärisch auf, entwickle neue ökonomische Infrastruktur und wolle die freie Durchfahrt durch „exzessive maritime Ansprüche entlang des Nördlichen Seewegs“ einschränken
- Abschreckung zentraler Bestandteil der sicherheitspolitischen Ausrichtung; Ausweitung der Kooperation mit Verbündeten und Verstärkung der militärischen Präsenz; gleichzeitig Betonung der Bedeutung von Risikominimierung und Vorbeugung ungewollter Eskalation
- Verschiedene „strategische Ziele“ im Bereich Klimaschutz, darunter Unterstützung lokaler Gemeinschaften bei Adaption an und Resilienz gegenüber Klimawandel, Ausweitung der Klimawandelforschung, Schutz arktischer Ökosysteme
- Stärkung der Resilienz US-amerikanischer Lieferketten durch Erkundung des Potenzials für den „nachhaltigen und verantwortungsvollen“ Abbau von wichtigen Bodenschätzen

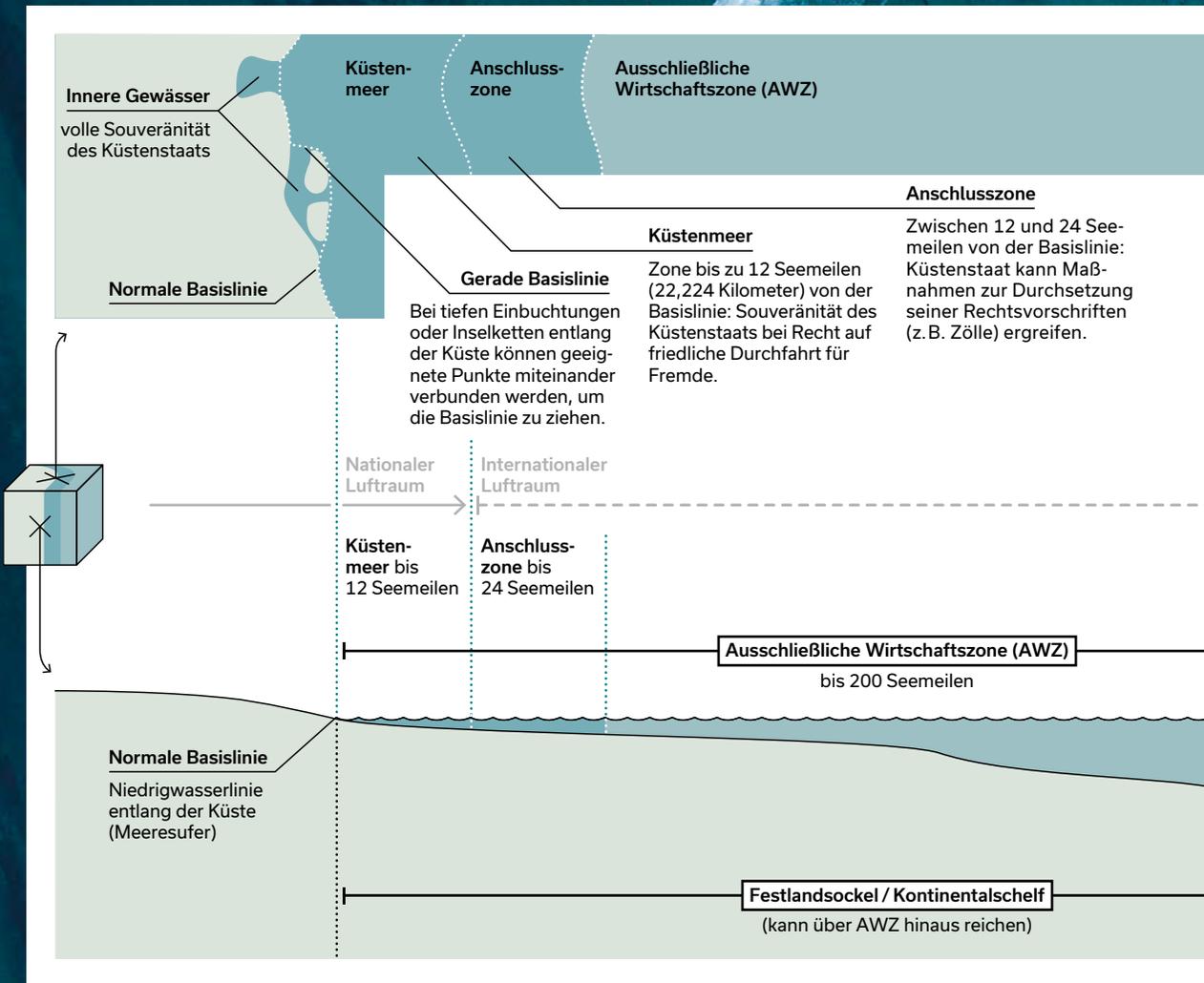
→ <https://bit.ly/3YD51Qx>

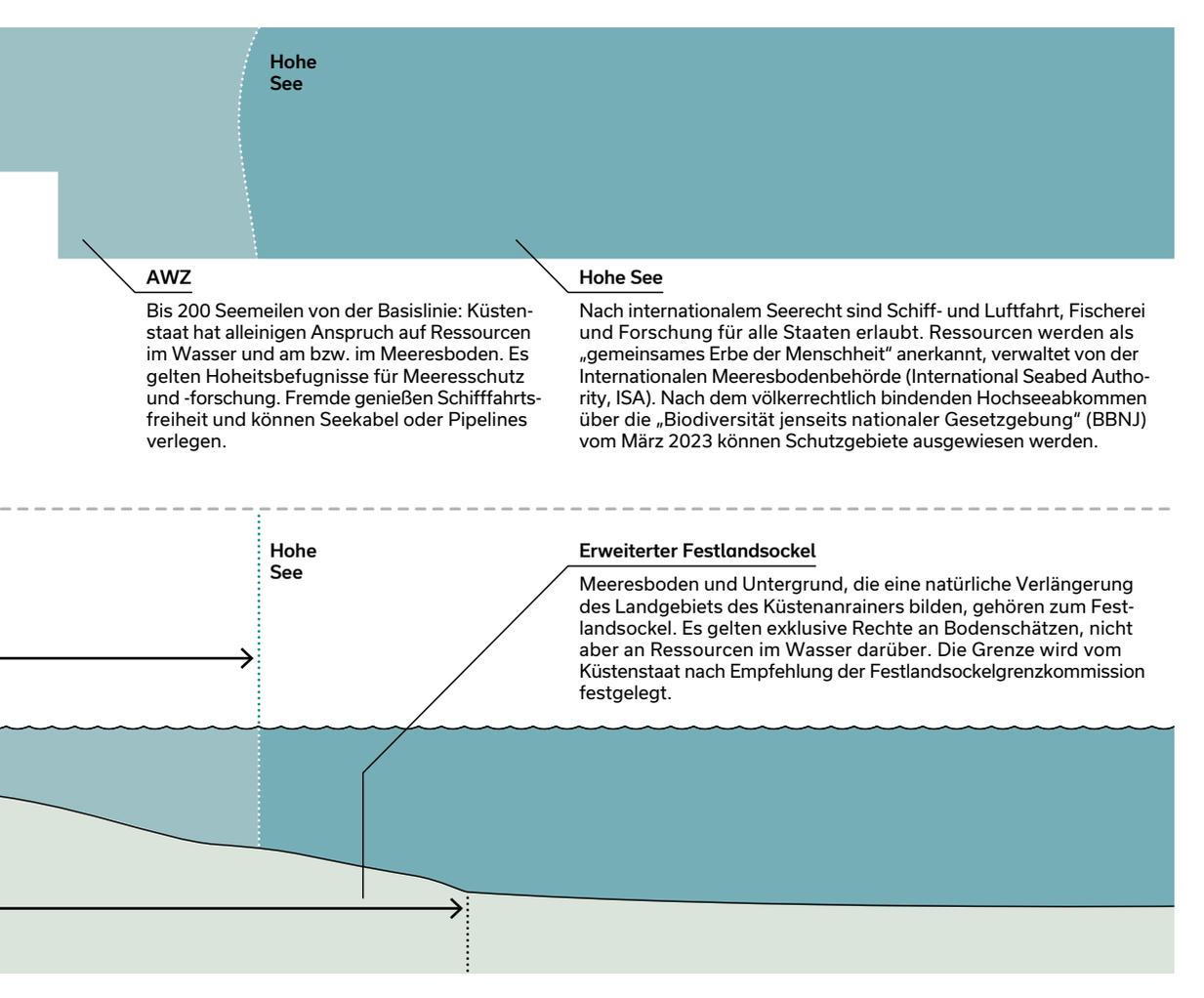
### **„Die Arktis als Region des strategischen Wettbewerbs hat weltweite Aufmerksamkeit erregt [...]“**

Antony Blinken, US-Außenminister, beim Ministertreffen des Arktischen Rates am 20.05.2021. Quelle: <https://bit.ly/3zw3u4l>



# Maritime Rechtszonen nach dem UN-Seerechtsübereinkommen





Quellen Infografik: eigene Darstellung nach UN 1998: Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen und Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI des Seerechtsübereinkommens (Übersetzung), 23.06.1998, in: <https://bit.ly/2tyUWse> [10.02.2023]; Löschke, Sina et al. 2019: Die Arktis und die Antarktis als politische Arenen, World Ocean Review 6: Arktis und Antarktis – extrem, klimarelevant, gefährdet, S. 244, in: <https://bit.ly/3MIY1VD> [22.02.2023].



Foto: © J. Scott Applewhite, AP Picture alliance

Die Arktis. Zwischen Konflikt und Kooperation

# Der nordamerikanische Blick auf die Arktis

Wie Kanada und die USA auf Veränderungen  
im hohen Norden reagieren

Norbert Eschborn

Als der legendäre US-amerikanische Marinestratege Alfred Thayer Mahan Ende des 19. Jahrhunderts die doktrinären Grundlagen der US-Marine mit ihrem zentralen Prinzip der maritimen Dominanz definierte, kam die Arktis darin noch nicht vor. Durch den Wiederaufbau russischer maritimer Kapazitäten nach dem Kalten Krieg und die parallel forcierten chinesischen Ambitionen, die US-amerikanische Hegemonialmacht überall herauszufordern, ändert sich jedoch die Bedeutung der Arktis sowohl für die USA als auch für Kanada signifikant. Das stellt beide Arktisanrainerstaaten in ihrer Sicherheitspolitik vor große Herausforderungen.<sup>1</sup>

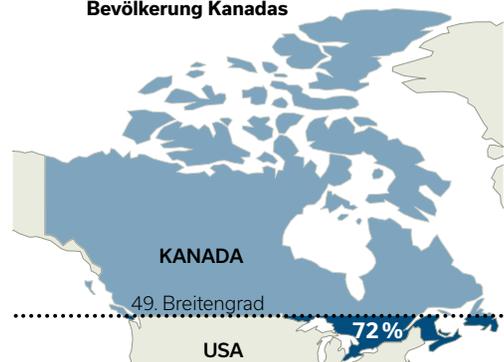
Die Verteidigung des Nordatlantiks beginne in der Arktis, unterstrich der Kommandeur der Zweiten US-Flotte, Vizeadmiral Daniel Dwyer, in einem Podcast eines kanadischen Thinktanks im Sommer 2022.<sup>2</sup> Historisch umfasste das Einsatzgebiet der in Norfolk/Virginia beheimateten Zweiten Flotte immer auch den Nordpol und Teile der Arktis.<sup>3</sup> Die Reaktivierung der Flotte im Jahr 2018 (nach ihrer Deaktivierung 2011) spiegelt wie kaum eine andere Maßnahme die finale Erkenntnis einer neuen geopolitischen Realität beziehungsweise eine veränderte Bedrohungsperson in den USA wie auch in Kanada wider.

### Die „arktische Nation“ Kanada

Aus kanadischer Sicht ist die Arktis seit dem Beginn des Kalten Krieges eine der kritischsten und wichtigsten strategischen Zonen. Das Ende jenes Konflikts trug zunächst zu dem Eindruck bei, dass einige der geopolitischen Faktoren, die die Arktis zu einer so gefährlichen Zone gemacht hatten, verschwunden seien – und für kurze Zeit war dies wohl auch der Fall. Aber mit der Machtübernahme Wladimir Putins und der darauf folgenden Entscheidung, die Arktis zu militarisieren, hat sie ihre zentrale Bedeutung im internationalen System als Zone der strategischen Interaktion wiedererlangt. Russlands aggressiveres militärisches Auftreten seit der Annexion der Krim im Jahr 2014 und noch mehr der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine seit Februar 2022 haben diese kanadische Bewertung verstärkt.

Kanada ist flächenmäßig das zweitgrößte Land der Welt nach Russland und hat sechs Zeitzonen. Von Toronto aus fliegt man weiter zum Nordpol als zum Äquator. Dennoch sehen sich die Kanadier selbst als arktische Nation. Diese Eigenwahrnehmung findet sich bereits in der Nationalhymne<sup>4</sup>, und nicht selten stellen Repräsentanten des Staates in ihren Verlautbarungen heraus, man sei ein nördliches Volk.<sup>5</sup> Zumindest rhetorisch scheint Kanada daher eine starke Bindung an die Arktis zu haben. Die überwiegende Mehrheit, etwa 95 Prozent der Bevölkerung, lebt indes innerhalb einer 400 Kilometer breiten Zone entlang der Grenze zu den USA, 72 Prozent sogar in einer sehr kleinen Zone südlich des 49. Breitengrads<sup>6</sup>, der zum Teil die US-kanadische Grenze markiert – mithin also weit entfernt von arktischen Gefilden.

**Abb. 1: Geografische Verteilung der Bevölkerung Kanadas**



Quelle: eigene Darstellung nach Allison 2021, N. 6.  
Karte: Natural Earth ©.

Auch deshalb sind die drei nördlichen Provinzen und Territorien Kanadas (Nunavut, die Northwest Territories und Yukon) für die kanadische Politik oft nicht wirklich attraktiv. Sie erregen gelegentlich politische Aufmerksamkeit, provozieren aber kaum einmal politisches Handeln. Das gilt auch hinsichtlich sicherheitspolitischer Aspekte – trotz der strategischen Bedeutung der Region: Obwohl eine Regierung nach der anderen Lippenbekenntnisse zur Entwicklung des Nordens abgegeben hat, ist in der Realität häufig nicht viel davon zu sehen. Die USA erinnern Kanada regelmäßig daran, dass es seine Souveränität in der Arktis auch ausüben sollte, wenn es sie beansprucht. Der frühere, von 2006 bis 2015 amtierende, konservative Premierminister Stephen Harper fuhr zumindest jeden Sommer in den Norden, um an der jährlichen Militärübung „Operation Nanook“ teilzunehmen. Sein Nachfolger, Premierminister Justin Trudeau von den Liberalen, ist diesem Beispiel bisher nicht gefolgt.

### Die Arktisstrategie Kanadas

Kanada verfügt gleichwohl seit Jahrzehnten über eine formalisierte Arktisstrategie. Das Hauptziel der kanadischen Strategie ist die Bekräftigung der Souveränität durch internationale Anerkennung der Präsenz und der Positionen Kanadas in der Arktis. Das geht zurück auf die Zeit der Regierung des konservativen Premierministers Brian Mulroney zwischen 1984 und 1993, als in der Arktis eine strittige Souveränitätsfrage mit den USA ausgetragen werden musste, die als „Polar-Sea-Kontroverse“ von 1985 in die Geschichte eingegangen ist. Der US-amerikanische Eisbrecher USCGC Polar Sea befuhr seinerzeit ohne offizielle Genehmigung der kanadischen Regierung die Nordwestpassage der Arktis von Grönland nach Alaska, da die USA damals wie heute die Nordwestpassage als internationale Meerenge ansehen, die der Schifffahrt offensteht. Die kanadische Regierung hingegen vertrat und vertritt die Auffassung, dass die Passage innerhalb der kanadischen Grenze liegt. Dennoch wurde Kanada über die bevorstehende Fahrt informiert und beschloss, mit den US-Amerikanern zusammenzuarbeiten. Die

Regierung Kanadas stellte Beobachter zur Verfügung, die während der gesamten Versorgungsfahrt an Bord des US-Schiffes bleiben sollten. Als die Pläne für die Fahrt des Eisbrechers bekannt wurden, kam es im kanadischen Parlament jedoch zu einer Auseinandersetzung, bei der die Kritiker behaupteten, die Fahrt des Eisbrechers verletze die Souveränität des Landes, während die andere Seite dies verneinte und das Argument als „absichtlich antiamerikanisch“ bezeichnete.<sup>7</sup>

### Im September 2019 startete der kanadische „Rahmen für die Arktis und den Norden“.

Bei den Bemühungen der seit 2015 regierenden kanadischen Liberalen, eine eigene Arktispolitik zu entwickeln, liegt der Schwerpunkt auf innenpolitischen Fragen. Im Dezember 2016 verpflichtete sich Premierminister Trudeau, gemeinsam mit Bewohnern des Nordens und indigenen Partnern ein neues Rahmenwerk für die Arktispolitik zu entwickeln. Das Jahr 2017 war von Rundtischgesprächen mit Bewohnern der Arktis und des Nordens, Jugendlichen sowie wichtigen Experten und Interessenvertretern einschließlich der Industrie, Wissenschaftlern und Nichtregierungsorganisationen geprägt, bevor im November 2017 die Veröffentlichung eines Diskussionsleitfadens erfolgte. Dieser Leitfaden verfolgte das politische Ziel, von den Bewohnern der kanadischen Arktis und von allen Kanadiern zu erfahren, was sie sich für die Arktis wünschen. Er fokussierte sich auf die Frage, was getan werden könne, um eine starke, wohlhabende und nachhaltige kanadische Arktis zu unterstützen. 2018 und 2019 wurden der Ausarbeitung und Validierung des Rahmenwerks mit den Partnern gewidmet, bevor im Bundeshaushalt 2019 neue und zweckgebundene Mittel in Höhe von mehr als 700 Millionen kanadischen Dollar (knapp 500 Millionen Euro) zur Unterstützung des Projekts bereitgestellt wurden und im September 2019 der Start des kanadischen „Rahmens für die Arktis und den Norden“ erfolgte.<sup>8</sup>



Das erste und wichtigste Thema für die Regierung ist die Frage der Versöhnung mit den indigenen Völkern des Nordens. Kanada wird normalerweise als junges Land mit einer relativ jungen Geschichte und nationalen Erzählung betrachtet, aber die Geschichte der indigenen Völker des Landes reicht Jahrtausende zurück. Seit der Konföderation im Jahr 1867, dem Beginn seiner kolonialen Selbstverwaltung, hat Kanada einen vielschichtigen und sukzessiven

Prozess der Demokratisierung durchlaufen. Eingebettet in Kanadas politische Kultur und Wohlstand ist jedoch eine tiefe Geschichte von Ausgrenzung, Ungerechtigkeit und Gleichgültigkeit. Land, das in Kanada als öffentlich gilt, wird immer noch als „Kronland“ bezeichnet, was ignoriert, dass dieses Land in vielen Fällen direkt den indigenen Völkern entzogen wurde und dass diese Völker sogar nach geltender kanadischer Gesetzgebung Ansprüche darauf



Neuer Ansatz in der Arktis? Kanadas Premierminister Justin Trudeau besucht im August 2022 gemeinsam mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg Nunavut. Bislang spielten sicherheitspolitische Aspekte in der kanadischen Arktispolitik eine untergeordnete Rolle. [Foto: Jason Franson, AP, picture alliance.](#)

haben (einschließlich der Beteiligung an den Erträgen der Ausbeutung natürlicher Ressourcen). Kanada steht insbesondere nach Auffassung der Regierung Justin Trudeau erst am Anfang eines herausfordernden und schmerzhaften Prozesses der Aufarbeitung seiner kolonialen Vergangenheit.

Der zweite Aspekt, auf den sich die Politik konzentriert, ist die ökologische und wirtschaftliche Entwicklung, wobei die Umwelt im Vordergrund steht. Die internationale Komponente wird fast überhaupt nicht erwähnt. Zwar heißt es, Kanada wolle, wo immer möglich, ein normenbasiertes System der Zusammenarbeit in der Arktis. Es wird auch auf die Verteidigungspolitik verwiesen, genauere Ausführungen zu diesem Aspekt aber fehlen. Nicht zu Unrecht heben viele Kritiker hervor, dass es kaum Anhaltspunkte dafür gibt, was diese Politik im Hinblick auf die Positionierung Kanadas auf der internationalen Bühne zu bewirken versucht.

### **Die territoriale Integrität ist eine der emotionalsten Fragen in der kanadischen politischen Psyche.**

---

Fakt ist, dass sich mit Kriegsbeginn in der Ukraine im Februar 2022 viele Hoffnungen der Kanadier auf das, was sie als arktischen Exzeptionalismus bezeichnen – nämlich die Idee, dass die Arktis ein einzigartiges Gebiet der Zusammenarbeit ist –, zerschlagen haben. Was in Kanada seit Februar 2022 oft auch als „Wiederaufnahme“ des russischen Krieges mit der Ukraine nach 2014 bezeichnet wird, hat die Tatsache offenbart, dass es unmöglich ist, mit einer Nation zusammenzuarbeiten, die bereit ist, militärische Gewalt so anzuwenden, wie es seit Jahresbeginn 2022 durch Russland in der Ukraine geschieht. Daher lässt sich mit ziemlicher Sicherheit sagen, dass alle Initiativen Kanadas zur Verbesserung des regelbasierten Systems in der arktischen Region derzeit wenig Aussicht auf Erfolg haben werden.

### **Die Frage der Verteidigung der Souveränität in der Arktis**

Kanada (circa 40 Prozent) und Russland (circa 50 Prozent) halten die mit Abstand größten Anteile der arktischen Landmasse, wobei Kanadas Bevölkerung in seinen dortigen drei Nordprovinzen und -territorien mit rund 130.000 Menschen vergleichsweise gering ist.<sup>9</sup> Die territoriale Integrität ist eine der emotionalsten Fragen in der kanadischen politischen Psyche. Dies lässt sich jenseits des bereits geschilderten Konflikts aus den 1980er-Jahren bis zu einer Krise zurückverfolgen, die 1903 als Grenzkonflikt um Alaska zwischen Kanada und den USA bekannt wurde. Die (frühere) Kolonialmacht beider Konfliktparteien, Großbritannien, fungierte als Vermittler, entschied den Konflikt schließlich aber zugunsten der USA.<sup>10</sup> Die Niederlage Kanadas in dieser Auseinandersetzung wirkte sich auf ebenjene politische Psyche aus, was sich dann im Zweiten Weltkrieg noch verstärkte, als Kanada beim Schutz seiner nördlichsten Grenze gegen Japan und Deutschland und später im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion auf die USA angewiesen war.

Ein Relikt aus diesen Zeiten ist die Weigerung Washingtons, die kanadischen Ansprüche auf Souveränität über die Nordwestpassage zu akzeptieren. Während Kanada stets darauf bestanden hat, dass es sich um Binnengewässer handle, was Ottawa das Recht gebe, einseitig zu bestimmen, wer einfahren dürfe und unter welchen Bedingungen, vertritt Washington ebenso konsequent seine Position, es handle sich um eine internationale Meerenge. Dies würde bedeuten, dass Schiffe, solange sie sich an die internationalen Regeln halten, Kanada nicht um Erlaubnis zur Durchfahrt bitten müssen.

Aus kanadischer Sicht ist der Besitzanspruch über die Nordwestpassage nicht verhandelbar und gibt der kanadischen Regierung somit die volle Kontrolle über die Gesetze und das Geschehen in diesem Gebiet. Kanada hat sich jedoch eingestehen müssen, nicht wirklich viel unternommen zu haben, um die Fähigkeiten aufzubauen, die beispielsweise Russland nutzt, um seine

Souveränität über die Nördliche Seeroute entlang seines Territoriums zu behaupten: Es fehlt an geeigneten Überwachungsmöglichkeiten, vor allem an entsprechender Infrastruktur wie Häfen und Militärbasen sowie einer ausreichenden Anzahl von Eisbrechern für Kontrollfahrten. Daher sind die kanadischen Anstrengungen, die Nordwestpassage zu kontrollieren, verglichen mit den russischen Maßnahmen wesentlich ineffektiver. Die Europäische Union unterstützt weiterhin die Auffassung der USA, und es häufen sich die Anzeichen, dass einige asiatische Länder diese Haltung ebenfalls einnehmen könnten. So hat Südkorea in bestimmten Gremien wie der International Maritime Organization (IMO) die kanadischen Kontrollmöglichkeiten infrage gestellt. Das Gleiche gilt für Singapur.

## Die Arktis stand lange nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit der US-Politik.

---

Es ist naheliegend, dass mit dem Abschmelzen des Eises und einer möglicherweise zunehmenden Schifffahrt die Frage der Kontrolle der Nordwestpassage wieder auf die politische Agenda zurückkehren wird. Und es wird interessant sein zu sehen, ob die Regierung Justin Trudeaus in der Lage sein wird, angemessen auf solche Herausforderungen zu reagieren. Bisher ist eine Regelung mit Blick auf die Passage nur im Verhältnis zu den USA versucht worden – mit gemischten Ergebnissen. Als Folge der „Polar-Sea-Kontroverse“ von 1985 kam es drei Jahre später zum Abschluss einer Vereinbarung der Regierungen Kanadas und der USA über arktische Zusammenarbeit. Beide Seiten stimmten darin überein, es sei „wünschenswert, dass sie zusammenarbeiten, um ihre gemeinsamen Interessen an der Entwicklung und Sicherheit der Arktis zu fördern“<sup>11</sup>. Entscheidender war aber ein Passus unter Punkt 3 des Vertrags. Dort heißt es, die Regierung der Vereinigten Staaten sage zu, dass alle Fahrten von US-Eisbrechern in von Kanada als Binnengewässer beanspruchten Gebieten mit der Zustimmung („Consent“)

der kanadischen Regierung erfolgen würden. Allerdings gibt es aus völkerrechtlicher Sicht einen Unterschied zwischen Erlaubnis und Zustimmung. Diese Wortwahl in einem internationalen Vertragswerk wird bis heute von Wissenschaftlern als eine Art Feigenblatt angesehen, um die kanadischen Empfindlichkeiten bezüglich der territorialen Integrität zu schützen, aber auch, um die USA dazu zu bewegen, mehr sicherheitspolitische Dienstleistungen durch Präsenz in der Nordwestpassage zu erbringen. In diese Richtung deutet auch die bereits seit 1958 bestehende Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich in Gestalt des Nordamerikanischen Luftverteidigungskommandos NORAD (North American Aerospace Defense Command). Diese gemeinsame Einrichtung der Vereinigten Staaten und Kanadas, die den Weltraum überwachen und vor Angriffen mit Interkontinentalraketen warnen soll, beinhaltet die stillschweigende kanadische Unterstützung für in seinen Gewässern operierende US-Boote, die auch durch die Nordwestpassage fahren. Bis zur im Juni 2022 durch die kanadische Verteidigungsministerin Anita Anand angekündigten Bereitstellung von mehr als 40 Milliarden kanadischen Dollar für die Modernisierung der NORAD-Kapazitäten über 20 Jahre hinweg<sup>12</sup> bestand unter kanadischen Sicherheitsexperten lange die Befürchtung, ohne eine langfristige Verpflichtung Kanadas könnten die USA zukünftig nicht mehr bereit sein, ihren Anteil an der gemeinsamen Verteidigung im selben Umfang wie bisher fortzuführen.

### Der „widerwillige“ arktische Staat USA

Zu den auffälligen Gemeinsamkeiten zwischen kanadischer und US-amerikanischer Politik gehört, dass die jeweiligen arktischen Landesteile kaum jemals im Zentrum der Aufmerksamkeit der jeweiligen politischen Führung standen. Das galt insbesondere auch für Alaska nördlich des Polarkreises und die umgebenden Gewässer, die sich heute im Fokus der US-amerikanischen Arktispolitik befinden. Nicht nur demografisch sah man das Gebiet mit weit weniger als einer Million Einwohnern lange als relativ bedeutungslos an.<sup>13</sup> Einige Wissenschaftler gehen sogar so weit zu sagen, dass erst die Nominierung von Sarah Palin, der

ehemaligen Gouverneurin des Bundesstaates, als republikanische Vizepräsidentschaftskandidatin im Jahr 2008 Alaska wieder oder gar erstmals in das Bewusstsein größerer Bevölkerungsgruppen in den USA gerückt hat. Unter anderem deswegen kommt es in der Literatur immer wieder zur Charakterisierung der Vereinigten Staaten als „widerwillige“ arktische Macht.<sup>14</sup>

## Barack Obama war der erste US-Präsident, der die Arktis während seiner Amtszeit besuchte.

Ungeachtet dessen findet sich nach Ende des Kalten Krieges eine Abfolge offizieller Regierungsdokumente der USA mit Ausführungen zur Arktisstrategie des Landes unter verschiedenen Regierungen. Darin spiegelt sich auch wider, wie sich der US-amerikanische Blick auf die Arktis im Laufe der Jahre gewandelt hat:

- Die Presidential Decision Directive/NSC-26 vom 9. Juni 1994<sup>15</sup> enthielt Aussagen sowohl zur Arktis als auch zur Antarktis, fand aber keine Verbreitung und gilt deshalb als weitgehend bedeutungslos.
- Deutlich effektiver war die National Security Presidential Directive NSPD-66 vom 9. Januar 2009, veröffentlicht in den letzten Tagen der Administration von George W. Bush.<sup>16</sup> Die Vereinigten Staaten erklären sich darin zur arktischen Nation. Entstanden unter dem Einfluss der Terrorangriffe des 11. September 2001 lässt das Dokument zum einen ein breiteres Verständnis von nationaler Sicherheit erkennen, das die Sicherheitsinteressen der USA in der Arktis anerkennt. Zum anderen spricht es neue Aspekte wie die Arbeit des Arktischen Rates, das Ressourcenpotenzial der Region und den Klimawandel an. Das Papier gilt als erste umfassende Neubewertung der US-amerikanischen Arktispolitik seit langer Zeit und als Ausgangsbasis für weitere Initiativen



der Obama-Administration.<sup>17</sup> Ein solcher Schritt war nötig geworden, weil mittlerweile andere Staaten ihre Arktisaktivitäten ausgeweitet hatten und sich in den USA der Eindruck durchzusetzen begann, dass unter anderem die Ressourcenrivalität die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung in der Region erhöhen könnte.<sup>18</sup> Diese Sorge kam damals auch in den öffentlichen Äußerungen alaskischer Politiker zum Ausdruck, die auf Gefahren für die Ölproduktion in dem



Neue Prioritäten: Nachdem die Arktis in den sicherheitspolitischen Überlegungen der USA längere Zeit eine eher untergeordnete Rolle spielte, rückt die Region zunehmend in den Fokus des Interesses. Foto: © U.S. Army, ZUMA Press, picture alliance.

Bundesstaat hinwiesen.<sup>19</sup> Dies war auch die Zeit, als der Gedanke des Schutzes dieser Schlüsselressource in den strategischen Diskurs der USA zur Arktis Eingang fand.

- Barack Obama war der erste US-Präsident, der die Arktis während seiner Amtszeit besuchte.<sup>20</sup> Bereits zweieinhalb Jahre zuvor,

am 10. Mai 2013, war die National Strategy for the Arctic Region seiner Administration erschienen. Sie wurde von Experten kritisch aufgenommen und bewertet, da sie ihnen zufolge zu unspezifisch war und beispielweise keine Pläne für den Ersatz der veralteten US-Eisbrecher-Flotte und für den Ausbau von Tiefwasserhäfen enthielt.

- Im Dezember 2017 wurde Donald Trump zum ersten US-Präsidenten, der schon im ersten Amtsjahr eine Nationale Sicherheitsstrategie herausbrachte – erst das zweite Werk seiner Art, in dem die Arktis erwähnt wurde. Seine Administration sah den Schutz der für die US-amerikanische Energie- dominanz wichtigsten Ressourcen als zentral an. Das Ressourcenpotenzial der etwa eine Million Quadratmeilen umfassenden US-amerikanischen Arktis samt entsprechender Ausschließlicher Wirtschaftszone bezifferte die US-Küstenwache wie folgt<sup>21</sup>: drei Milliarden US-Dollar an wirtschaftlichem Volumen der Fisch- und Meeresfrüchte-Industrie im arktischen Alaska, 90 Milliarden Barrel unentdeckte Ölreserven in der Arktis und geschätzte 30 Prozent des unentdeckten Erdgases der Welt sowie eine Trillion Dollar Wert der Seltenen Erden in der Arktis. Überdies rückten mit Russlands wachsender Militärpräsenz und Chinas sichtbar zunehmenden arktischen Interessen konkrete sicherheitspolitische Aspekte in den Vordergrund.<sup>22</sup> Am Rande des Ministertreffens des Arktischen Rates 2019 in Finnland hielt der damalige US-Außenminister Mike Pompeo eine Rede, in der er die Sicherheitsinteressen der USA in der Arktis unterstrich und den Einfluss Chinas und Russlands in der Region unerwartet scharf kritisierte. Damit gelangte die Arktis endgültig auf die Agenda der Großmächte.<sup>23</sup>
- Die jüngste US-amerikanische Arktisstrategie stammt von der Biden-Administration und wurde am 7. Oktober 2022 der Öffentlichkeit vorgestellt.<sup>24</sup> Die USA bekennen sich darin erneut dazu, eine arktische Nation zu sein und bewerten den Klimawandel als wichtigen Faktor für die Weiterentwicklung der Arktis. Washington will die Interessen der USA in der Arktis über vier sich gegenseitig verstärkende Säulen vorantreiben, die sowohl innenpolitische als auch internationale Themen umfassen: Sicherheit, Klimawandel und Umweltschutz, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sowie internationale Zusammenarbeit und Governance.

## Bei einem Kanadabesuch wies NATO-Generalsekretär Stoltenberg auf dringenden Handlungsbedarf im hohen Norden hin.

### USA und Kanada: Arktisstrategien im Vergleich

Die Achillesferse jeglicher maritimen Aktivität in der nordamerikanischen Arktis ist und bleibt die (Un-)Fähigkeit, bestehende Strategien auch umzusetzen. Der Wert einer Strategie bemisst sich dabei unter anderem an einem überzeugenden politischen Umsetzungswillen und einer angemessenen Finanzmittelausstattung.

Ein Vergleich der Strategien der Vereinigten Staaten und Kanadas in der Arktis zeigt, dass es mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede gibt, obwohl die US-Rhetorik in den vergangenen vier bis fünf Jahren in auffälligem Gegensatz zur Zurückhaltung der Trudeau-Regierung stand und zunächst vermuten ließ, dass die beiden Staaten eine sehr unterschiedliche Politik verfolgen würden. Beispiele für Gemeinsamkeiten sind:

- Die entsprechenden Regierungsdokumente beider Länder nennen die „Stärkung der regelbasierten Ordnung“ in der Region als eine der obersten Prioritäten. Dazu gehört nicht nur, dass die nationale Souveränität geschützt wird, sondern auch, dass die Verwirklichung der Arktis als „gemeinsame Region“ davon abhängt, dass sich die arktischen Nationen konstruktiv mit den gemeinsamen Herausforderungen auseinandersetzen. Regionale Zusammenarbeit – auf der Grundlage international anerkannter Prinzipien wie der nationalen Souveränität – liegt im Interesse der USA und Kanadas und trägt zu einer sicheren und stabilen Arktis bei.<sup>25</sup>
- Regionale Zusammenarbeit wird auch in einem Zusammenhang als wichtig betrachtet, der alle arktischen Nationen betrifft: Während

Kanada ausdrücklich auf den Klimawandel verweist, bevorzugten die Vereinigten Staaten zunächst andere Begriffe und wurden erst in ihren jüngsten Strategietexten ebenso deutlich. Heute werden auch in US-Dokumenten die Realitäten anerkannt, wenn beispielsweise die dortige Küstenwache in ihren Strategiedokumenten auf dünneres und besonders in Küstennähe der Arktis reduziertes Eis hinweist.<sup>26</sup>

- Darüber hinaus erkennen sowohl Kanada als auch die USA an, dass arktische Gemeinden, einschließlich der Ureinwohner Alaskas und der indigenen Bevölkerung, an vorderster Front stehen werden, wenn es darum geht, sich an die Veränderungen in der Arktis anzupassen. Es scheint, dass die Vereinigten Staaten, die (ebenso wie Kanada) ein sehr angespanntes Verhältnis zu ihren indigenen Völkern haben, beginnen zu erkennen, dass es sinnvoll ist, lokale Gruppen zu konsultieren und mit ihnen zusammenzuarbeiten, wenn es darum geht, die Aktivitäten in der Arktis auszuweiten.<sup>27</sup> Bemerkenswert ist schließlich auch, dass für keine der Strategien angemessene Mittel zur Umsetzung verfügbar zu sein scheinen, um die in den Strategien festgelegten Ziele zu erreichen. Die US-Arktisstrategie indiziert, dass Kosten ein Thema sein werden, wenn sie erklärt, dass ihre Fähigkeiten, Haltung, Operationen und Aktivitäten, die für die Abschreckung in der Arktis notwendig sind, „in einer strategiegesteuerten und ressourceninformativen Weise“ betrachtet werden.<sup>28</sup>

### **Die nordamerikanische Arktis und die Rückkehr der Großmachtpolitik**

Als NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg im August 2022 Kanada besuchte, wies er öffentlich darauf hin, dass Russlands Krieg gegen die Ukraine die Rahmenbedingungen für die weltweite Sicherheit grundlegend verändert habe.<sup>29</sup> Indem er diplomatisch die langjährige kanadische Formel „hoher Norden – geringe Spannungen“ aufnahm, legitimierte er zwar die idealisierende Vorstellung der Gastgeber von der

Arktis, konfrontierte sie aber gleichzeitig mit der Vielzahl militärischer Aufrüstungsmaßnahmen Russlands in den vergangenen Jahren und ließ keinen Zweifel am dringenden Handlungsbedarf der nordatlantischen Allianz, dieser nicht mehr ganz neuen Bedrohung im Rahmen des Bündnisses umfassend und entschlossen entgegenzutreten. Neu war diese Botschaft für die Gastgeber nicht: Hoch offizielle eigene, an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassende Erkenntnisse liegen vor – „Kanadas Arktis ist verwundbar. Verteidigungsinfrastruktur ist veraltet oder nicht existent“<sup>30</sup>. Auch an aktueller Forschung zum Thema mangelt es nicht. Diese wird jedoch, zumal bei ausländischer Provenienz, wenn überhaupt nur mit großer Zurückhaltung zur Kenntnis genommen.<sup>31</sup> Tatsache ist: Die Arktis bleibt das Aufmarschgebiet für alle Akteure, die die Sicherheit Nordamerikas gefährden könnten,<sup>32</sup> und es ist Kanadas Herausforderung, potenzielle militärische Gegner nicht glauben zu machen, dass ein Angriff auf die USA über die kanadische Arktis Erfolg versprechend sein kann. Dass dies im Ernstfall sichergestellt werden könnte, ist zweifelhaft.

### **Nach Schätzungen verfügt Russland heute über 20- bis 25-mal mehr Eisbrecher als die USA.**

---

Mit der Zunahme der Aktivitäten in der Arktis steigen auch die Anforderungen an die Sicherheit in Bezug auf Such- und Rettungsmaßnahmen sowie an die Fähigkeiten zur Aufdeckung, Abschreckung und Bekämpfung potenzieller Gegner. Dabei ist festzustellen, dass keine der Flotten (US- oder kanadische Marine oder US-Küstenwache) über die Fähigkeit oder Kapazität verfügt, eine dauerhafte maritime Oberflächenpräsenz in den hohen Breitengraden zu gewährleisten.<sup>33</sup>

Entsprechend dem bis 2014 anhaltenden militärischen Desinteresse an der Arktis ging, nicht nur in Kanada, die Zahl der U-Boote zurück,<sup>34</sup> das anerkanntermaßen wichtigste Instrument in den sicherheitspolitischen Langzeitkonzepten aller

arktischen Seemächte. Heute umfasst beispielsweise Kanadas U-Boot-Flotte vier von Großbritannien 1998 gebraucht erworbene Boote der sogenannten Victoria-Klasse, die mehr als 40 Jahre alt sind, seither hauptsächlich durch ihre zahlreichen Mängel und ihre Seeuntüchtigkeit in den Schlagzeilen waren<sup>35</sup> und von denen derzeit nur eines einsatzbereit ist – eine grotesk kleine Zahl angesichts der Tausenden Kilometer Küstenlänge des Landes. Auch die maritime Hardware der USA in relevanten Bereichen ist, gemessen an den Herausforderungen, mindestens quantitativ noch erheblich ausbaufähig. So wird geschätzt, dass Russland derzeit über 20- bis 25-mal mehr Eisbrecher verfügt als die US-Amerikaner.<sup>36</sup> Dass die USA innerhalb ihres Außenministeriums das Amt eines Koordinators für die arktische Region<sup>37</sup> haben und diese Position mit einem Diplomaten besetzen, der von kanadischen Experten wegen seiner Erfahrung mit „Großmachtpolitik“ bewundert wird,<sup>38</sup> erscheint zwar nützlich, aber nicht als „großer Wurf“.

Seit seinem Amtsantritt hat der russische Präsident Wladimir Putin die russischen Atomwaffenarsenale und Trägersysteme modernisiert. Viele dieser Waffensysteme sind in der Arktis stationiert, was sie zu einem der wichtigsten und gefährlichsten strategischen Standorte der Welt macht. Die kanadische Führung denkt jedoch kaum in diesem Sinne über die Region nach. Nach der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 haben sich im Unterschied dazu die USA jedoch wieder auf dieses Thema konzentriert. Es liegt zwar eindeutig im Interesse Kanadas, dass weder Russland noch China zu dem Schluss kommen, dass Nordamerika durch neue Waffensysteme verwundbar ist. Ungeklärt bleibt aber, ob die Regierung es angesichts ihrer mit völlig anderen Prioritäten versehenen politischen Agenda aus Identitätspolitik und Expansion des Wohlfahrtsstaates ernst meint und auch bereit ist, gemäß ihren Versprechungen für mehr militärische Sicherheit zu zahlen.

---

**Dr. Norbert Eschborn** ist Leiter des Auslandsbüros Kanada der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 1 Der Autor dankt dem ehemaligen Befehlshaber der Deutschen Marine, Vizeadmiral a.D. Lutz Feldt, und dem ehemaligen Sicherheitsberater des kanadischen Premierministers, Richard Fadden, nachdrücklich für wichtige Hinweise zu diesem Beitrag.
- 2 Dwyer, Daniel 2022: NATO's Northern Flank with VAdm Dwyer, Podcast-Interview, Defence Deconstructed, The CGAI Podcast Network, 22.08.2022, ab Min. 10:45, in: <https://on.soundcloud.com/yDFNz> [06.03.2023].
- 3 Zur Mission der Zweiten US-Flotte: Commander, U.S. 2<sup>nd</sup> Fleet: Mission, in: <https://bit.ly/3vIPckU> [06.03.2023].
- 4 Text in: Government of Canada 2022: Anthems of Canada, in: <https://bit.ly/3Q6ZxuI> [06.03.2023].
- 5 Dazu zählt die seit Juli 2021 amtierende kanadische Generalgouverneurin Mary Simon, die erste Amtsträgerin indigener Herkunft.
- 6 Allison, Robert 2021: Where do Canadians live?, Graphically Speaking Blog, SAS Institute, 11.11.2021, in: <https://bit.ly/3Wucu3T> [06.03.2023].
- 7 Briggs, Phillip J. 1990: The Polar Sea Voyage and the Northwest Passage Dispute, in: *Armed Forces & Society* 16: 3, S. 437–452, hier: S. 437.
- 8 Government of Canada 2022: Canada's Arctic and Northern Policy Framework, in: <https://bit.ly/2lFFJ7r> [06.03.2023].
- 9 Für Einwohnerschätzungen der kanadischen Provinzen siehe Statistische Bundesbehörde Kanada 2022: Population estimates, quarterly, 21.12.2022, in: <https://bit.ly/2GXAbi7> [06.03.2023].
- 10 Farr, D.M.L. / Block, Niko 2006: Alaska Boundary Dispute, *The Canadian Encyclopedia*, 06.02.2006, in: <https://bit.ly/2MemaMA> [06.03.2023].
- 11 Government of Canada 1988: Agreement Between the Government of Canada and the Government of the United States of America on Arctic Cooperation, E101701 – CTS No. 1988/29, 11.01.1988, in: <https://bit.ly/3ImeG7K> [06.03.2023].
- 12 Government of Canada 2022: Fact sheet: Funding for Continental Defence and NORAD Modernization, in: <https://bit.ly/3WRRmnY> [06.03.2023].
- 13 Für offizielle Angaben zu Bevölkerungszahlen aller US-Bundestaaten siehe U.S. Department of Commerce / U.S. Census Bureau 2020: Resident Population for the 50 States, the District of Columbia, and Puerto Rico: 2020 Census, Stand: 01.04.2020, in: <https://bit.ly/3WSEGxs> [06.03.2023].
- 14 Stellvertretend für viele: Huebert, Rob 2009: The United States' Arctic Policy: The Reluctant Arctic Power, in: Huebert, Rob / Lackenbauer, P. Whitney: *Debating Arctic Security: Selected Writings, 2010–2021*, Peterborough, S. 167–201, hier: S. 167, in: <https://bit.ly/3z1ipUh> [16.03.2023].
- 15 National Security Council 1994: PDD-26 – U.S. Policy on Arctic and Antarctic Regions, 5/9/1994, in: <https://bit.ly/3FYOXkj> [06.03.2023].
- 16 The White House 2009: National Security Presidential Directive and Homeland Security Presidential Directive (NSPD-66 / HSPD-25), 09.01.2009, in: <https://bit.ly/3YXVZi6> [06.03.2023].

- 17 Crook, John R. 2009: Comprehensive New Statement of U.S. Arctic Policy, in: *The American Journal of International Law* 103: 2, S. 342–49, hier: S. 342.
- 18 So argumentiert beispielhaft für viele: Blunden, Margaret 2009: The New Problem of Arctic Stability, in: *Survival* 51, S. 121–144, hier: S. 142.
- 19 Diese Aussagen sind in den Protokollen von Anhörungen des US-Senats zu finden, die 2009 von der damals wie heute Alaska vertretenden Senatorin Lisa Murkowski durchgeführt wurden. U.S. Government Printing Office 2010: Strategic Importance of the Arctic in U.S. Policy. Hearing before a Subcommittee of the Committee on Appropriations. United States Senate. One Hundred Eleventh Congress. First Session. Special Hearing. 20.08.2009, S. 8, in: <https://bit.ly/3Idao4b> [06.03.2023].
- 20 Johnson, Kyle 2015: Obama becomes first U.S. president to set foot north of Arctic Circle, Joint Base Elmendorf-Richardson, 03.09.2015, in: <https://bit.ly/3Iajtee> [06.03.2023].
- 21 United States Coast Guard (USCG) 2019: Arctic Strategic Outlook, 04/2019, S. 3, in: <https://bit.ly/3STYKP5> [06.03.2023].
- 22 Dazu aktuell: Feldt, Lutz 2023: Geopolitical Shifts: Issues and Challenges for the Arctic Region, in: Fontaine-Skronski, Kim/Thool, Valérian/Eschborn, Norbert (Hrsg.) 2023: Does the UN Model Still Work? Challenges and Prospects for the Future of Multilateralism, Leiden, S. 42–56, hier: S. 42.
- 23 Holm, Arne O. 2019: Arctic Council Tensions Run High: Verbal Thunderstorm From Mike Pompeo, High North News, 07.05.2019, in: <https://bit.ly/3Grx4wu> [06.03.2023].
- 24 The White House 2022: National Strategy for the Arctic Region, 10/2022, in: <https://bit.ly/3DXEB4x> [10.02.2023].
- 25 United States Department of Defense (DoD) 2019: Report to Congress. Department of Defense Arctic Strategy, 06/2019, S. 5, in: <https://bit.ly/2MzAseP> [06.03.2023].
- 26 USCG 2019, N. 21, S. 12.
- 27 Ebd., S. 14.
- 28 DoD 2019, N. 25, S. 8.
- 29 Stoltenberg, Jens 2022: In the face of Russian aggression, NATO is beefing up Arctic security, The Globe and Mail, 24.08.2022, in: <https://tgam.ca/3vqNRtg> [06.03.2023].
- 30 Senate of Canada 2022: Defending the North: The Arctic's strategic role and importance, SenCA+ Magazine, 14.12.2022, in: <https://bit.ly/3WMPLQo> [06.03.2023].
- 31 Ein Beispiel für solche Forschungen ist: Feldt, Lutz/Hébrard, Patrick 2021: Below the Surface. Russia's and China's Approaches to the Arctic: Threats or Challenges for the Global Community? An Analysis of Russia's and China's Role in the Arctic Region, Konrad-Adenauer-Stiftung, 30.06.2021, in: <https://bit.ly/3YTeiFF> [06.03.2023].
- 32 Charron, Andrea/Fergusson, James 2022: Defending the Continent: NORAD Modernization and Beyond, Canadian Global Affairs Institute, 05/2022, S. 3, in: <https://bit.ly/3vlyrX9> [06.03.2023].
- 33 USCG 2019, N. 21, S. 6.
- 34 Feldt 2023, N. 22, S. 47.
- 35 Berthiaume, Lee 2021: Royal Canadian Navy to start process of replacing aging submarine fleet, The Canadian Press/Global News, 14.07.2021, in: <https://bit.ly/3GzHBpv> [06.03.2023].
- 36 Cohn, Johanna 2022: Icebreakers in the Arctic: An Overlooked Environmental Concern, Steady State Herald, 14.04.2022, in: <https://bit.ly/3C9Zqj0> [06.03.2023].
- 37 U.S. Department of State: Office of the U.S. Coordinator for the Arctic Region, in: <https://bit.ly/3Iak27Q> [06.03.2023].
- 38 Sevunts, Levon 2020: Appointment of U.S. Arctic co-ordinator may signal more muscular American policy, CBC/Radio Canada, 31.07.2020, in: <https://bit.ly/3Wuqv1v> [06.03.2023].



Die Arktis. Zwischen Konflikt und Kooperation

# Die Arktispolitik der Nordischen Länder

Im Spannungsfeld zwischen Klimawandel,  
wirtschaftlicher Nutzung und Sicherheit

Gabriele Baumann / Julian Tucker

Weiten aus Schnee und Eis, bevölkert höchstens von Eisbären: Dieses Bild der Arktis trifft nur zum Teil die Realität. Auch wenn der Schutz des Klimas und der arktischen Naturlandschaft ein zentrales Anliegen der Nordischen Länder ist, sind die Gebiete nördlich des Polarkreises auch von wirtschaftlicher Aktivität geprägt. Und das Thema Sicherheit steht spätestens nach Russlands Angriff auf die Ukraine wieder weit oben auf der Prioritätenliste.

---

### Ein sensibles Ökosystem gerät ins Wanken

Die Arktis ist besonders schwer vom globalen Klimawandel betroffen.<sup>1</sup> Spätestens seit 2007, als die Sommereisdecke im Nordpolarmeer auf ihre bis dahin niedrigste Ausdehnung fiel, haben die gravierenden Veränderungen in der physischen Beschaffenheit der Arktis die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen. Aber während Klimaforscher, Naturschützer und Einwohner vor einem unwiderruflichen „Kippunkt“ und einer sich anbahnenden Katastrophe warnen,<sup>2</sup> wittern andere in der Schrumpfung des Meereises neue wirtschaftliche Möglichkeiten durch einen leichteren Zugang zu natürlichen Ressourcen und womöglich eisfreie Schifffahrtswege zwischen Asien und Europa, so etwa die Nordostpassage im russischen Teil der Arktis.

Die Erwärmung der Region bringt gravierende Folgen für die Umwelt mit sich. Das wohl bekannteste Beispiel sind die Eisbären auf Grönland und im norwegischen Spitzbergen, deren Jagd- und Sozialverhalten von weitflächigen Revieren auf dem Treibeis abhängig ist. Die großen Raubtiere der Arktis aber sind nur eine Facette des Problems. Selbst ein einzelner eisfreier Sommer würde dem bereits belasteten Ökosystem empfindlich schaden und nicht nur das Überleben der Eisbären, Ringelrobben und Walrosse bedrohen, sondern auch etliche Arten von Mikroben auslöschen. Tatsächlich werden die Meeresböden und Küsten des Polarmeeres von einer erstaunlichen Vielfalt an Mikroorganismen bewohnt. Diverse Arten von Algen, Bakterien, zellulären und mikroskopisch kleinen Lebewesen gehören

zu der komplexen Mechanik, die das Leben auf und unter dem Eis ermöglicht. Das unwiderrufliche Verschwinden dieser kleinsten Bestandteile der Nahrungsketten zerstört nicht nur das empfindliche Gleichgewicht der Arktis, sondern stellt auch einen einschlägigen Verlust für die Wissenschaft dar.<sup>3</sup>

Aber die Probleme, welche die Erwärmung mit sich bringt, gelten nicht nur für die Artenvielfalt der Arktis. Das kalte Wasser, das die schmelzende Eisdecke freigibt und das einen relativ geringen Salzgehalt hat, hat einen starken Einfluss auf Wasser- und Luftströme, welche die Wettermuster weiter im Süden bestimmen. Vor allem im Nordatlantik, vor der Westküste Grönlands, wo Meeresströmungen die globale Wärmeverteilung maßgeblich gestalten, macht sich die Klimaveränderung bemerkbar. Da das weltweite Klima durch das Energiegleichgewicht zwischen dem Äquator und den Polen bestimmt wird, können selbst kleine Änderungen im Polarmeer zu einer Rückkopplungsschleife führen, die unvorhersehbare und potenziell verheerende Auswirkungen in anderen Gebieten haben kann.

Das jährlich schmelzende und wieder festfrierende Meereis bestimmt zwar den Puls des Lebens und die geophysische Beschaffenheit der Arktis, beeinflusst jedoch nicht den Meeresspiegel, da das verdrängte Volumen gleichbleibt. Das Verschwinden des Sommereises hat dennoch schwerwiegende Folgen. Je mehr Meereis in der Arktis verschwindet, desto größer wird die Fläche des darunterliegenden Ozeans, der wiederum mehr Sonnenenergie in Form von Wärme aufnimmt.

Während sich das Verschwinden des Meereises nicht direkt auf den Meeresspiegel auswirkt, führt das Abschmelzen des Grönländischen Eisschildes dazu, dass der Wasserstand der Weltmeere weiter ansteigt. Die helle Oberfläche des Meereises (und des widerstandsfähigeren Festlandeises auf Grönland) stößt mehr Sonnenenergie ab als der dunkle Ozean und trägt so zum Erhalt der Eiskappen bei. Auch jenseits des Eises verwandelt die Erwärmung die physische Gestalt der Arktis. Gerade im russischen Teil hat das Tauen des Permafrostbodens katastrophale Folgen für die Infrastruktur, die im Boden versinkt und nach Leckagen enorme Umweltschäden hinterlässt.

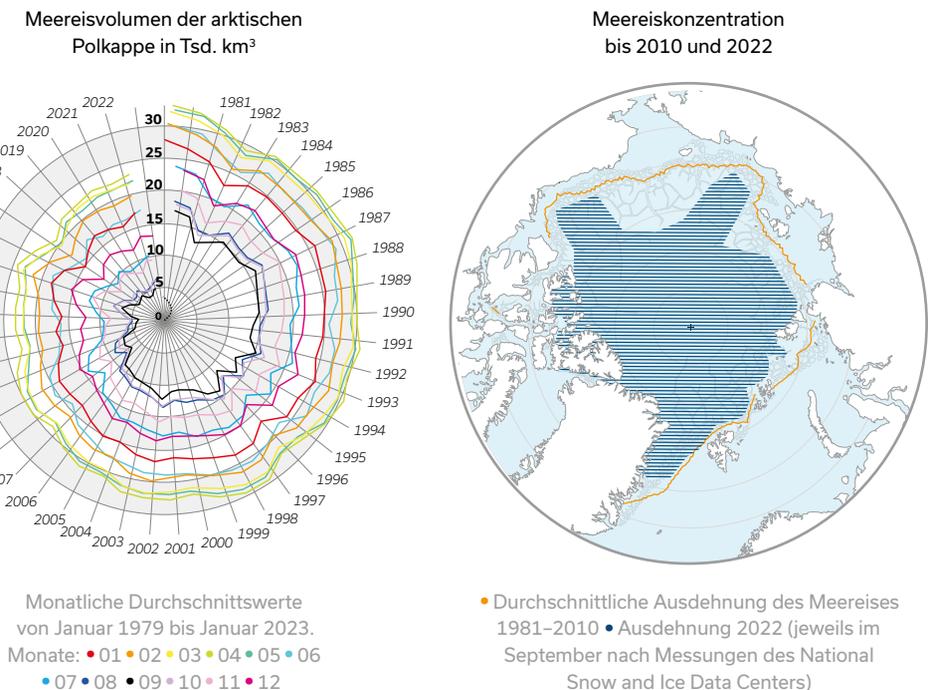
Auch aufgrund dieses sensiblen Ökosystems und der fortschreitenden Erwärmung in der Arktis steht der Kampf gegen den Klimawandel ganz

oben auf der Prioritätenliste der Regierungen der Nordischen Länder und wird von der jeweiligen Bevölkerung mehrheitlich mitgetragen. Dänemark (mit Grönland und den Färöer-Inseln), Island, Finnland, Schweden und Norwegen haben sich zum Ziel gesetzt, spätestens bis 2050 (Schweden bis 2045 und Finnland bereits bis 2035) klimaneutral und bis 2030 die nachhaltigste Region der Welt zu werden.

### Wirtschaftszentren in der europäischen Arktis

Wir stellen uns die Arktis häufig als eine Landschaft aus Schnee und Eis, bevölkert von Eisbären, vor. Das ist nur in Teilen korrekt. Die Arktis ist eine Schlüsselregion für wichtige Handels-, Transport- und Kommunikationswege. Am Polarkreis befinden sich große Städte wie Luleå und Kiruna

**Abb. 1: Veränderungen der polaren Eiskappe in der Arktis**



Quellen: eigene Darstellung nach Lee Robinson, Andy/Horton, Ben 2023: What's The Arctic Death Spiral?, in: <https://arcticdeathspiral.org> [03.02.2023]; Paul, Michael 2020: Arktische Seewege. Zwiespältige Aussichten im Nordpolarmeer, SWP-Studie 2020/S 14, Stiftung Wissenschaft und Politik, 23.07.2020, S. 23, in: <https://bit.ly/3EHN8sF> [27.02.2023]. Karte: © Peter Hermes Furian, AdobeStock.

in Schweden, Tromsø und Bodø in Norwegen sowie Hammerfest mit einem bedeutenden LNG-Terminal in der norwegischen Finnmark. Die Städte sind wirtschaftlich starke und innovative Zentren, in denen die Bevölkerung auch aufgrund attraktiver Rahmenbedingungen wächst. Luleå steht für die Produktion von fossilfreiem Stahl durch grünen Wasserstoff und für seine renommierte Technische Universität; in Kiruna und anderen Gemeinden Nordschwedens gehört der Bergbau wie der Abbau von Eisenerz und Kupfer seit Langem zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen. Die weltweite Nachfrage nach Eisen und Stahl hat zu weiteren Investitionen in der schwedischen Arktis geführt.

### **Von besonderer Bedeutung für die Wirtschaft der Arktis sind Eisbrecher, die den Zugang zu vielen Küstengebieten überhaupt erst ermöglichen.**

---

Anfang 2023 wurden in Kiruna zudem die bislang größten europäischen Vorkommen an hochkonzentrierten Seltenen Erden festgestellt. Angesichts der voraussichtlich steigenden Nachfrage nach Elektrofahrzeugen und Windturbinen werden die neu entdeckten Bestände als unentbehrlich für den grünen Wandel angesehen.<sup>4</sup> Bislang werden noch 98 Prozent der in der EU verwendeten Seltenen Erden aus China importiert.

Stockholms Arktisstrategie setzt darauf, dass schwedische Expertise im kälteresistenten Bauingenieurs- und Transportwesen zu einer nachhaltigen Entwicklung der arktischen Infrastruktur beitragen kann.<sup>5</sup> Die 2021 erschienene Arktisstrategie Finnlands betont ebenfalls die besonderen Arktis Kompetenzen der finnischen Industrie und Wissenschaft. Helsinki setzt auf die Diversifizierung der Wirtschaft im Norden des Landes, vor allem mit Blick auf nachhaltige Entwicklung.<sup>6</sup>

Von besonderer Bedeutung für die Wirtschaft der Arktis sind Eisbrecher, die den Zugang zu vielen

Küstengebieten und die logistische Integration der Region überhaupt erst ermöglichen. Die Industrie der Nordischen Länder und hier insbesondere Finnlands ist schon seit den 30er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts auf kommerzielle Eisbrecher ausgerichtet. Seit 2005 ist der finnische Ingenieurdienstleister Aker Arctic einer der weltweit wichtigsten Hersteller dieser Schiffe. Als die Firma 2013 in finanzielle Schwierigkeiten geriet, erwarb die staatliche Holding-Gesellschaft Finnish Industry eine Mehrheit ihrer Aktien, um den Erwerb von strategisch wichtiger Expertise und Technik durch ausländische Interessen zu verhindern.<sup>7</sup>

### **Indigene Einwohner der Arktis**

Mit dem Ausbau der Wirtschaftszentren nehmen auch die Herausforderungen für die in der Arktis lebenden Menschen, die Tierwelt und Umwelt zu. Nachhaltige Strategien sind somit in allen Bereichen gefragt. Diese schließen auch den Erhalt und den Schutz des kulturellen Erbes und Lebensraums der indigenen Samen ein. Deren traditionelles Siedlungsgebiet Sápmi erstreckt sich von der mittelschwedischen Provinz Dalarna bis an die Küste der Barentssee und der Halbinsel Kola in Russland. Ihr besonders geschützter Status als Rentierherdenhalter gerät immer wieder in Konflikt mit den Interessen der Bergbauindustrie, wenn letztgenannte mit ihren wirtschaftlichen Aktivitäten in Gebiete expandieren will, die traditionelles Weideland der Rentierherden sind.

In Schweden, wo schätzungsweise mehr als 20.000 Samen leben, wurde 2011 die Verfassung geändert, um die Samen als Volk anzuerkennen. Es wird allerdings kritisiert, dass man keine Gesetze zu Fragen der Land- und Ressourcenrechte der Samen erlassen habe und ihr Recht auf freie und vorherige Zustimmung bei Bergbau- und Infrastrukturprojekten vom Staat nicht anerkannt werde. In Finnland und Schweden orientiert sich die gesellschaftspolitische Debatte um die Rechte der indigenen Bevölkerung vor allem an der Ratifizierung der Indigenen and Tribal Peoples Convention<sup>8</sup>, eines 1989 verabschiedeten internationalen Übereinkommens,



welches indigenen Gruppen mehr Entscheidungsbefugnisse in ihren traditionellen Gebieten verspricht. Norwegen und Dänemark gehören zu den ersten Staaten, die es ratifiziert haben, was für arktische Gebiete wie Grönland von großer Bedeutung ist.

### **Grönland: Zwischen Rohstoffeinnahmen und Umweltschutz**

Grönland ist ein Beispiel dafür, wie das in den Nordischen Staaten sehr präzente Bestreben, sich dem Klimawandel entgegenzustellen, in ein



Wirtschaftliches Kraftzentrum in Lapland: In Kiruna wird nicht nur eine gewaltige Eisenerzmine betrieben. Anfang 2023 wurden auch bedeutende Vorkommen Seltener Erden nahe der nordschwedischen Stadt entdeckt.

Foto: © Knut Knipser, imageBROKER, picture alliance.

finanzieller Unabhängigkeit von Dänemark. Grönland war bis 1953 dänische Kolonie, hat heute etwa 56.000 Einwohner und ist mit Ausnahme der Außen- und Sicherheitspolitik faktisch autonom, insbesondere bei Entscheidungen über den Abbau von Ressourcen, auch wenn es weiterhin Teil des dänischen Königreichs ist und eine hohe jährliche Subvention von Kopenhagen erhält. Zusätzlich zu seiner eigenen lokalen Regierung hat Grönland zwei Vertreter im dänischen Parlament, dem Folketing.

### **Grönland sucht nach Möglichkeiten, von den Bodenschätzen zu profitieren, doch die Klimapolitik erschwert dies.**

---

Aufgrund des arktischen Klimas leben die Menschen in Grönland hauptsächlich in Siedlungen und Städten an der Küste. Historisch gesehen waren Fischerei und Jagd wegen der kurzen Sommer der Schlüssel zum Überleben. Das grönländische Klima und die geografischen Gegebenheiten machen Land- und Viehwirtschaft fast unmöglich, mit Ausnahme des äußersten Südens des Landes, wo Schafzucht betrieben wird. Der Fischfang ist nach wie vor die Stütze der grönländischen Wirtschaft, gleichwohl aber nicht mehr in der Lage, so viele Arbeitsplätze bereitzustellen wie früher. Die grönländische Regierung sucht nach Möglichkeiten, von den Bodenschätzen der Insel zu profitieren, zu denen Gold, Öl, Erdgas und Seltene Erden gehören, wobei die klimapolitischen Ziele diesen Prozess erschweren. Ministerpräsident Múte Bourup Egede verfolgt seit seinem Regierungsantritt im April 2021 mit einem Moratorium für neue Öl- und Gasbohrlizenzen

politisches Spannungsverhältnis zur Nutzung vorhandener Ressourcen treten kann. Einerseits verfolgt die grönländische Regierung grundsätzlich eine umweltbewusste Politik. Andererseits erhofft sie sich durch den Abbau gewinnbringender Rohstoffe Vorschub für ihr Streben nach

sein Wahlversprechen einer umwelt- und klimafreundlichen Politik. Ein Bergbauvorhaben zum Abbau Seltener Erden im Süden der Insel wurde nach Protesten der Einwohner gestoppt, da die Grube Uran als Nebenprodukt freigelegt hätte. Chinesische Investoren haben sich aus Grönland zurückgezogen. Dennoch ziehen Grönlands reiche Bodenschätze nach wie vor die Aufmerksamkeit von Ländern und Unternehmen auf sich, die auf der Suche sind nach alternativen Quellen für Rohstoffe, deren Versorgungsketten derzeit von China dominiert werden.

### Sonderfall Spitzbergen

Eine besondere Rolle in der Arktis kommt der zu Norwegen gehörenden Inselgruppe Spitzbergen zu. Es ist der nördlichste bewohnte Ort der Welt mit einer Bevölkerung von 2.640 Einwohnern und einer der größten Forschungsstützpunkte der Arktis.

Seit dem Spitzbergenvertrag von 1920 mit mittlerweile 46 Unterzeichnerstaaten hat Norwegen die Souveränität über diesen arktischen Archipel. Allerdings haben alle Bürger der Unterzeichnerstaaten das Recht auf Arbeit, wirtschaftliche Aktivitäten, Handel und Schifffahrt auf Spitzbergen. Das Gebiet innerhalb von 200 Meilen um die Inselgruppe beansprucht Norwegen als seine Ausschließliche Wirtschaftszone, auch mit Blick auf den Fischfang. Dem widerspricht vor allem Russland, aber auch die Europäische Union und Island sind der Ansicht, dass der Spitzbergenvertrag auch außerhalb der Hoheitsgewässer und auf dem Festlandssockel gilt. Norwegen behält sich zudem das Recht auf regelmäßige Küstenpatrouillen auf Spitzbergen vor, um die norwegische Souveränität zu unterstreichen. Die Küstenwache ist ein Teil der

norwegischen Seestreitkräfte. Russland kritisiert die norwegische Position mit Verweis auf Artikel 9 des Spitzbergenvertrags, der „kriegerische Zwecke“ auf dem entmilitarisierten Gebiet untersagt. Auf der anderen Seite nimmt die Häufigkeit militärischer Übungen Russlands vor der norwegischen Küste zu. Noch im Juli 2022 kündigte Präsident Wladimir Putin an, die arktischen Gewässer „mit allen Mitteln“<sup>9</sup> verteidigen zu wollen. Anfang 2022 wurde ein Unterwasser-Glasfaserkabel, das eine Satellitenbodenstation auf Spitzbergen mit dem norwegischen Festland verbindet, durchtrennt. Dieser Vorfall folgte



Historische Unterschrift: Finnlands Präsident Sauli Niinistö unterzeichnet im März 2023 die Gesetze zum NATO-Beitritt seines Landes. Diese hatte zuvor das Parlament mit deutlicher Mehrheit verabschiedet. Foto: © Markku Ulander, dpa, Lehtikuva, picture alliance.

einem ähnlichen im April 2021. In beiden Fällen erklärten Behörden, dass die Unterbrechungen wahrscheinlich durch menschliche Aktivitäten und nicht durch natürliche Phänomene verursacht worden seien.

Russland betreibt auf Spitzbergen in der Bergarbeitersiedlung Barentsburg mit ihren knapp 500 Einwohnern neben einem russischen Generalkonsulat und einer Forschungsstation noch eine Kohlemine, die allerdings kaum nennenswert produziert und eher ein symbolischer Nachweis wirtschaftlicher Aktivität ist. Nach der russischen

Invasion in der Ukraine fiel zudem auf, dass die Bergarbeiter im Wesentlichen Ukrainer aus dem Donbass sind, was zu Spannungen zwischen Arbeitern und den russischen Betreibern führte.

### **Arktischer Rat und regionale Sicherheitsfragen**

Die Arktis wurde über die vergangenen Jahrzehnte als Ausnahmeregion beschrieben: als eine Region, in der friedliche und wirtschaftlich nachhaltige Kooperation das Zusammenleben der Nationen mit den Indigenen regelte. Dies galt



auch noch, als in den vergangenen Jahren geopolitische Spannungen zunahmen, etwa durch die imperialen Ansprüche Russlands sowie den Konflikt zwischen den USA und China.

## Statt zuvor fünf könnten bald sieben NATO-Staaten im Arktischen Rat vertreten sein.

---

Alle fünf Nordischen Länder sind als Arktisanrainer neben Kanada, den USA und Russland Mitglieder des Arktischen Rates, der 1996 nach dem Ende des Kalten Krieges gegründet wurde,<sup>10</sup> als die militärische Bedeutung der Arktis abnahm. Sicherheitsthemen waren bislang ausgeklammert. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat jedoch die Haltung der sieben westlichen Länder im Arktischen Rat gegenüber Russland dramatisch verändert und sicherheitspolitische Aspekte in den Vordergrund gerückt. Die Arbeit des Rates, in dem Russland noch bis Mai 2023 den Vorsitz hat, wurde Anfang März 2022 durch sieben der acht Mitglieder ausgesetzt. Andere Kooperationsgremien folgten wenige Tage später, darunter der Euro-Arktische Barents-Rat, dem die Nordischen Länder, die EU sowie ebenfalls Russland angehören. Die regionale Zusammenarbeit in der Arktis wurde somit auf Eis gelegt, was nicht zu unterschätzende Auswirkungen auf Forschung, Umweltschutz und den länderübergreifenden Austausch für die Indigenen hat, vor allem für die Samen, deren traditionelles Siedlungsgebiet sich über die strategisch wichtige Kola-Halbinsel Russlands erstreckt und deren Rentierherden seit Jahrhunderten die russischen Grenzen mit Norwegen und Finnland passieren.

Es ging den fünf Nordischen Ländern in der Vergangenheit bei regionalen und europäischen Sicherheitsfragen nie nur um militärische Sicherheit. Der Klimawandel und eine nachhaltige Entwicklung wurden als die größte Herausforderung gesehen. Drei der Länder sind auch Mitglieder der Europäischen Union. Damit stellte sich spätestens seit 2014 auch die Frage: Welche Rolle

kann die EU als supranationale Union für Entwicklung und Sicherheit in der Arktis spielen und welchen Einfluss hat sie als geopolitischer Akteur? Im Oktober 2021 hat die EU eine neue Arktisstrategie aufgelegt und die Geopolitik nunmehr an den Beginn der strategischen Überlegungen gestellt. Unter den Nordischen Ländern gibt es zur Rolle der EU durchaus unterschiedliche Interpretationen, eine gemeinsame „nordische Sicht“ ist nicht leicht zu identifizieren.

### Neues Sicherheitsumfeld nach dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine

Anstelle von fünf NATO-Mitgliedern im Arktischen Rat – wie vor dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine im Februar 2022 – könnten es bald sieben sein, da Finnland und Schweden nach Jahrzehnten der Bündnisfreiheit (im Falle Schwedens über 200 Jahre) bereits im Mai 2022 ihre Anträge auf NATO-Mitgliedschaft gestellt haben. Finnlands Beitritt wurde im April 2023 bereits vollzogen. Beide Länder grenzen zwar nicht an den Arktischen Ozean, ihre Sicherheitsinteressen liegen daher im Unterschied zu Norwegen stärker in den nördlichen Landesteilen sowie im Ostseeraum. Dieser aber wird zusammen mit der Arktis und dem Nordatlantik als ein verbundener Sicherheitsraum gesehen. Die bestehende Grenze zwischen Finnland und Russland verdoppelt zudem die Länge der Landgrenze zwischen der NATO und Russland. Es ist zu hoffen, dass insbesondere die Türkei nun ihren Widerstand gegen den Beitritt Schwedens aufgeben wird. Somit würden dann alle fünf Nordischen Länder dem Verteidigungsbündnis angehören.

Auch die Haltung von Dänemark und Norwegen hat sich mit dem Aufheben des dänischen Vorbehalts gegenüber der Verteidigungskooperation innerhalb der EU im Juni 2022 sowie einer neuen Bedrohungswahrnehmung im arktischen Raum verändert. Der Vorbehalt im Verteidigungsbereich hatte bedeutet, dass Dänemark nicht an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder an militärischen Operationen der EU teilnehmen konnte beziehungsweise musste.<sup>11</sup>

In den vergleichsweise friedlichen Jahrzehnten nach dem Kalten Krieg hatten sich die Streitkräfte und militärischen Planer der Nordischen Länder eher auf Auslandseinsätze und weniger auf die territoriale und maritime Verteidigung im hohen Norden konzentriert. Die nationalen Verteidigungsstrategien blieben relativ unverändert und wirkten dadurch zunehmend veraltet. Erst in den 2010er-Jahren wurde die Notwendigkeit einer neuen militärischen Planung näher am eigenen Land in den Vordergrund gerückt, vor allem nach der russischen Annexion der Krim 2014. Nach 2014 verschärfte sich Moskaus Rhetorik in Bezug auf die Arktis deutlich. Dies spiegelt sich auch in russischen Sicherheitsdokumenten wider, insbesondere in der Militärdoktrin von 2014 und der Marinedoktrin von 2015.<sup>12</sup>

Die finnischen und schwedischen Verteidigungsminister reagierten im März 2015 mit einem neuen Abkommen zur militärischen Zusammenarbeit, das im Falle eines Angriffs einen gemeinsamen Kriegseinsatz der beiden Länder ermöglicht hätte. Das 2009 gegründete Verteidigungsbündnis NORDEFCO der Nordischen Länder wurde 2015 mit einem weiteren Abkommen zur Ausweitung militärischer Übungen und dem Austausch von Informationen gestärkt. Aufgrund ihrer Nähe zur militärisch hochgerüsteten russischen Kola-Halbinsel mit dem Sitz der Nordflotte bei Murmansk spielen die Nordischen Länder für die kollektive Sicherheit Nordeuropas ohne Zweifel eine ungemein wichtige Rolle. Die neuen NATO-Mitglieder Finnland und Schweden werden beziehungsweise würden die Allianz mit ihren militärischen Fähigkeiten bereichern und Nordeuropa von der Ostsee über den Nordatlantik bis zur Arktis in einen kompakten Raum der NATO verwandeln.

---

**Gabriele Baumann** ist Leiterin des Regionalprogramms Nordische Länder der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Stockholm.

**Julian Tucker** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Regionalprogramms Nordische Länder der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 1 Laut einer 2021 erschienenen Studie der Arbeitsgruppe Arctic Monitoring and Assessment Programme (AMAP) des Arktischen Rates steigen die Durchschnittstemperaturen an den Polen dreimal so schnell wie sonst auf der Erde. AMAP 2021: Arctic Climate Change Update 2021: Key Trends and Impacts. Summary for Policy-makers, 20.05.2021, in: <https://bit.ly/3PpvqhN> [13.12.2022]. Andere Studien wie ein 2022 erschienener Artikel in Nature schätzen die Erwärmung auf das Vierfache des globalen Durchschnittswerts: Rantanen, Mika / Karpechko, Alexey Yu. / Lipponen, Antti et al. 2022: The Arctic has warmed nearly four times faster than the globe since 1979, Communications Earth & Environment 3, Artikel 168, 11.08.2022, in: <https://go.nature.com/3VVMtue> [13.12.2022].
- 2 Tatsächlich wird seit einigen Jahren, vor allem nach den Rekorderscheinungen 2007 und 2012, debattiert, ob es einen wirklichen „Kipppunkt“ bei der Bildung von Meereis im Sommer gibt – ein Phänomen, bei dem der Rückgang des Sommermeises so bedeutend wäre, dass sich keine neue Eisdecke im Winter bilden könnte. Eine Modellstudie von Forschern des Max-Planck-Instituts für Meteorologie aus dem Jahr 2011 deutet darauf hin, dass sich das Meereis schnell erholen könnte, selbst wenn das gesamte Meereis der Arktis im Sommer schmelzen würde – was zeigt, dass die Rückkopplungseffekte, die zu einer Abwärtsspirale bei der Eisausdehnung führen würden, möglicherweise schwächer sind als vorher angenommen. Dennoch gibt es einen deutlichen Trend zu weniger Eis in der Arktis, was schwerwiegende ökologische und regionale Auswirkungen hätte. Tietsche, Steffen / Notz, Dirk / Jungclaus, Johann / Marotzke, Jochem 2011: Recovery mechanisms of Arctic summer sea ice, Geophysical Research Letters 38: 2, 26.01.2011, in: <https://bit.ly/3RoZyul> [13.12.2022].
- 3 Das Programm der Conservation of Arctic Flora and Fauna (CAFF), einer Arbeitsgruppe des Arktischen Rates, die sich auf die Erhaltung und Beobachtung der Biodiversität der Arktis spezialisiert, veröffentlicht regelmäßig Studien beziehungsweise Lageberichte zu unterschiedlichen Biomen der Arktis wie: Lento, Jennifer / Goedkoop, Willem / Culp, Joseph et al. 2019: State of the Arctic Freshwater Biodiversity Report, CAFF, 13.05.2019, in: <https://bit.ly/3Wc3yQj> [13.12.2022]; Aronsson, Mora / Heiðmarsson, Starri / Jóhannesdóttir, Hrefna et al. 2021: State of the Arctic Terrestrial Biodiversity Report, CAFF, 05/2021, in: <https://bit.ly/3Fshfnd> [13.12.2022].
- 4 Cederblad, Johanna 2023: Jättefynd i Kiruna: „Största i Europa“ (Riesenfund in Kiruna: „Größter in Europa“), Svenska Dagbladet, 12.01.2023, in: <https://bit.ly/3kXFsLI> [12.01.2023].
- 5 Schwedisches Außenministerium 2020: Sweden’s strategy for the Arctic region, in: <https://bit.ly/3UTD3hs> [13.12.2022].
- 6 Regierung der Republik Finnland, Büro der Ministerpräsidentin 2021: Finland’s Strategy for Arctic Policy, in: <https://bit.ly/3KJUC1Y> [27.02.2023].

- 7 Ilta-Sanomat 2013: Vapaavuori: Aker Arctic oli vaarassa siirtyä ulkomaiseen omistukseen (Vapaavuori: Aker Arctic lief Gefahr, von ausländischen Eigentümern übernommen zu werden), 17.12.2013, in: <https://bit.ly/3Ylg5ms> [13.12.2022].
- 8 Internationale Arbeitsorganisation 1989: Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern, C169, in: <https://bit.ly/40IEJ1k> [13.02.2023].
- 9 Fontanka 2022: Путин: В новой Морской доктрине открыто обозначены границы РФ (Putin: In der neuen Marinedoktrin Russlands werden Grenzen offen benannt), 31.07.2022, in: <https://bit.ly/40M681z> [30.03.2023].
- 10 Arctic Council 1996: Declaration on the Establishment of the Arctic Council, 19.09.1996, in: <https://bit.ly/3FP4hl9> [13.12.2022]. Der Arktische Rat ist das führende zwischenstaatliche Forum für die Kooperation zwischen den Ländern und den indigenen Völkern der Arktis. Es befasst sich mit nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung, Klima- und Ozeanforschung und Umweltschutz, reagiert auf Naturkatastrophen sowie Notfälle und stärkt die Zusammenarbeit der Küstenwachen in der Region. Alle Entscheidungen und Erklärungen des Rates erfordern den Konsens der acht arktischen Staaten, der Hauptsitz des Rates liegt in der nordnorwegischen Stadt Tromsø.
- 11 Nach der Ablehnung des Vertrags von Maastricht in einem Volksentscheid 1992 wurde das Edinburgh-Abkommen geschlossen, welches Dänemark vier Vorbehalte in der Europäischen Union zusprach, einen davon im Bereich der Verteidigungspolitik. Der Vertrag von Maastricht wurde daraufhin 1993 ratifiziert.
- 12 Russia Maritime Studies Institute / Davis, Anna 2015: The 2015 Maritime Doctrine of the Russian Federation, U.S. Naval War College Digital Commons, in: <https://bit.ly/3mOsvSh> [30.03.2023].



Die Arktis. Zwischen Konflikt und Kooperation

# Vom Niemandland zum Kontinent des 21. Jahrhunderts?

Zur Zukunft der Antarktis

Inga von der Stein

Weit entfernt und fast unbewohnt, aber zunehmend bedeutend in der internationalen Politik: Die Antarktis ist im Kampf gegen den Klimawandel ein unabdingbarer Baustein. Zudem hat das bisherige „Niemandland“ aufgrund der vermuteten Rohstoffvorkommen das Potenzial, sich mittel- und langfristig zu einer geopolitischen Arena zu entwickeln. Deutschland und Europa sollten sich stärker für Stabilität und Nachhaltigkeit in der Region einsetzen.

---

Im Oktober 2022 erreichte der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine auch die Antarktis. Beim jährlichen Treffen der Antarktiskommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze forderte die ukrainische Delegation, Russland aus dem Gremium auszuschließen. Diese Forderung blieb erfolglos. Bedeutender war allerdings, dass auch das Hauptanliegen des Treffens – die Einrichtung von Meeresschutzzonen – scheiterte.<sup>1</sup> Solche Gebiete sollten deklariert werden, um die einzigartige Artenvielfalt zu schützen. Über das Abkommen waren sich zwar 25 der 27 Vertragsparteien einig.<sup>2</sup> Wegen des Einstimmigkeitsprinzips und der Vetos von China und Russland scheiterte das Vorhaben jedoch, wie schon bei den fünf vorherigen Treffen. Chinas Interessen liegen in der Aufrechterhaltung der Fischerei in der Antarktis und dem etwaigen zukünftigen Rohstoffabbau. Russland sieht die Antarktis hingegen primär als einen Zusatzschauplatz der geopolitischen Arena und beabsichtigt, den eigenen Handlungsspielraum so groß wie möglich zu halten.

### **Der Blick der EU auf die Pole**

Während die Antarktis bislang wenig Aufmerksamkeit erhält, ist die strategische Bedeutung ihres nördlichen Gegenpols, der Arktis, in der deutschen und europäischen Politik angekommen. Die Europäische Kommission stellte 2021 ihre neue EU-Arktisstrategie<sup>3</sup> vor. In dieser betont sie zum ersten Mal die „geopolitische Notwendigkeit“ eines Engagements der EU in der Arktis. Der neue Zweiklang des Einsatzes der EU in der Arktis bestehe fortan aus den Bereichen Nachhaltigkeit und Sicherheit. Die

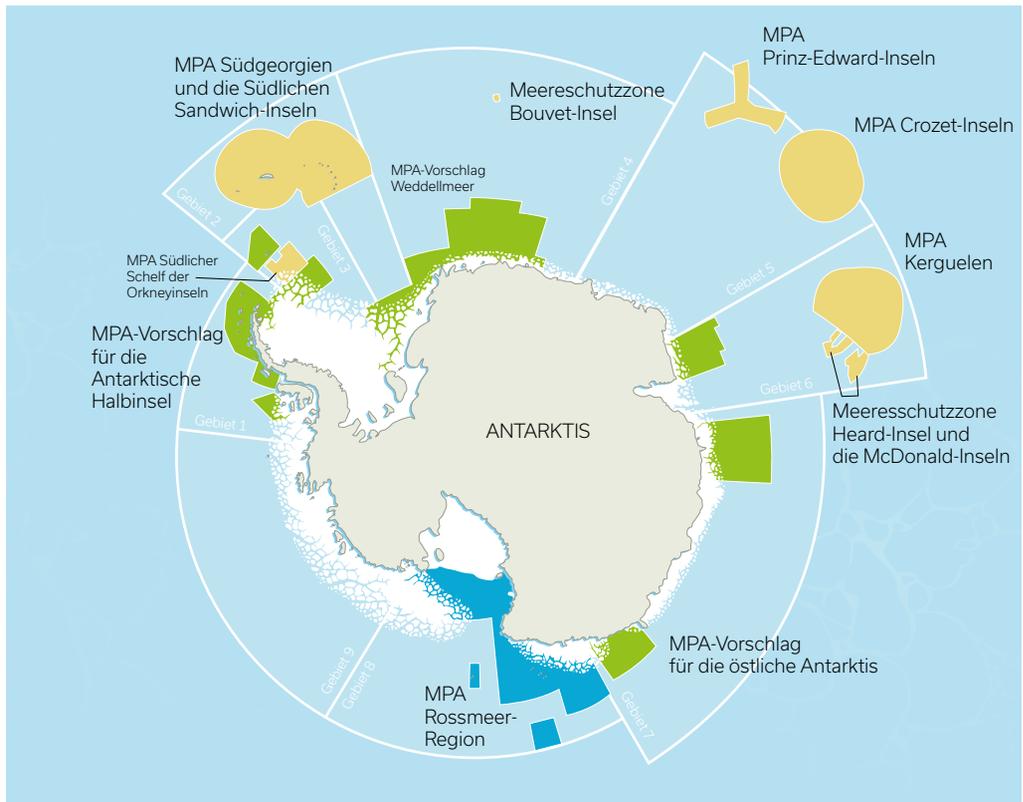
militärischen Aktivitäten Russlands in der Arktis sowie die Interessen Chinas im Bereich der Polaren Seidenstraße, wie der Ausbau kritischer Infrastruktur und der Rohstoffabbau in der Arktis, werden explizit genannt. Die Werkzeuge der EU: die Einrichtung eines EU-Büros in Grönland, die Bereitstellung von EU-Mitteln für die Förderung des grünen Wandels sowie der Einsatz für multilaterales Handeln im Arktischen Rat.

Für die Antarktis gibt es keine solche Mitteilung, keine Strategie, kaum EU-Mittel. Im Strategischen Kompass der EU<sup>4</sup> von 2022 wird die Antarktis nicht einmal erwähnt. Die EU betrachtet die Antarktis vor allem unter dem Gesichtspunkt Klima. Das eher punktuelle als breite Engagement ist unter anderem der Geografie geschuldet: Während zwischen Brüssel und der Arktis eine Distanz von gut 4.900 Kilometern liegt, ist die Antarktis fast dreimal so weit entfernt. Im Gegensatz zur Arktis besteht die Antarktis nicht nur aus Eis, sondern aus Landmasse, die von Eis bedeckt ist: Es handelt sich um den südlichsten Kontinent der Welt.<sup>5</sup> Gemeinsam haben die Pole, dass sie von den Auswirkungen des Klimawandels besonders stark betroffen sind.<sup>6</sup> Des Weiteren wird spekuliert, dass beide Polregionen Rohstoffe beherbergen, welche durch das Schmelzen des Eises zugänglicher werden könnten.<sup>7</sup>

### **Der Antarktisvertrag als ewiger Friedensgarant?**

Der sechste Kontinent ist bis heute ein Beispiel für Frieden – auch dank des Antarktisvertrags aus dem Jahr 1959.<sup>8</sup> Dieser gilt als erster Rüstungs-

**Abb. 1: Existierende und vorgeschlagene Meeresschutzzonen (MPAs) in der Antarktis**



■ Bestehende MPAs unter der CCAMLR ■ Bestehende MPAs, die erweitert oder zusätzlich geschützt werden müssen ■ MPA-Vorschläge oder Entwürfe von Szenarien, die von der CCAMLR verhandelt werden. Quelle: eigene Darstellung nach Kavanagh, Andrea 2017: A Network of Marine Protected Areas in the Southern Ocean, The Pew Charitable Trusts, 25.04.2017, in: <https://bit.ly/3HExyAb> [16.02.2023]. Karte: © Peter Hermes Furian, AdobeStock.

kontrollvertrag aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Zwölf Staaten<sup>9</sup> einigten sich darauf, ihre Gebietsansprüche ruhen zu lassen und sowohl die wirtschaftliche Ausbeutung als auch militärische Aktivitäten zu unterlassen. Heute sind insgesamt 56 Vertragsstaaten Teil des Abkommens, davon 20 EU-Mitgliedstaaten.<sup>10</sup> Nicht alle Signatarstaaten sind bei den Konsultativtagungen stimmberechtigt. Dazu muss ein Staat eine Forschungsstation in der Antarktis errichten oder eine wissenschaftliche Expedition entsenden. Die Ergebnisse der Forschungen sollen der Allgemeinheit dienen. Zusätzlich hält der Antarktisvertrag fest, dass die Konsultativstaaten dazu berechtigt sind, Inspektionen aller Gebiete der Antarktis durchzuführen. Alle Entscheidungen werden nach dem Einstimmigkeitsprinzip getroffen. Derzeit haben

29 Staaten den Konsultativstatus inne, davon sind elf EU-Mitgliedstaaten. Deutschland ist seit 1981 Konsultativstaat.

## Der Antarktisvertrag kann nur einstimmig geändert werden.

Der Antarktisvertrag von 1959 war nur der Beginn: Im Laufe der Jahre kamen fünf Folgeverträge hinzu. Hervorzuheben ist das Übereinkommen zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis aus dem Jahr 1980.<sup>11</sup> Aus dem Übereinkommen ging die Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis (Commission for the Conservation of

Antarctic Marine Living Resources, CCAMLR) hervor. Diese Kommission hat 26 Vollmitglieder, darunter die EU sowie acht EU-Mitgliedstaaten. Sowohl die EU als auch die acht EU-Mitgliedstaaten sind stimmberechtigt. Ziel der CCAMLR ist die Einrichtung von Zonen zum Schutz des maritimen Lebens (Marine Protected Areas, MPA). Sie ist derzeit das relevanteste Gremium des Antarktisvertragssystems. Von großer Bedeutung ist außerdem das Umweltschutzprotokoll,<sup>12</sup> auch Madrid-Protokoll genannt, aus dem Jahr 1991. Dieses spezifiziert die Umweltauflagen und verbietet explizit den kommerziellen Abbau von Rohstoffen. Das Protokoll gilt als eines der umfangreichsten Umweltschutzsysteme auf globaler Ebene.

### **Schwächen des Antarktisvertragssystems**

Doch so sicher, wie es scheint, ist das Antarktisvertragssystem nicht. Der Antarktisvertrag, der militärische Aktivitäten untersagt, gilt als das sicherste Element des Vertragssystems. Er kann zwar geändert werden, es ist allerdings Einstimmigkeit erforderlich, was eine große Barriere darstellt.<sup>13</sup> Bisher wurden keine Änderungen des Vertrags vorgenommen. Solche würden dem Öffnen der Büchse der Pandora gleichen, warnt Maria Teresa Kralikas, Unterstaatssekretärin für die Malwinen, Antarktis und Südatlantik im argentinischen Außenministerium von 2016 bis 2019.<sup>14</sup> Zudem könnten Änderungen Staaten einen Vorwand geben, aus dem Vertrag auszutreten. Dadurch würde der Antarktisvertrag brüchig und letztlich obsolet.

## **Die Antarktis enthält 70 Prozent der globalen Süßwasserreserven.**

---

Das Meeresschutzübereinkommen hat ein größeres Handicap: Die eingerichteten Meeresschutzzonen gelten nicht auf unbestimmte Zeit. Das Meeresschutzgebiet im Rossmeer gilt zunächst bis 2052.<sup>15</sup> Wird kein Konsens zur Bestätigung oder Änderung der Schutzzone erzielt, läuft diese

aus. Die Errichtung neuer Meeresschutzzonen erfordert Einstimmigkeit. China und Russland nutzen dies und blockieren die Errichtung von Meeresschutzgebieten kontinuierlich. Um die beiden Länder zum Einlenken zu bringen und so Einstimmigkeit zu erreichen, werden die vorgeschlagenen Laufzeiten der Meeresschutzzonen immer weiter verkürzt. Ob diese Meeresschutzzonen dauerhaft Bestand und den gewünschten Effekt haben, ist daher fraglich.

Ein weiteres Schlupfloch im Antarktisvertragssystem bietet das Umweltprotokoll, das den Rohstoffabbau verbietet. Dieses kann 50 Jahre nach Inkrafttreten 1998 durch den Antrag eines Vertragsstaates überprüft werden,<sup>16</sup> also im Jahr 2048. Notwendig für die Annahme einer Änderung oder einer Ergänzung ist die Zustimmung der Mehrheit der Vertragsstaaten wie auch von drei Vierteln der Konsultativstaaten des Antarktisvertrags. Im Gegensatz zu fast allen Entscheidungen im Antarktisvertragssystem gilt hier also kein Einstimmigkeitsprinzip. Vertragsänderungen könnten den Vertragsparteien einen Vorwand geben, um von dem Protokoll zurückzutreten und womöglich mit dem Abbau von Rohstoffen zu beginnen.<sup>17</sup>

### **Die Zukunft der Antarktis als Kontinent des 21. Jahrhunderts**

#### *Klimawandel*

Der Klimawandel rückt die Antarktis stärker in den internationalen Fokus: Einerseits haben die Eisschmelze und der damit verbundene Meeresspiegelanstieg Auswirkungen globalen Ausmaßes. Andererseits wird spekuliert, dass bisher unter dem Eis befindliche Rohstoffe zugänglich werden könnten. Im UN-Weltklima-report 2022 heißt es, dass die Polarregionen überdurchschnittlich von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind und sich bis 2050 grundlegend verändern werden.<sup>18</sup> Vieles liegt allerdings noch im Dunkeln: wie schnell das Eis schmilzt, welche weltweiten Auswirkungen die Eisschmelze hat und wie sich das Schmelzen des Antarktiseises, welches 70 Prozent der globalen Süßwasserreserven ausmacht,

auf die Meeresströmungen auswirkt. Eine umso wichtigere Rolle spielt die Klimaforschung, welche in der Antarktis betrieben wird.

Schon jetzt ist die Vielfalt der mehr als 8.000 Tierarten in der Antarktis bedroht.<sup>19</sup> Besondere Bedeutung kommt dem Krill zu: Ohne ihn wäre das gesamte antarktische Ökosystem in Gefahr. In den vergangenen 40 Jahren ist der Krillbestand um 70 bis 80 Prozent zurückgegangen.<sup>20</sup> Dies liegt zum einen an dem Meereisverlust, der zu einer Versauerung des Ozeans führt. Andererseits führt die Überfischung in der Antarktis zu einem Schrumpfen der Fischbestände. Von den geschätzt 300 bis 500 Millionen Tonnen Krill in der Antarktis werden pro Jahr rund 100.000 Tonnen gefischt. Dies entspricht zwar nur einem sehr geringen Teil des Gesamtbestands, die Bedeutung des Krillfangs wächst jedoch: Die Ressource wird in Nahrungsmitteln und auch zunehmend in Medizin- und Kosmetikprodukten genutzt. Daher ist es wahrscheinlich, dass sich der Krillfang bis 2050 verdoppeln wird.<sup>21</sup>

## Über Art, Menge und Qualität der Bodenschätze gibt es bisher nur Vermutungen.

China und Norwegen fischen die größten Krillmengen. Um die Überfischung zu stoppen, wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Meeresschutzgebiete eingerichtet. Doch die gegenwärtigen Verhandlungen über Erweiterungen und neue Schutzzonen scheitern wie oben beschrieben an Russland und China. Es ist außerdem schwer, die Meeresschutzzonen zu überwachen, da diese Gebiete von riesigem Ausmaß sind und außerhalb nationaler Hoheitsgewässer liegen.

### *Rohstoffe*

Die Eisschmelze weckt aufgrund der vermuteten Rohstoffe neue Begehrlichkeiten. Die Antarktis werde wegen ihrer Ressourcen der Kontinent

des 21. Jahrhunderts, sagt Mario Baizán, Berater des Kabinettschefs des argentinischen Sicherheitsministeriums von 2015 bis 2019.<sup>22</sup> Dem wirtschaftlich gebeutelten Argentinien spielt das Interesse in die Hände, so ist die argentinische Stadt Ushuaia bei weitem die meist genutzte der fünf antarktischen „Gateway“-Städte.<sup>23</sup> Über die Arten der Bodenschätze, wie auch ihre Qualität und Quantität, gibt es allerdings statt gesicherter Berechnungen bisher nur Vermutungen. Grund ist zum einen die Vereisung des Kontinents und zum anderen das Verbot des Rohstoffabbaus durch das Umweltprotokoll. Es ist davon auszugehen, dass die Vertragsparteien Erkenntnisse größtenteils für sich behalten. Bekannt ist bisher, dass es in der Antarktis Kohlelagerstätten und Eisenerzvorkommen gibt. Vermutet werden Metalle wie Nickel, Kupfer und Platin wie auch Erdöl- und Erdgasvorkommen. Neben den rechtlichen Hürden wäre die Förderung derzeit zudem wirtschaftlich nicht rentabel.<sup>24</sup> Im Hinblick auf die Rohstoffvorkommen stößt die Arktis bislang auf ein größeres Interesse, da das Eis der Arktis schneller schmilzt als das der Antarktis.<sup>25</sup> Doch auch das Eis der Antarktis bleibt nicht verschont von den steigenden Temperaturen – und dessen sind sich alle Akteure bewusst.

### *Ruhende Gebietsansprüche*

Das Interesse an den vermuteten Rohstoffen bringt die Frage zurück auf die Agenda: Welcher Entität gehören die Rohstoffe eigentlich? Sieben Staaten hatten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Gebietsansprüche, begründet durch Erforschungen der reklamierten Flächen oder geografische Nähe, erhoben: Argentinien, Australien, Chile, Frankreich, Neuseeland, Norwegen und das Vereinigte Königreich (siehe Abbildung 2). Der Antarktisvertrag hat diese Gebietsansprüche eingefroren, aber nicht eliminiert.<sup>26</sup> Sollte der Vertrag in Zukunft nicht mehr gelten, ist vorstellbar, dass die Staaten mit Gebietsansprüchen auf diesen beharren oder diese gar ausweiten und andere Staaten ebenfalls Ansprüche erheben. Die Gebietsansprüche von Argentinien, Chile und Großbritannien etwa überlappen sich teilweise. Russland und die USA wiederum erkannten die

Gebietsansprüche in der Vergangenheit nicht an und behielten sich eigene vor. Darüber hinaus könnte es zu Unstimmigkeiten im Hinblick auf die Ausschließlichen Wirtschaftszonen kommen, das heißt das Meeresgebiet bis zu 200 Seemeilen vor der Küste. Infrage stehen exklusive Rechte für Fischerei und an Bodenschätzen. Die ruhenden Gebietsansprüche bergen daher Konfliktpotenzial.

### *Geopolitik am Südpol*

Ähnlich wie die Arktis gerät auch die Antarktis zunehmend in den Fokus der weltpolitischen Akteure des 21. Jahrhunderts. Im Gegensatz zum Arktischen Rat ist die Antarktis kein geschlossener Club: Jeder Staat, der eine Forschungsstation auf der Antarktis betreibt, bekommt ein Stimmrecht im Antarktirat. Dies ermöglicht eine breitere Teilnahme. Die drei Akteure, die aufgrund ihres Engagements in der Antarktis herausstechen, sind die USA, China und Russland. Die USA sind zum einen Spitzenreiter, was die Qualität der Forschung in der Antarktis betrifft, zum anderen befinden sich permanent über 1.200 US-Staatsbürger für Forschungszwecke in der Antarktis – so viele wie aus keinem anderen Land.<sup>27</sup>

## **Im Vergleich zur Arktis hat China in der Antarktis einen größeren Handlungsspielraum auf institutioneller Ebene.**

Russland versteht die Antarktis primär als einen Raum des geopolitischen Wettbewerbs, verfügt jedoch nicht über ausreichend wirtschaftliche Mittel, um so präsent zu sein, wie es die Sowjetunion während des Kalten Krieges war. Russland wird vorgeworfen, sich nicht an die Regeln des Antarktisvertragssystems zu halten. Beispiele sind mutmaßliche russische Aktivitäten mit Technologien doppelten Verwendungszwecks, wie etwa Satelliten. Hier besteht der Verdacht, dass Russland diese nicht nur aus zivilen Forschungsgründen, sondern auch für militärische und nachrichtendienstliche Zwecke nutzen könnte.

Dies würde gegen das Verbot militärischer Aktivitäten verstoßen. Darüber hinaus verletzte ein russisches Schiff 2020 das Fischereiverbot in einer Meeresschutzzone.<sup>28</sup> Wie einige der chinesischen Forschungsstationen wurden auch russische Stationen zum Teil seit mehr als zehn Jahren nicht inspiziert. Dies birgt die Gefahr, dass die internationale Gemeinschaft über die russischen Aktivitäten nicht im Bilde ist. Im Hinblick auf die Zukunft der Antarktis ist davon auszugehen, dass Russland weiterhin mit China an einem Strang zieht, um den eigenen Handlungsspielraum nicht einzuschränken. Denkbar ist, dass Russland gemeinsam mit China





Das meist genutzte Tor zur Antarktis: die südargentinische Hafenstadt Ushuaia. Foto: Alvis Uptis, Design Pics, picture alliance.

eine Veränderung des Umweltprotokolls im Jahr 2048 anstreben könnte, um die Möglichkeit zu eröffnen, langfristig in der Antarktis Rohstoffe abzubauen.

China ist seit 1985 Konsultativpartei des Antarktisertrags ohne Gebietsanspruch. In den vergangenen zehn Jahren stieg die chinesische Präsenz stark. Klimaforschung allein kann dieses Engagement nicht erklären, was zu dem Schluss führt, dass China weitere Interessen in der Antarktis verfolgt, wie militärische Forschung und

die Erforschung der Rohstoffvorkommen. Im Unterschied zur Arktis hat China in der Antarktis einen größeren Handlungsspielraum. Im Arktischen Rat obliegt das Entscheidungsrecht nur acht Staaten.<sup>29</sup> Somit ist der chinesische Einfluss in der Arktis auf institutioneller Ebene begrenzt. Die institutionelle Struktur in der Antarktis, die jedem Staat ein Mitspracherecht für wissenschaftliche Forschung verleiht, ist für China höchst attraktiv. Strategisch spielt es der Volksrepublik in die Karten, dass die Antarktis bisher nahezu ein Niemandsland ist.

Um sich als Akteur ins Spiel zu bringen, verfügt das Land über vier Forschungsstationen, eine fünfte ist gegenwärtig im Bau. Darüber hinaus plant China den Bau eines Flughafens nahe der Forschungsstation Zhongshan.<sup>30</sup> Ein Großteil der chinesischen Aktivitäten findet im ostantarktischen Sektor statt, in dem auch die meisten Forschungsstationen liegen. Dieses Gebiet ist strategisch relevant, da viele Ressourcen wie Eisenerz vermutet werden. Auffällig ist, dass die chinesischen Stationen eine Art Korridor vom

Südpol bis zur Küste der Ostantarktis bilden. María Teresa Kralikas schätzt, dass China mittel- bis langfristig durch die strategische Positionierung der Stationen einen Gebietsanspruch geltend machen möchte. Die Volksrepublik wird immer wieder für mangelnde Transparenz bei der Berichterstattung über ihre antarktischen Aktivitäten kritisiert. So verschleiert das Land etwa den Einsatz seines Militärs für vermeintlich wissenschaftliche Projekte und verletzt mutmaßlich internationales Recht.<sup>31</sup> Die



Nicht nur Tourismus: China hat seine Aktivitäten in der Antarktis in den vergangenen Jahren massiv erhöht. Transparenz wird dabei nicht großgeschrieben. Foto: Ashley Cooper, Global Warming Images, picture alliance.

Forschungsstation Kunlun wurde noch nie inspiert.<sup>32</sup> Diese wird laut Selbstauskunft sowohl für Weltraumforschung als auch Tiefenbohrungen genutzt.<sup>33</sup> Das Land nutzt zudem viele Satelliten, die neben zivilen Zwecken potenziell auch für das Militär von großem Nutzen sein können.

Ökonomisch ist die Antarktis für China wegen des Krillfangs und der vermuteten mineralischen Rohstoffe lukrativ. Das chinesische Polarinstitut hält den chinesischen Zugang zu diesen Ressourcen für die ökonomische Entwicklung und den Fortbestand der Volksrepublik für unerlässlich.<sup>34</sup> Beim Aufbau der notwendigen Infrastruktur profitiert China von den guten Beziehungen, die es mit Argentinien pflegt. Argentinien ist seit Anfang 2022 Teil der „Neuen Seidenstraße“. China zeigt sich interessiert an Investitionen in der Hafenstadt Ushuaia. Die Volksrepublik benötigt solche Städte als logistisches Eintrittstor, um ihre Ambitionen in der Antarktis umzusetzen. Mehrere Medien berichteten im Januar 2023, dass China gar einen eigenen Hafen in Feuerland bauen wolle.<sup>35</sup> Insgesamt ist die Antarktis für China ein wichtiger Baustein im Streben zur Weltmacht bis 2049.

Zur Positionierung Chinas in der Antarktis ist folgendes Szenario wahrscheinlich: Aufgrund des Interesses am Krillfang dürfte die Volksrepublik die Arbeit der Antarktiskommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze weiterhin torpedieren. Die Errichtung von neuen Meeresschutzzonen dürfte China verhindern oder ausschließlich Meeresschutzzonen mit einer geringen Laufzeit zustimmen. Derzeit hat das Land kein Interesse, den Antarktisvertrag grundlegend zu verändern, da die Volksrepublik selbst vom Status quo profitiert und so den Einfluss im Südpolarmeer weiter ausbauen kann. Es ist jedoch denkbar, dass China 2048 eine Änderung des Umweltprotokolls anstreben wird, um sich die Möglichkeit zu eröffnen, legal Rohstoffe abzubauen. Sollte China mit dem Abbau von Rohstoffen beginnen, könnte dies eine Kettenreaktion auslösen: Die eingefrorenen Gebietsansprüche würden wieder zum Vorschein kommen, das Antarktisvertragssystem wäre in Gefahr und könnte im schlimmsten Fall

kollabieren. Die Volksrepublik selbst hat keine Gebietsansprüche, die chinesischen Forschungsstationen liegen allerdings auf einem Gebiet mit ruhenden australischen Gebietsansprüchen, was zu einem Konflikt führen könnte.

## China wirbt bereits aktiv um Ushuaia als Eintrittstor in die Antarktis.

### Es ist Zeit zu handeln: Stärkerer Fokus Deutschlands und der EU auf die Antarktis

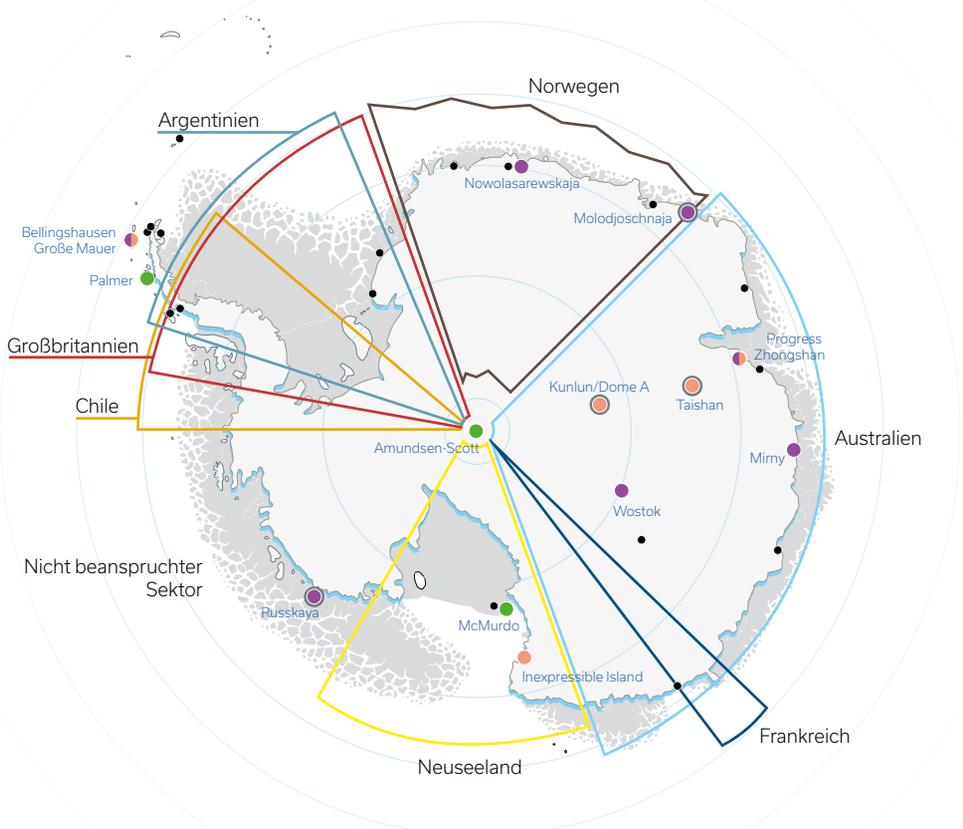
Trotz der geografischen Entfernung sollte der sechste Kontinent auch in den politischen Erwägungen der EU eine Rolle spielen. Besonders Augenmerk sollte dabei auf China liegen. Ansatzpunkt könnte die neue EU-Arktisstrategie sein. Viele der Herausforderungen in der Arktis und Antarktis weisen Gemeinsamkeiten auf: so etwa der Klimawandel, die durch die Eisschmelze zugänglichen Rohstoffe und das Interesse auch auswärtiger Mächte an diesen. Es bedarf einer ganzheitlichen „EU-Polarstrategie“ für Arktis und Antarktis. Diese würde einerseits den EU-Mitgliedstaaten, welche Parteien im Antarktisvertragssystem sind, eine pragmatische Richtschnur für ihr Handeln geben. Andererseits könnte die EU ihren Einfluss als normative Macht ausbauen und so bei den Antarktisvertragsstaaten für Nachhaltigkeit und Stabilität werben. Die Antarktis sollte über die Generaldirektion Maritime Angelegenheiten und Fischerei der Europäischen Kommission auch im Europäischen Auswärtigen Dienst stärker thematisiert werden. Die eingerichtete Stelle für den Sondergesandten für die Arktis könnte auch das Thema Antarktis in das Portfolio aufnehmen. Daneben sollten auch die Generaldirektionen Klima und Handel eingebunden werden. Auch bei der deutschen Chinastrategie, die derzeit ausgearbeitet wird, sollte die Antarktis nicht außer Acht gelassen werden. Es gilt, Chinas Ambitionen global zu betrachten und sich dabei mit den USA und weiteren demokratischen Partnern zu koordinieren.

Als Teil des Antarktisvertragssystems sollten sich die EU und die EU-Mitgliedstaaten weiterhin für den Klimaschutz und den Erhalt der Artenvielfalt in der Antarktis einsetzen. Dazu gehört das Werben für die Errichtung von Meeresschutzgebieten in der Antarktiskommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze. Doch dies reicht nicht, wie die Vetos von Russland und China 2022 zum sechsten Mal in Folge illustriert haben. Es ist deshalb erforderlich, dass die Meeresschutzgebiete auf einer höheren politischen Ebene diskutiert und auch bei bilateralen Treffen deutscher und europäischer Spitzenpolitiker mit chinesischen und russischen Ansprechpartnern auf die Agenda gesetzt werden. Der Kampf gegen den Klimawandel ist von globalem Interesse und erfordert

Zusammenarbeit sowohl mit Partnern als auch mit Wettbewerbern und systemischen Rivalen.

Dass das Engagement der EU in der Antarktis ausbaufähig ist, ist zum Teil auf rechtliche Faktoren zurückzuführen, da der Antarktisvertrag und sein Protokoll den Beitritt auf Staaten beschränkt. Unter den Vertragsparteien befinden sich jedoch elf EU-Mitgliedstaaten. Statt die Infrastruktur nationaler Forschungsstationen zu finanzieren, sollte es weitere gemeinsame Projekte geben – ein Beispiel ist etwa die gemeinsame Forschungsstation Concordia von Frankreich und Italien. Ein weiteres positives Beispiel ist die geplante internationale Mission des Alfred-Wegener-Instituts. Darüber hinaus sollte die Europäische Union Mittel zur Verfügung stellen, etwa im Rahmen

**Abb. 2: Gebietsansprüche (ruhend) und Forschungseinrichtungen in der Antarktis**



Forschungseinrichtungen von ● Russland ● China ● USA. ◦ Saisonal betriebene Forschungseinrichtungen.  
 ● Weitere ganzjährig betriebene Forschungsstationen. Quellen: eigene Darstellung nach Polar-Journal 2000: Gebietsansprüche in der Antarktis, 01.01.2000, in: <https://bit.ly/3VVwFHZ> [16.02.2023]; Boulègue 2022, N. 28; The University of Texas at Austin 2009: Polar Regions and Oceans Maps. Antarctic Region (Political) 2009, 803412AI (R02207) 6-09, CIA, in: <https://bit.ly/41wLXpu> [27.02.2023]. Karte: © Peter Hermes Furian, AdobeStock.

des wissenschaftlichen Forschungsrahmenprogramms Horizon Europe, um sowohl die Koordination der Forschung von EU-Mitgliedern zu verbessern als auch Nicht-EU-Staaten finanziell zu unterstützen. Das wirtschaftlich krisengeschüttelte Argentinien verfügt beispielsweise über viele Forschungsstationen, größtenteils allerdings von geringer Qualität. Die EU könnte Argentinien bei der Modernisierung dieser Basen unterstützen oder etwa eine EU-Conosur-Forschungsstation mithilfe der Vertragsparteien errichten. Außerdem benötigt auch der argentinische Hafen von Ushuaia Investitionen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis andere Staaten diese Finanzierungslücke füllen und Argentinien nicht nur finanziell an sich binden. China wirbt bereits aktiv um das Eintrittstor in die Antarktis. Hier können beispielsweise die Global-Gateway-Initiative der EU oder die Partnership for Global Infrastructure and Investment der G7 zentrale Alternativen zu chinesischen Investitionen und der Seidenstraßen-Initiative sein.

Darüber hinaus sollten die Werkzeuge des Antarktisvertrags besser genutzt werden. Bei Inspektionen müssen europäische Staaten gemeinsam planen und gezielt russische und chinesische Stationen überprüfen, um Verletzungen des Antarktisvertrags aufzudecken. Auch Unterstützer einer regelbasierten multilateralen Ordnung wie Australien, Argentinien, Südafrika und Chile sollten einbezogen werden.

Die Zeit des friedensstiftenden Antarktisvertragssystems könnte ablaufen. Deutschland und Europa sollten darauf vorbereitet sein und die Antarktis als Gemeingut der Weltgemeinschaft und Symbol von Stabilität und Nachhaltigkeit erhalten.

---

**Inga von der Stein** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Auslandsbüro Argentinien der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 1 Perry, Nick 2022: Russia, China block Antarctic protections, *The Canberra Times*, 04.11.2022, in: <https://bit.ly/3VYfEwI> [16.02.2023].
- 2 Der CCAMLR gehören 26 Staaten sowie die EU an.
- 3 Europäische Kommission 2021: Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Verstärktes Engagement der EU für eine friedliche, nachhaltige und prosperierende Arktis, 13.10.2021, in: <https://bit.ly/3YHnnQj> [27.03.2023].
- 4 Rat der Europäischen Union 2022: Ein Strategischer Kompass für Sicherheit und Verteidigung, 21.03.2022, in: <https://bit.ly/3Pqyav3> [16.02.2023].
- 5 Raspotnik, Andreas / Østthagen, Andreas 2020: The European Union in Antarctica: An Emerging Area of Interest?, 18.08.2020, in: <https://bit.ly/3Hy7Kpt> [16.02.2023].
- 6 Constable, Andrew J. / Harper, Sherilee / Dawson, Jackie et al. 2022: Cross-Chapter Paper 6: Polar Regions, in: Pörtner, Hans-Otto / Roberts, Debra / Tignor, Melinda et al. (Hrsg.): *Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*, Cambridge, S. 2319–2368, hier: S. 2321.
- 7 Jung-Hüttl, Angelika 2016: Verborgene Schätze, *Süddeutsche Zeitung*, 10.06.2016, in: <https://sz.de/1.3028556> [16.02.2023].
- 8 Secretariat of the Antarctic Treaty: The Antarctic Treaty, Key documents of the Antarctic Treaty System, in: <https://bit.ly/3zgiF1F> [29.03.2023].
- 9 Argentinien, Australien, Belgien, Chile, Frankreich, Japan, Neuseeland, Norwegen, Südafrika, Sowjetunion, Großbritannien, USA.
- 10 Secretariat of the Antarctic Treaty: Parties, in: <https://bit.ly/3UXxAGg> [16.02.2023].
- 11 Commission for the Conservation of Antarctic Marine Living Resources 2022: CAMRL Convention text, 11.12.2022, in: <https://bit.ly/3FtpKyx> [16.02.2023].
- 12 Conference on Antarctica 1991: The „Madrid Protocol“. The Protocol on Environmental Protection to the Antarctic Treaty, Bulgarian Antarctic Institute, in: <https://bit.ly/3Fw55Ka> [16.02.2023].
- 13 Siehe Artikel XII des Antarktisvertrags. Secretariat of the Antarctic Treaty, N. 8.
- 14 Interview der Autorin mit Maria Teresa Kralikas am 09.11.2022 in Buenos Aires.
- 15 Commission for the Conservation of Antarctic Marine Living Resources 2016: Conservation Measure 91-05 (2016) in: <https://bit.ly/3VXFd0S> [16.02.2023].
- 16 Siehe Artikel 25 des Madrid-Protokolls.
- 17 Steinbrunner, Anastasia / Macherey, Nadja / Ran, Sonja 2019: Governance of Antarctica Post-2048: An Argument for Non-Appropriation, Distributive Justice, and Common Heritage of Mankind, 31.03.2019, in: <https://bit.ly/3hodnVE> [16.02.2023].

- 18 Constable/Harper/Dawson et al. 2022, N. 6, S.2321.
- 19 Statista 2022: Anzahl der Tierarten nach Gruppen in der Antarktis, 11.08.2022, in: <https://bit.ly/3YIZEWK> [16.02.2023].
- 20 Thompson, Andrea 2016: Krills Are Disappearing from Antarctic Waters, 29.08.2016, in: <https://bit.ly/2G6paeS> [16.02.2023].
- 21 Dickie, Gloria 2022: In Antarctica, does a burgeoning krill fishery threaten wildlife?, Reuters, 24.02.2022, in: <https://reut.rs/3Yg5CYg> [16.02.2023].
- 22 Mario Baizán in einem Seminar des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Argentinien am 02.12.2022 in Buenos Aires zum Thema „Krieg in Europa und Auswirkungen auf die internationale Sicherheitspolitik“.
- 23 Zu den fünf antarktischen „Gateway“-Städten zählen Punta Arenas (Chile), Ushuaia (Argentinien), Kapstadt (Südafrika), Hobart (Australien) und Christchurch (Neuseeland).
- 24 Löschke, Sina et al. 2019: Die Bodenschätze unter dem Eis der Antarktis, World Ocean Review 6: Arktis und Antarktis – extrem, klimarelevant, gefährdet, S. 258–283, hier: S. 268, in: <https://bit.ly/3kiBQnw> [22.02.2023].
- 25 Constable/Harper/Dawson et al. 2022, N. 6, S.2321.
- 26 Siehe Artikel IV des Antarktisvertrags. Secretariat of the Antarctic Treaty, N.8.
- 27 World Population Review 2023: Antarctica Population 2023, in: <http://bit.ly/3ISDRaT> [28.03.2023].
- 28 Boulègue, Mathieu 2022: The militarization of Russian polar politics, Research Paper, Chatham House, 06.06.2022, in: <https://bit.ly/3Ym0JOi> [16.02.2023].
- 29 Dänemark, Finnland, Island, Kanada, Norwegen, Russland, Schweden, USA.
- 30 Antarctica Journal 2022: China looking to access Antarctica with permanent airfield, 08.12.2022, in: <https://bit.ly/3WjCPRK> [16.02.2023].
- 31 Brady, Anne-Marie 2017: China’s expanding Antarctic Interests: Implications for New Zealand, Policy brief 2, University of Canterbury, 03.06.2017, in: <https://bit.ly/3BBWRiq> [16.02.2023].
- 32 Secretariat of the Antarctic Treaty: Inspections Database, in: <https://bit.ly/3xr6qOK> [16.02.2023].
- 33 Australian Government 2020: Australian Antarctic Treaty Inspections January/February 2020, in: <https://bit.ly/3EbomRr> [16.02.2023].
- 34 Brady 2017, N. 31.
- 35 Infobae 2023: Avanza la construcción de un puerto del régimen chino en Tierra del Fuego: el objetivo detrás del desembarco (Bau eines Hafens des chinesischen Regimes auf Feuerland schreitet voran: Das Ziel hinter der Anlandung), 18.01.2023, in: <https://bit.ly/3YxcAcb> [16.02.2023].

ISSN 0177-7521  
39. Jahrgang  
Ausgabe 1|2023



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Klingelhöferstraße 23  
10785 Berlin  
Telefon (030) 269 96-33 88  
www.auslandsinformationen.de  
www.fb.com/internationalreports  
www.twitter.com/auslandsinfo  
www.instagram.com/auslandsinfo  
auslandsinformationen@kas.de

Herausgeber:  
Dr. Gerhard Wahlers

Chefredakteur:  
Dr. Sören Soika

Redaktion:  
Dr. Canan Atilgan  
Thomas Birringer  
Christian Echle  
Dr. Stefan Friedrich  
Benjamin Gaul  
Dr. Lars Hänsel  
Dr. Christina Krause  
Frank Priess  
Thomas Tödting  
Sabina Wölkner  
Dr. Jan Woischnik

Redaktionelle Betreuung:  
Fabian Wagener

Unter Mitwirkung von:  
Alena Karolina Beram, Stella Imo, Tim Knauth  
und Lina Rühl

Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt  
die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-  
Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information.  
Sie darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung  
verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-,  
Landtags- und Kommunalwahlen sowie für  
Wahlen zum Europäischen Parlament.

Einzelheftpreis: 10 €. Im Abonnement  
günstiger. Für Schüler und Studenten wird ein  
Sonderrabatt gewährt. Für weitere Informati-  
onen und Bestellungen wenden Sie sich bitte  
an: [auslandsinformationen@kas.de](mailto:auslandsinformationen@kas.de)

Bankverbindung:  
Commerzbank Bonn  
IBAN DE43 3804 0007 0103 3331 00  
BIC COBADEFFXXX

Das Copyright für die Beiträge liegt bei den  
Auslandsinformationen (Ai).

Titelfoto:  
Polarnacht mit Nordlicht: ein Startgerät eines  
bodengestützten Flugabwehrraketen-Systems  
Patriot M903 während der Militärübung Arctic  
Edge 22 auf der Eielson Air Force Base in Alaska.  
Die Übung führte das U.S. Northern Command  
im Februar und März 2022 durch.  
© U.S. Air Force, ZUMA Press, picture alliance.  
Alle weiteren wie jeweils gekennzeichnet.

Lektorat:  
Oliver Seifert, Weimar

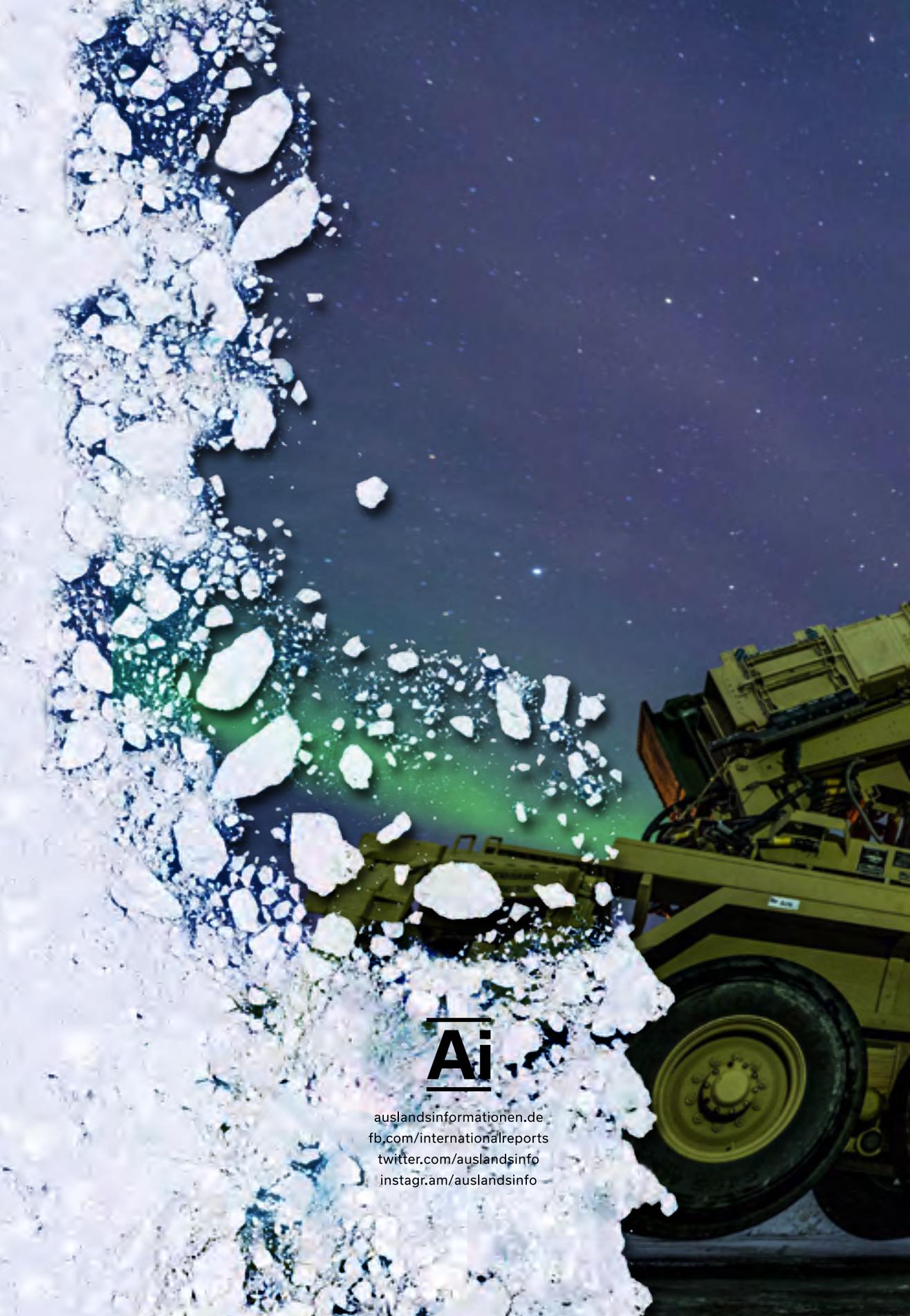
Übersetzung:  
Ina-Cornelia Wall, Berlin

Gestaltung / Satz:  
racken GmbH, Berlin

Druck:  
Print & Media, Rostock



CO<sub>2</sub>-neutral mit Farben auf Pflanzenölbasis nach  
DIN ISO 12647-2 gedruckt.



**Ai**

[auslandsinformationen.de](http://auslandsinformationen.de)  
[fb.com/internationalreports](https://fb.com/internationalreports)  
[twitter.com/auslandsinfo](https://twitter.com/auslandsinfo)  
[instagr.am/auslandsinfo](https://instagr.am/auslandsinfo)